

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährl. 3,00 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Annon-
 celle oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. April 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Mai-Angst.

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet:

„Für die sozialdemokratische Maifeier, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfange stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitestgehenden Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einheitlichem Plane, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Umzug in geschlossener Masse untersagt worden, da derartige Kundgebungen eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand bedeuteten und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Gendarmerie wird am Montage vollzählig auf dem Plane erscheinen, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verzichtet müssen, da Kasernenkonfigurationen vorgezogen sind.“

Es läßt sich kein wirksamerer Ausruf zur Maifeier denken, als diese prächtige Kundgebung aus dem Gendarmen- und Kasernenstaat.

In früheren Jahren bestand das Verbrechen der Maifeier des Proletariats aller Länder darin, daß sich die Arbeiter erkühnten, aus eigenem Rechte an einem Festtage, den sie sich selbst geschaffen, der Fron zu entlaufen und Menschen zu sein. Das war, so erzählte man uns, die furchtbare Auflehnung gegen die Rechtsordnung, die mit starker Hand niedergelassen werden mußte.

Diesmal ist der erste Mai geschlicher Feiertag. Der Kalender selbst ist revolutionär geworden und partiiert mit dem Umsturz. Der erste Mai ist von Staats wegen in diesem Jahre ein Tag der Arbeitsruhe. Wenn das Proletariat also diesmal sein Weltfrühlingsfest feiert, so verkehrt es nicht das mindeste „Recht“, es stört um keine Minute den rastlosen Gang der göttlichen Profitmaschine.

Sonst erleben wir jedes Jahr um diese Zeit einen Zeitartikel der „Possiblen Zeitung“, in dem haarlein nachgewiesen wurde, welcher Frevel es sei, mutwillig „kontraktbrüchig“ zu werden und in frechem Uebermut den Unternehmern den rechtswidrigen Willen der Arbeiter aufzuzwingen.

In diesem Jahre sollte man meinen, würde die „Possiblen Zeitung“ selber einen Ausruf bringen zu Guntzen einer Feier, die ja durchaus kein „Rechtsgut“ verletzen kann. Wir vernahmen nichts dergleichen. Im Gegenteil, es scheint, als ob die Mai-Angst der kapitalistischen Gesellschaft heuer noch stärker sei als sonst. Man fürchtet, daß die Massen unter der Sonne für den Frühling demonstrieren und durch die bloße Gewalt ihrer Zahl und die Tiefe ihres Gefühls beweisen, wie stark die Welt der Arbeit sei. Wir sollen nicht Feste feiern, damit wir nicht in dem Bewußtsein unserer Macht wachsen. Wir sollen dem Mai nicht huldigen, damit der Philister nicht mit eignen Augen das Schreckliche schauernd zu sehen braucht, wie gewaltig die brausende Frühlingskraft der Menschheit der Unterdrückten sei.

Was aber kann allein die Herrschenden vor ihrer Mai-Angst schützen: Gendarmen und Soldaten. Wie im Jahre 1890, als wir zum erstenmale das Maiest feierten, werden wieder die Gendarmen und Soldaten gegen den Frühling mobilisiert. Arme Proletarier im bunten Rod! Man nimmt auch Euch Euren Sonntag — weil, nur weil die Arbeiter sich einen Tag lang streuen wollten. Selbst gegen ihr schlechtes Gewissen schütten sich die Herrschenden nicht selbst, sondern sie zwingen Proletarier, ihnen die Mai-Angst mit Revolver, Säbel und Flinten zu scheuen.

Und wozu der elende Aufwand? Warum werden die Mai-Umzüge verboten, warum wird das junge Grün der aufblühenden Welt mit Bäckshäuten übersät?

Weil die Maifeier eine „Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand“ ist und deshalb die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung stört.

Die Maifeier des Proletariats demonstriert für den Weltfrieden: Das ist die Störung der öffentlichen Ruhe — der Barbarei.

Die Maifeier des Proletariats demonstriert für den Achtstundentag: Das ist die Störung der Sicherheit — des Arbeitwuchers.

Die Maifeier des Proletariats demonstriert für eine vernünftige Organisation der Gesellschaft: Das ist die Störung der Ordnung — der Anarchie.

Wenn unsere Maifeier denn eine Demonstration gegen den bestehenden Rechtszustand sein soll, dann wird damit zugestanden, daß der bestehende Rechtszustand unmisslich beruht auf der rohen Völkerverheerung, der brutalen Ausbeutung und der blinden Willkür.

Gegen diesen Rechtszustand demonstriert die Maifeier allerdings. Aber in dieser Demonstration lebt der Frühling und schreitet die Geschichte selbst ihren notwendigen Weg.

Was wollen alle Flinten und Säbel gegen die Gewalt der Natur und das Gesetz der Menschheit! Die Frühlingskraft der Natur, das Frühlingsrecht der Völker spottet dieses „bestehenden Rechtszustandes“, der es nicht verträgt, daß das Proletariat für Völkerfrieden, Arbeitserleichterung und Arbeiterorganisation sich begeistert.

Mag man den Arbeitern die Mai-Umzüge verbieten, der Mai zieht dennoch um — und schneidet lächelnd im Triumph die lächerliche Mai-Angst aus der jauchzenden Freiheit des Frühlings hinter die dumpfen Kasernenmauern und in die staubigen Polizeistuben! Dort mag sie in Sicherheit — zittern!

Der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin.

Unter den verschiedenen wasserwirtschaftlichen Vorlagen, welche die Regierung erneut dem preussischen Landtage eingereicht hat, hat für Berlin und die Provinz Brandenburg zweifellos der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin die größte wirtschaftliche Bedeutung, umso mehr, als die Regierung trotz der bekannten vom Kaiser bei der Eröffnung des Dortmund-Ems-Kanals abgegebenen Versicherung: „Dafür werde ich stehen!“ vorläufig in ihrer Anpassung an die Wünsche der ostelbischen Großagrarier auf die Durchführung des noch vor kurzem mit allen möglichen und unmöglichen volkswirtschaftlichen, politischen und militärischen Gründen verfochtenen Mittellandkanal-Projektes gefachsamst verzichtet und sich in stiller Bescheidenheit einstweilen mit einer Kanalverlängerung, der Fortführung des Emskanals bis an der Leine gelben Strand, begnügt.

Zu der ersten Kanalvorlage, wie sie im Jahre 1899 im Landtag erfaßt, fehlte der sog. Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin gänzlich, obgleich der Gedanke der Herstellung einer für größere Fahrzeuge befahrbaren Wasserstraße zwischen Berlin und den bedeutendsten preussischen Seehäfen keineswegs jüngsten Datums ist, sondern schon in den sechziger Jahren in Berliner Handelskreisen viel erörtert wurde. Die Regierungsvorlage von 1899 enthielt nur die Forderung von 291 Millionen Mark für den Dortmund-Rhein- und den sich an diesen anschließenden sogenannten Mittelland-Kanal. Als trotz des persönlichen Eintretens des Kaisers für den Kanalbau und trotz der eigenartigen Appellation Miquels an seine seelenverwandten „Vaterlandsfreunde“ die im preussischen Abgeordnetenhaus herrschenden Agrarier ungerührt das Kanalprojekt mit 228 gegen 126 Stimmen durchfallen ließen, versuchte es bekanntlich Graf Wilow bei der Wiedereinbringung der Kanalvorlage im Jahre 1901, diese durch Verbindung mit verschiedenen die östlichen Wasserwege betreffenden Kompensationen für das ostelbische Junkertum schmackhafter zu gestalten. Die Kanalvorlage hatte sich zu einer großen wasserwirtschaftlichen Vorlage ausgewachsen, deren Forderung sich auf 389 Millionen Mark stellte, da neben dem Mittelland-Kanal beträchtliche Summen für den Bau eines Großschiffahrtsweges von Berlin nach Stettin und für die Ober- und Weichsel-Wasserstraßen gefordert wurden. Diese Zugeständnisse an die Interessen des landwirtschaftlichen Ostens sollten die Agrarier dem Verlangen der rheinisch-westfälischen Großindustrie nach dem Rhein-Elbe-Kanal gegengütlich machen. Deshalb wurde von der Regierung auch die „Antrennbarkeit“ der Vorlage verkündet. Die Junker hatten jedoch für diese Zusage an ihre Verdauungskraft nicht das entsprechende Verständnis. Ihnen dünkte nur die in dem Strudel stehenden Koffinen genießbar, und so griff bekanntlich Graf Wilow, um die Regierung nicht einer neuen offenen Niederlage auszuweichen, zu dem seltsamen Mittel, den Landtag kurz vor der Abstimmung zu schließen.

Zu seiner Schlussrede erklärte er nochmals: „Die Regierung muß die Kanalvorlage als ein Ganzes betrachten, aus welchem wesentliche Bestandteile ohne Beeinträchtigung wichtiger wirtschaftlicher Interessen nicht ausgehakt werden können.“ Das war damals im Jahre 1901. Seitdem aber hat Wilow die Entbedung gemacht, daß die „Konsequenzmacher“ einer un diplomatischen Veranlagung entzungen, und wer deshalb als preussischer Diplomat gelten will, den Beweis seiner Inkonsequenz führen muß. Mit der jetzt zum drittenmal im Landtag eingebrachten Vorlage giebt der Reichskanzler seine früheren Grundsätze völlig preis. Nicht nur ist in der neuen Vorlage der Mittelland-Kanal zu einem kuriosen Torso zusammengeschrumpft; die Regierung hat auch, wie die agrarische Rechte verlangen, die zur Kompensation bestimmten Vorlagen, d. h. die Entwürfe zur Verminderung der Hochwassergefahren in den östlichen Provinzen sowie zur Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, Havel und Spree, von den eigentlichen Kanalvorlagen abgetrennt, so daß den Agrariern, während man sie früher zur Ableistung des ganzen Menus zwingen wollte, jetzt bereitwilligst freigestellt wird, ganz nach Belieben à la carte zu speisen.

Diese Thatsache, daß der Großschiffahrtsweg von Berlin nach Stettin nur als eines der Kompensationsobjekte an den agrarischen Osten den „wasserwirtschaftlichen“ Vorlagen eingefügt ist, schließt indes nicht aus, daß die geplante Wasserstraßenverbindung einem wirtschaftlichen Bedürfnis entspricht und alle Vorbedingungen für eine spätere Rentabilität bietet, wenn auch in den ersten Jahren die Einnahmen sicherlich nicht die Ausgaben und die Verzinsung der Anlagekosten decken werden. Die Havel-Ober-Verbindung (Pinnow-Kanal), mit welcher der neugeplante Kanal einen Teil der Wasserstraße gemeinsam

hat, während er mit einem andern Teil parallel läuft, genügt durch- aus nicht mehr dem Verkehr, der sich in den beiden letzten Jahr- zehnten mehr als verdoppelt hat, so daß die Kleinschiffer trotz des vor zwei Jahren eingeführten verstärkten Nachdienstes an den Schleusen zu oft tagelangem Warten gezwungen sind. Bes- sonders gilt das von der Liebenwalder Schleuse, wo der Verkehr aus dem Havelkanal einmündet. Diese Verkehrshindernisse haben bereits, wie die Schiffsstatistik und die Jahresberichte der Vor- sieder der Stettiner Kaufmannschaft konstatieren, in den letzten Jahren ein geringes Nachlassen in der Benutzung des Wasserweges für gewisse Massengüter bewirkt, indem diese trotz der höheren Frachten häufiger als früher der Eisenbahn zum Transport übergeben wurden.

Sodann aber sind die Wasserfrachten auf der bisherigen Wasser- straße Berlin-Stettin zu hoch. Sie stellen sich im Ganzen nicht viel niedriger, als die Frachten von Hamburg nach Berlin, wenigstens was die schweren Massengüter anbetrifft. Die Hauptursache dieses hohen Frachtenstandes ist, daß auf dem bisherigen Schiffahrtswege von Berlin nach Stettin nur Schiffe bis zu einer Ladefähigkeit von 170 Tonnen verkehren können, während die Frachtpreisbildung Hamburg-Berlin auf der Basis eines regelmäßigen Verkehrs von 400 Tonnen-Schiffen erfolgt und ohne Schwierigkeiten Schiffe mit einer Ladefähigkeit bis zu 600 Tonnen in diesem Frachtdienst ein- gestellt werden können. Deshalb ist auch die Herstellung des neuen Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin und die Anlage der Schleusen in solcher Breite und Tiefe geplant, daß auf ihm ebenfalls 600 Tonnen-Schiffe verkehren können, wodurch voraussichtlich die jetzigen Wasserfrachten sich um etwa ein Drittel erniedrigen würden.

Auch gegen die Linienführung läßt sich, wenn man die Angabe der Techniker als gegeben betrachtet, daß eine einfache Erweiterung des alten Kanals aus technischen Gründen unmöglich ist, nichts einwenden. Der neue Kanal vermeldet eine ganze Reihe Krüm- mungen des alten Wasserweges, enthält weniger Schleusen und überdies wird durch ihn die Wasserstraße von Berlin nach Stettin um ungefähr drei Meilen verkürzt. Während der Weg durch den Pinnow-Kanal von Berlin (ab Mühlendamms) eine Länge von 194 Kilometer hat, wird der neue Großschiffahrtsweg nur etwa 172 Kilometer lang sein, wovon 107 Kilometer auf die Kanal- strecke von Berlin (Mühlendamms-Schleuse) bis zur Hohenstaathener Schleuse kommen, der Rest auf die Unter-Oberstrecke von Hohen- staathen bis Stettin. Geplant ist folgende Ausfüllung: Die Verbindung von Berlin geht einmal durch den Berlin-Spandauer Schiffahrtskanal zum Tegeler See, sodann durch die Unterspree über Charlottenburg und Spandau und weiter die Havel aufwärts. Dieser zweite Weg ist jetzt schon für größere Fahrzeuge brauchbar, nur muß in Spandau eine neue Schleuse erbaut werden. Der Schiff- fahrtskanal von Mühlensee bis zum Tegeler See muß dagegen entsprechend verbreitert und vertieft werden. Vom Tegeler See aus bemitt die Schiffahrtstraße die Havelsee und weiterhin die Havel, fällt also im wesentlichen mit der bestehenden Wasserstraße zusammen. Um die unbedeuten, teilweise nicht erweiterungsfähigen Schleusen bei Pinnow, Oranienburg und Malz zu vermeiden, wird unterhalb Pinnow die alte Straße ver- lassen und bis oberhalb der Malzer Schleuse ein neuer Weg hergestellt, der zunächst bis in die Nähe von Lehnitz die Havel verfolgt, dann unter teilweiser Aufnahme des dort in der Ausfüllung begriffenen Privatkanals nach dem Lehnitzsee führt, diesen durchschneidet und von seinem Nordende aus nach Herstellung der Lehnitz- schleuse als neuer Kanal bis zu seiner Vereinigung mit der alten Wasserstraße oberhalb der Malzer Schleuse läuft. Darauf wird auf 6,2 Kilometer Länge bis Dusterlake der zu erweiternde alte (Malzer) Kanal benutzt. Bei Dusterlake wendet sich die neue Linie sodann östlich durch das Kreuzbruch, die Römer- und Großen Wiesen nach Kuhlisdorf, wo der Pinnow-Kanal an der Einmündung des Werbellin-Kanals gekreuzt wird. Nun verfolgt die Linie auf etwa 1 Kilometer Länge den Werbellin-Kanal, behält, wo dieser sich nach Westen wendet, zunächst die gerade Richtung bei, um dann durch das höher gelegene Gelände nach dem Tegeler-See ab- zuschwenken. Um die zahlreichen Schleusen der Oberstrecke zu um- gehen, muß von hier aus ein neues Kanalbett bis Tiefe hergestellt werden. Die Linie geht in ebenem Gelände nördlich von Steinbruch nach Lichtersfelde und weiter in südöstlicher Richtung auf Eberswalde zu. Nach Kreuzung der Berlin-Stettiner Eisenbahn in der Nähe von Eberswalde wird dann in nordöstlicher und später östlicher Richtung das höher gelegene Gelände des Eberswalder Stadtförstes und des Choriner Förstes aufgeschrit, in der die Linie annähernd bis Tiefe verbleibt. Hier erfolgt mittels einer Schiffsenttreppe und einer daneben liegenden geneigten Ebene, an deren Stelle auch ein Hebewerk oder eine zweite Schiffsenttreppe treten kann, der Abstieg ins Oberthal. Von Tiefe aus wird die größtenteils in der alten Ober liegende, bestehende Wasserstraße benutzt, die nur an einigen Stellen zu vertiefen ist. Bei Hohenstaathen wird dann der Schiffsverkehr durch eine neu zu erbauende große Schleuse in die Strom-Ober geleitet.

Da die Frachtkosten von Stettin und der unteren Oder nach Berlin durch die geplante neue Verbindung beträchtlich erniedrigt werden und diese Frachtwertbilligung wieder auf die Preise der von dort bezogenen Bedarfsartikel zurückwirkt, ist Berlin an dem Bau des neuen Schiffahrtsweges wirtschaftlich in hohem Maße interessiert. Nach der Denkschrift der Regierung stellte sich der Gesamt-Ortsverkehr Berlins mit Einschluß des Ver- kehrs von Charlottenburg und Nizdorf (aber ohne die übrigen Vororte), soweit er zu Wasser erfolgte, in den Jahren 1899 bis 1902 auf 6 700 000 Tonnen bis 7 300 000 Tonnen jährlich und kommt also dem Eisenbahn- verkehr nahezu gleich. Davon entfallen auf die Hohenstaathener Wasserstraße etwa 35 Proz. Die für die Vertiefung der Fracht in Betracht kommenden Massenartikel sind besonders Holz (von der

Werkstoffe, von Stettin und Liepe nach Berlin), englische Steinkohlen, Roheisen, schwebische Granitsteine und Cement (von Stettin nach Berlin), Mauersteine (aus dem Gebiete des Havelkanals und der oberen Havel sowie aus dem Oberlande nach Berlin), Kalksteine (von Müdersdorf nach der unteren Oder und der Warthe), Kies und Thon (von Hohenhausen, Niederfinow, Radahn nach Berlin und Müdersdorf). Ferner ist auch damit zu rechnen, daß die Erzeugnisse der Berliner Eisen- und Maschinenindustrie, die zum Versand nach den Gebieten der Ostsee- und Ostpreussischen Provinzen bestimmt sind, häufiger als bisher auf dem Wasserwege zur Verfrachtung gelangen und infolge der billigeren Fracht in jenen Gegenden an Konkurrenzfähigkeit gewinnen.

Ein den Verkehr belebender Einfluß ist weiter von dem Kanal auf das von ihm durchschnitene Gebiet zu erwarten. Besonders dürfte die Spandauer Maschinen-, Schiffbau- und Schneidemühl-Industrie davon Vorteil haben. Ebenso kann Oranienburg auf einen gewissen Aufschwung rechnen, schon deshalb, weil in dessen Gebiet durch die Infolge des Kanalbaues dort eintretende Senkung des Wasserpiegels und Grundwasserstandes geeignetes Gelände für gewerbliche Anlagen geschaffen wird. Für Wittenweber und Hegermühle, in gewissem Grade auch für Jehdenitz, wird der Absatz der Pflüge erleichtert, wie auch die Industrie im Gebiete des Havelkanals (Eisenindustrie, Hutmüllfabrikation u. a.) aus der Verbesserung des Verkehrsverkehrs Vorteil ziehen wird. Vor Liepe können ergiebige Thon-, Kies- und Mauerstein-Lager der Erschließung, während der bedeutenden Holzindustrie in Liepe und Oberberg aus der Erleichterung und Verbilligung des Transportes des verarbeiteten Holzes nach der Elbe erhebliche Vorteile erwachsen werden. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist schließlich die Schaffung der Wasserstraße für die Bewertung der Erzeugnisse der angrenzenden bedeutenden Forsten.

Nicht minder ist Stettin an dem Zustandekommen des neuen Großschiffahrtsweges interessiert, der ihm die Gelegenheit zur Zurückgewinnung eines Teiles des brandenburgischen Hinterlandes bieten würde, das ihm seit einigen Jahren Hamburg mit steigendem Erfolge strittig macht. Allerdings jene hohen Erwartungen, welche die Regierungsdienstschiff in Bezug auf den künftigen Wettbewerb Stettins an den Bau der neuen Wasserstraße knüpft, vermögen wir nicht zu teilen; heißt es doch z. B. in der Dienstschiff: „Es ist sogar zu erwarten, daß für gewisse Güter die für Stettin höhere Seefracht nach und nach von England und Amerika durch die Verbilligung der Binnenfracht ausgeglichen werden wird, und daß Stettin auch bezüglich noch anderer Artikel als der Kohle für die Güterbewegung zwischen jenen Ländern und Berlin nebst Umgebung mit Hamburg erfolgreich in Wettbewerb treten kann.“ Ueber die Gestaltung des Schiffahrtsweges entscheidet denn doch nicht nur die Höhe der Frachten allein, sondern auch die Frage, inwieweit nach den betreffenden Häfen auf volle Ladungen zu rechnen ist und ob sich dort Gelegenheit zur Einnahme entsprechender Rückfrachten bietet. In dieser Hinsicht aber steht Hamburg ungemein günstiger als Stettin. Der Hinweis auf die starke Einfuhr englischer Kohlen in Stettin hinnt, denn für den Verkehr der Kohlen-Schiffe sind besonders günstige Bedingungen vorhanden. Gemündete Rückfrachten finden sich zwar auch für diese Schiffe nur selten in Stettin, aber sie haben einen Ausweg gefunden, sie fahren nämlich nicht direkt nach England zurück, sondern fahren zunächst in Ballast nach schwedischen oder russischen Häfen und geben dann von dort mit Holz- und Erzladungen nach England. Dieses Verfahren vermögen aber die andern Frachtdampfer nicht einzuschlagen.

Immerhin bedeutet der geplante Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin eine derartige Förderung des Wirtschaftslebens der von ihm durchschnittenen Gebiete, daß selbst dann, wenn die Einnahmen noch auf Jahre hinaus die Verzinsung der Anlagekosten nicht decken sollten, die geforderten 48 Millionen Mark sicherlich weit besser angelegt sind, als die weit höheren Summen, die der Staat seit langem in unglücklichen Kolonialunternehmungen verpulvert hat.

Der Generalstreik der ungarischen Eisenbahner

Ist durch die seit vorgestern nach schwebenden Verhandlungen noch nicht beigelegt worden. Das Streikkomitee hat im Einverständnis mit den Beamten seine Minimalforderungen formuliert, von denen es nichts ablassen zu können erklärt. Die Regierung ihrerseits will auf diese Forderungen, bei denen es sich im ganzen um 6 Millionen Kronen (4 1/2 Millionen Mark), also im Grunde um eine Bagatelle handelt, nicht eingehen, und versucht es zur Abwechslung wiederum mit Einschüchterungen. So erklärte am Freitag im Abgeordnetenhause Ministerpräsident Graf Tisza auf eine Anfrage des Abg. Kaloszy, es sei wenig Aussicht, daß das Entgegenkommen der Regierung seitens der Eisenbahnbeamten entsprechend aufgenommen werde. Es würden daher organisatorische Maßnahmen getroffen, um den Verkehrsdiens, wenn auch vorläufig in beschränktem Umfang, wieder aufzunehmen. Falls die Eisenbahnbeamten im Laufe des heutigen Tages nicht zu ihrer Pflicht zurückkehrten, so würden von morgen an neue Kräfte an ihre Stelle treten und für den Eisenbahndienst angeworben werden, wodurch die Ausführenden selbstverständlich ihre Stellen verlieren.

Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, befindet sich der Landesverteidigungsminister für Ungarn, Generalmajor v. Rikli, in Wien, um dem Kaiser und dem Kriegsminister Vorschläge wegen der Mobilisierung des Eisenbahneinsatzes behufs Brechung des ungarischen Eisenbahner-Ausstandes zu machen; eventuell werden noch weitere Mobilisierungen erfolgen, um Eisenbahnbeamte und Arbeiter zu gewinnen, welche der militärischen Disziplin unterstehen.

Sechs Compagnien des Eisenbahn- und Telegraphen-Regiments, das in Korneuburg bei Wien stationiert ist, gingen am Freitagmorgen mit Dampfzügen nach Budapest ab, um den Dienst auf den wichtigsten Linien der ungarischen Bahnen zu übernehmen. Auf der Staatsbahnlinie Wien-Budapest gingen am Freitag früh Züge von Wien ab, deren Lokomotiven von Ingenieuren geführt wurden. Die Konduktoren- und Wächterdienste wurden von Leuten aus dem kaiserlichen Personal besorgt, die früher im technischen Dienst standen. (Ob die Züge auch in Budapest eingetroffen sind, wird leider nicht gesagt. Die Red.) Mehrere Dampfzüge gingen am Morgen dicht besetzt auf der Donau nach Budapest ab. Die Zufuhr von ungarischem Vieh auf den Wiener Markt ist fast ganz unterbrochen.

Unter dem Einflusse des Ausstandes der Eisenbahn-Angestellten ist in Debreczin eine große Streikbewegung im Gange. Die Arbeiter einer Tabakfabrik, einer Dampfmühle, der Werkstätte und der Waggonfabrik der Staatsbahnen, sowie die Maurer, Zimmerleute, Tischler und Schlosser haben die Arbeit eingestellt. Es sind etwa 6000 Arbeiter ausständig. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind umfassende Maßnahmen getroffen worden.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bespricht den Streik in einem Artikel, dem folgende Stellen entnommen seien: „In der Geschichte der Arbeitseinstellungen ist dieser Streik ohne Beispiel. Eisenbahnerstreiks hat es schon oft gegeben, aber stets waren ihre Träger die Organisationen der Arbeiter und die Beamten standen vom Kampfe abseits oder ihm in offener Feindseligkeit gegenüber. An diesem Streik nehmen aber alle teil, die im Dienste der ungarischen Staatsbahnen stehen; was in dem großen Betriebe denkt und arbeitet, was wirkt und schafft, alles steht im hellen Aufsatze wider diesen elenden Staat, dessen Verwaltung sich schamlos bereichern und der die arbeitenden Menschen in qualvollem Joch darben läßt. Der Streik, der so plötzlich ausgebrochen ist und dem ganzen Betrieb sich sofort wie mit Blitzesschnelle mitgeteilt hat, der war kein kühler, wohlwogener Beschluß organisierter Menschen, kein planmäßig erdachter Vorstoß in einem Lohnkampf. Das ist ein Ausdruck von Erbitterung, ein Ausbruch von Haß, ein Schrei gleichsam aus den innersten Empfindungen heraus. Dreißig Jahre haben die Eisenbahner keine Verbesserung ihres Lebens empfangen und seit drei Jahren währt schon der Kampf der Bitten und Vorstellungen um die ihnen von allen Regierungen versprochene Gehaltserhöhung. Und was bietet nun die Regierung Tisza? Dieselbe Regierung, die so nobel sein kann, daß sie für die Kosten des Hofstaates zwei Millionen Kronen mehr begehrt, will die dreißig Tausend Menschen mit zweieinhalb Millionen Kronen abspießen!...“

„Der Streik der ungarischen Staatsbahner ist nicht bloß einer der merkwürdigsten Lohnkämpfe, die jemals die Ehrerbietung der civilisierten Menschheit in Anspruch genommen haben; er ist nicht minder eine Offenbarung über den Zustand des ungarischen Staates. Das fühlen die Tisza und Hieronymi sehr wohl und deshalb hat der sonst so hochmütige Herr Tisza, nachdem er im Abgeordnetenhause mit Bajonetten gedroht hatte, zu den Streikenden Friedensboten geschickt und um Frieden gebittet. Denn der Streik zeigt so wunderbar deutlich, wie dieses Ungarn verwaltet wird. Staats- und königliche Beamten lassen den Dienst stehen, den Dienst in dem exponiertesten Gebiete des modernen Industrie- und Militärsstaates: wie viel Erbitterung muß sich da vorher angehäuft haben!“

Ueber eine denkwürdige Streikepisode erzählt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ das folgende: „In Debreczin haben die Streikenden die Lokomotive vom Zuge abgelockert, so daß der Zug nicht weiterfahren konnte. Bei der Debrecziner Betriebsleitung lief ein Telegramm vom Ministerium ein. Das Telegramm begann mit den Worten: „Ich verordne...“ Es wurden nur diese beiden Worte aufgenommen. Der Beamte schaltete den Telegraphen-Apparat aus und telegraphierte zurück: „Auf das übrige sind wir nicht neugierig!“

Bei der Eisenbahndirektion Berlin traf am Donnerstag in später Abendstunde noch ein amtliches Telegramm aus Breslau (Oderberg) ein, nach welchem nunmehr auch der Verkehr der Orient- und Ostende-Expreßzüge eingestellt worden ist. Des weiteren besagt die Depesche, daß leider auch der Güterverkehr infolge des Streiks gänzlich sistiert werden muß; alle Gütereisendungen, welche für Stationen der Igl. ungarischen Staatsbahnen, sowie für den Durchgangsverkehr über deren Strecken bestimmt sind (sofern in letzterem Falle die Güter nicht über Hilfsrouten geleitet werden können), sollen angehalten und den Versendern zur Verfügung gestellt werden. Damit ist natürlich auch die Annahme von Expreß- und Frachtgut für und über Ungarn sistiert und der Staatsbahn-Verwaltung blieb nichts anderes übrig, als die sämtlichen Güterabfertigungsstellen telegraphisch anzuweisen, für die ungarischen Staatsbahnen Gütersendungen bis auf weiteres nicht mehr anzunehmen.

Budapest, 22. April. (B. H.) Der Stand des Eisenbahnerstreiks ist unverändert. Der Generalminister Rikli hat sich nach Wien begeben, um beim Kaiser die Bewilligung zu erhalten, bei einem eventuellen Fortdauern des Streiks einen Teil der Reserve einberufen zu können, um auf diese Weise Beamte und Personal zu erhalten, welche der militärischen Disziplin unterstehen. — Nach einer Meldung, welche im Streiklager eingetroffen ist, ist ein Personenzug, welcher heute vormittag 8 1/2 Uhr von Budapest abgegangen wurde, entgleist. Details fehlen.

Die Störung und Verschleppung der Reichstags-Arbeiten durch die Sozialdemokratie ist ein beliebtes Geschwätz der Konservativen. Ein Musterbeispiel, wie dieser heitere Nisium betrieben wird, bietet wieder die „Konservative Korrespondenz“, der es alsbald die gesamte Amtsweisheit in den Provinzen nachdrucken wird: „Im Reichstage rückt die zweite Etatsberatung nur langsam weiter. Jedem ist fast ein ganzer Sitzungstag zu der Besprechung der ganz unnötigen sozialdemokratischen Interpellation über die Aufhebung der Besetzung von Kohlenruben im Ruhrrevier verschwendet worden. Nachdem der Reichskanzler die Beantwortung der Anfrage abgelehnt hatte und im preussischen Abgeordnetenhause bereits eine ausgiebige Besprechung dieses, der Kompetenz des Reichstages nicht unterliegenden Gegenstandes gepflogen worden war, hätte man im Reichstage sich damit zufrieden geben können. Allein es sollte dem „Genossen“ Que Gelegenheit zu einer Agitationsrede an die Bergleute gegeben werden, und dank der Unterstützung durch das Centrum gelangte auch der sozialdemokratische Antrag auf Besprechung der Interpellation zur Annahme. Die Gesellschafte im Reichstage ist trostloser als je jemals war. Es scheint, als bestche keine Möglichkeit, in dieser Session, außer dem Etat noch irgend etwas Nennenswerthes zu Stande zu bringen. Der Vorschlag, noch einige erteilte Leisungen, beispielsweise die der Vörsengeleg-Novelle, vorzunehmen und dann dem Reichstag bis zum Herbst zu vertagen, scheint neuerdings kaum Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Die wenigen Parlamentarier, die das Opfer ihrer Anwesenheit bei den unglücklich öden Debatten bringen, sind müde und wünschen vor Pfingsten den Sessions-schlus herbeizuführen. Die Gesetzgebungs-Maschinerie ist also durch die sozialdemokratischen Schwärmer lahmgelegt.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. April.

Kolonial-Etat.

Die Etatberatung, die heute im Reichstage fortgesetzt wurde, ging außerordentlich schnell und glatt von statten. Der Etat des Reichs-Militärgerichts und der des Rechnungshofes wurden debattelos bewilligt und auch bei dem vom Reichsamt des Innern noch zurückgestellten Titel „Patentamt“ entspann sich nur eine unweiselnde Debatte, die sich um die hierzu eingegangenen Petitionen von Beamten um die materielle Besserstellung drehte. Bemerkenswert aus dieser Diskussion war, daß eine Petition der expedierenden Sekretäre statt nach dem Kommissionsantrage zur Erwägung der Regierung zur Verdisziplinierung überwiesen wurde. Das Centrum, das den Kommissionsbeschlus selbst herbeigeführt hatte, wie Genosse Singer konstatierte, hatte sich inzwischen auf seine Beamtenfreundlichkeit besonnen und ließ durch seinen Redner, den Abg. Eved, diese Aenderung der Kommissionsbeschlüsse beantragen.

Auch der Kolonial-Etat, dessen Beratung den Hauptteil der Sitzung einnahm, führte nicht zu den großen Redekämpfen, die man allgemein erwartet hatte. Nachdem die Etats für Ostafrika, Togo und Kamerun debattelos genehmigt waren, gegen unre Stimmen, gab zum Etat für Deutsch-Südwestafrika Genosse Vebel kurz die Erklärung ab, daß er sich die Erörterung der dortigen Vorgänge bis zur dritten Lesung vorbehalten, dann aber eine Antwort des Staatssekretärs auf seine früher gestellten Fragen erwarte. Das veranlaßte auch die meisten bürgerlichen Redner, auf das Wort zu verzichten. Nur der konservative Abg. Frhr. v. Richtig konnte es sich nicht verlagern, eine Komödie des Patriotismus aufzuführen, indem er pathetisch erklärte, seine Fraktion würde alles bewilligen, was die Regierung für Südwestafrika forderte. Gerührt sprach ihm der Kolonialsekretär namens des südwestafrikanischen Schutzgebietes seinen tiefgefühlten Dank aus. Dieser schnelle Schlus der Generaldebatte wurde dem antisemitischen Abg. Paitmann zum Verhängnis. Er veräumte den Anslus, wollte seine gut ausgearbeitete Rede über die Kolonialmüdigkeit und ihre Bekämpfung bei einem falschen Titel halten und wurde dabei vom Vizepräsidenten Grafen Stolberg gehindert. Auch sein Säuhengel Liebermann v. Sonnenberg vermochte ihn nicht vor der Unterbrechung zu schützen und er mußte unter der größten Heiterkeit des Hauses von der Rednertribüne abtreten. Als er zu einem späteren Titel das Wort erhalten sollte, war er spurlos verschwunden.

Lebhafte Debatten gab's bei der Specialberatung der einzelnen Titel für Südwestafrika. Beim Reservefonds hatte die Kommission beschloffen, daß er nur zur Deckung unvorhergesehener Bedürfnisse verwendet werden dürfe.

Jetzt beantragten die Abgeordneten der Rechten, es bei der bisherigen Praxis zu belassen, wonach der Fonds zur Deckung aller außerordentlichen Ausgaben verwendet werden könnte. Unse Redner, die Genossen Dr. Sudekum und Ledebour, wiesen auf die Kommissionsbedenken hin, wo auch die bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit betont hatten, eine bessere Uebersicht über die Finanzwirtschaft der Kolonialverwaltung zu erhalten. Sie betonten, daß kein Kolonial-Etat zur erstmaligen Vornahme einer solchen Neuerung so geeignet sei, wie der diesjährige für Südwestafrika, der ja bei der Unmöglichkeit, die künftigen Ereignisse vorauszu sehen, doch nur theoretische Bedeutung habe. Das Centrum verschloß sich diesen Argumenten. Prinz v. Arenberg, der als Referent den Kommissionsantrag empfohlen hatte, empfahl als Abgeordneter, der Kolonialverwaltung freie Hand zu lassen; und seine Parteifreunde ließen sich ohne Widerspruch nachgeben, daß sie sich der Tragweite ihrer Abstimmung in der Kommission nicht bewußt gewesen wären. So fiel denn das Centrum wieder einmal um; und die Kolonialverwaltung kann weiter nach ihrem eignen Belieben wirtschaften, ohne sich um die Zweckmässigkeiten zu kümmern, die der Reichstag den bewilligten Geldern giebt.

Nach einem kurzen Zwischenspiel, in dem der Antisemit Liebermann v. Sonnenberg und der freisinnige Volksparteiler Dr. Müller-Sagan darüber stritten, ob jüdische oder christliche Pfänder für südwestafrikanische Bauern bei dem Anlauf von Pferden für Südwestafrika überverteilt hätten, blieb das Centrum zur Abwechslung wieder einmal seinen früheren Beschlüssen treu. Die Kommission hat in der Frage der Entschädigung der durch den Aufstand geschädigten Einwohner in Südwestafrika beschloffen, Verhilfen nur den Bedürftigen, rückzahlbare Darlehen allen Geschädigten zu gewähren. Jetzt traten die konservativen Parteien im Verein mit der Kolonialverwaltung an den Reichstag mit der Zumutung heran, auch den Nichtbedürftigen einfach ein Geschenk von Reichs wegen zu machen. Demgegenüber wiesen die Abgeordneten Payer (Südd. Vp.) und Gröber (C.) darauf hin, daß diese Mittel selbst von armen Leuten auf dem Wege indirekter Steuern aufgebracht würden, daß sowieso schon 6000 M. Entschädigungen auf jeden Kopf entfallen, und daß man bei Ueberabwemmungen in Deutschland sich viel weniger spende gezeigt habe. Um jedes weitere Abstreiten unmöglich zu machen, stellte Genosse Ledebour an den Kolonialdirektor die Frage, wie groß die Zahl der Entschädigungsberechtigten überhaupt sei. Aus der Antwort des Kolonialdirektors ist zunächst die bemerkenswerte Thatsache zu entnehmen, daß während des ganzen Aufstandes nur 4 Frauen ums Leben gekommen sind.

Die übrigen Angaben des Kolonialdirektors bedürfen noch der Nachprüfung. Nach seinen Angaben sind 526 Personen zu entschädigen; es scheint aber, als ob er die 130 bei dem Aufstand umgekommenen Personen mit eingerechnet hat.

Bei der Abstimmung wurde der konservative Antrag abgelehnt, die Kommissionsfassung aufrechterhalten. Der Rest des Etats für Südwestafrika wurde debattelos bewilligt.

In seiner morgigen Sitzung wird sich das Haus zunächst mit dem Etat für Kiautschou und den übrigen Resten des Etats, dann mit kleineren Vorlagen zu beschäftigen haben.

Deutsches Reich.

Konservativer Reichstagsgroll.

Die Störung und Verschleppung der Reichstags-Arbeiten durch die Sozialdemokratie ist ein beliebtes Geschwätz der Konservativen. Ein Musterbeispiel, wie dieser heitere Nisium betrieben wird, bietet wieder die „Konservative Korrespondenz“, der es alsbald die gesamte Amtsweisheit in den Provinzen nachdrucken wird: „Im Reichstage rückt die zweite Etatsberatung nur langsam weiter. Jedem ist fast ein ganzer Sitzungstag zu der Besprechung der ganz unnötigen sozialdemokratischen Interpellation über die Aufhebung der Besetzung von Kohlenruben im Ruhrrevier verschwendet worden. Nachdem der Reichskanzler die Beantwortung der Anfrage abgelehnt hatte und im preussischen Abgeordnetenhause bereits eine ausgiebige Besprechung dieses, der Kompetenz des Reichstages nicht unterliegenden Gegenstandes gepflogen worden war, hätte man im Reichstage sich damit zufrieden geben können. Allein es sollte dem „Genossen“ Que Gelegenheit zu einer Agitationsrede an die Bergleute gegeben werden, und dank der Unterstützung durch das Centrum gelangte auch der sozialdemokratische Antrag auf Besprechung der Interpellation zur Annahme. Die Gesellschafte im Reichstage ist trostloser als je jemals war. Es scheint, als bestche keine Möglichkeit, in dieser Session, außer dem Etat noch irgend etwas Nennenswerthes zu Stande zu bringen. Der Vorschlag, noch einige erteilte Leisungen, beispielsweise die der Vörsengeleg-Novelle, vorzunehmen und dann dem Reichstag bis zum Herbst zu vertagen, scheint neuerdings kaum Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Die wenigen Parlamentarier, die das Opfer ihrer Anwesenheit bei den unglücklich öden Debatten bringen, sind müde und wünschen vor Pfingsten den Sessions-schlus herbeizuführen. Die Gesetzgebungs-Maschinerie ist also durch die sozialdemokratischen Schwärmer lahmgelegt.“

Im Reichstage rückt die zweite Etatsberatung nur langsam weiter. Jedem ist fast ein ganzer Sitzungstag zu der Besprechung der ganz unnötigen sozialdemokratischen Interpellation über die Aufhebung der Besetzung von Kohlenruben im Ruhrrevier verschwendet worden. Nachdem der Reichskanzler die Beantwortung der Anfrage abgelehnt hatte und im preussischen Abgeordnetenhause bereits eine ausgiebige Besprechung dieses, der Kompetenz des Reichstages nicht unterliegenden Gegenstandes gepflogen worden war, hätte man im Reichstage sich damit zufrieden geben können. Allein es sollte dem „Genossen“ Que Gelegenheit zu einer Agitationsrede an die Bergleute gegeben werden, und dank der Unterstützung durch das Centrum gelangte auch der sozialdemokratische Antrag auf Besprechung der Interpellation zur Annahme. Die Gesellschafte im Reichstage ist trostloser als je jemals war. Es scheint, als bestche keine Möglichkeit, in dieser Session, außer dem Etat noch irgend etwas Nennenswerthes zu Stande zu bringen. Der Vorschlag, noch einige erteilte Leisungen, beispielsweise die der Vörsengeleg-Novelle, vorzunehmen und dann dem Reichstag bis zum Herbst zu vertagen, scheint neuerdings kaum Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Die wenigen Parlamentarier, die das Opfer ihrer Anwesenheit bei den unglücklich öden Debatten bringen, sind müde und wünschen vor Pfingsten den Sessions-schlus herbeizuführen. Die Gesetzgebungs-Maschinerie ist also durch die sozialdemokratischen Schwärmer lahmgelegt.“

Im Reichstage sind die konservativen durch das Urteil der Volksabstimmung in eine weit geringere Rolle verwickelt, als sie durch ungerechte Klassen-Wahlssysteme gestütztes Großmachtsbewußtsein erträgt. Die konservativen haben den Reichstag ebenso, wie sie den preussischen Dreiklassen-Parlament lieben; darum mühen sie sich hartnäckig, den Reichstag zu verumflumpfen.

So verständig der konservative Reichstags-Verdrus, so sollte doch die konservative Presse ihn etwas klüger äußern. Wenn von „unglaublich öden Debatten“ geredet wird, so erinnert sich aber jedermann zunächst an das — preussische Abgeordnetenhause, dessen Verhandlungen allerdings, dank der konservativen Herrschaft daselbst, so öde zu sein pflegen, daß — leider! — das Interesse des Volkes daran überaus gering ist. Wenn man „Lahmung der Gesetzgebungs-Maschinerie“ geredet wird, so ist wiederum zuerst an das preussische Abgeordnetenhause zu denken, das seit vielen Jahren in keiner Session den Etat rechtzeitig fertigstellt, was dem Reichstage immerhin in Jahrzehnten zum erstenmal geschieht.

Seitler ist die Klage der „Konservativen Korrespondenz“ von der Trostlosigkeit der Geschäftsfrage des Reichstages. Wohl ist bedauerlich, daß der Etat nicht vor Beginn des Etatsjahres fertig geworden ist, die Schuld hieran trägt aber die konservative Regierung, die den Reichstag ohne triftigen Grund so spät einberufen hat, daß vor Weihnachten nur wenige Sitzungen stattfinden konnten. Außerdem mag allerdings die von der „Konservativen Korrespondenz“ behauptete Parlamentsmüdigkeit bei den Konservativen vorbestehen, da diese alles daran setzen, daß die Vörsengeleg-Novelle nicht zur Verabschiedung gelangt. Pflichtbewusste Abgeordnete können die längere Dauer der Sessionen nicht mißbilligen und legen den Anwandlungen persönlicher Müdigkeit das Allgemeininteresse voran.

Und wenn die reichstagsfeindliche Presse sich über zu lange Ausdehnung einzelner Debatten beschwert, so ist nicht zu verkennen, daß z. B. längst die bürgerlichen Parteien die Diskussion zum Etat des Reichskanzlers bis auf fünf Tage ausgebeugt haben, wobei gerade auch konservative Redner durch öde Wiederholungen unalten Schwages glänzten.

Am köstlichsten schließlich bewähret die „Konservative Korrespondenz“ das Ungeheuerliche ihrer Polemik, indem sie die sozialdemokratische Interpellation über das Kohlenyndikat als Zeitvergeudung auszugeben versucht. Und doch war es einer der wenigen Konservativen, die sachlich reden können, der Abg. Graf Ranig, der als erster in dieser Debatte das Wort zu nehmen für dringend nötig hielt und die Wichtigkeit dieser Angelegenheit im weitesten Maße anerkannte.

Die „Konservative Korrespondenz“, die unwillkürlich die eignen Parteiführer lächerlich macht und in drastischer Komik den konservativen Groll gegen den Reichstag verrät, sollte nur in den zurückgebliebensten Zunderöfen Ostpreußens verbreitet werden. Sonst blamiert sie ihre Partei über das Maß, das ihre Gegner ihr wünschen.

Die Distanzgelegenheit soll, so wird wieder einmal gemeldet, neuerdings die darüber entscheidenden Kreise beschäftigen. Der „Deutschen Tageszeitung“ wird es von unrichtiger Seite als wahrscheinlich bezeichnet, daß der Bundesrat demnächst, wenn auch vielleicht nicht in den nächsten Wochen, sich mit der Frage der Gewährung von Tagegeldern an die Reichstags-Abgeordneten zu befassen haben werde. Nach dem „Reichsboten“ soll eine Vorlage im Zivilkabinett des Kaisers liegen.

Man schreibt uns vom Rhein:
Zur Zeit befindet sich in mehreren rheinischen Städten das Centrum mit höchstem Eifer bei einer Kontrolle der Schaufenster nach Darstellungen des Radten. In Köln besteht eigens ein Verein, der unter der Leitung des Herrn Roeren gegen die „öffentliche Unsitlichkeit“ zu Felde zieht und unter andern von Zeit zu Zeit zur Boykottierung derjenigen Geschäfte öffentlich auffordert, die „anständige“ Bilder und Vergleichen ausstellen. In Düsseldorf besteht zu einem solchen Treiben der Sittlichkeitsfeste gar kein Anlaß. Und Herr Roeren und die Seinen sollten ihren Thatendrang auf einen andern Gebiete heftigen. Wir sind in der Lage, ihm ein Gebiet zu bezeichnen, wo die Abhilfe brennend notwendig.

In dem eisernen Bestande des Verleumdungssystems, das die Gegner unserer Partei zumal in dem Herrschaftsbereich des Centrums pflegen, steht an erster Stelle die Lüge, die Sozialdemokratie wolle Familie und Sittlichkeit zerstören. In den Gebieten von Köln, Aachen usw. aber kann man seit Jahren die erstaunliche Thatfache beobachten, daß sowohl die Presse als auch die Redner des Centrums auf dieses sonst so beliebte Kampfmittel völlig verzichtet — allerdings der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe. Die sittlichen Qualitäten einer ganzen Reihe von Centrumsgrößen sind nämlich in den letzten Jahren der Deffentlichkeit in einer Weise gezeigt worden, daß auch der Emsichtigste längst weiß, wo die Verdorren von Familie und Sittlichkeit liegen. Wenn beispielsweise in Köln ein Centrumsagitator mit jenem Vorwurf gegen die Sozialdemokratie aufzutreten wagte, so würde ihn jeder auf die Affaire eines in Köln wohnenden Centrumsführers und Centrumsleiters mit einem in ganz Deutschland bekanntem Namen verweisen, der seiner Zeit auf seine sämtlichen parlamentarischen, kirchlichen und sonstigen Ehrenämter verzichtet müßte, weil er als Ehemann ein intimes und nicht ohne Folgen gediebes Verhältnis mit einem Mädchen unterhielt, dem er sich unter falschem Namen als unverheiratet ausgab. Das schlimmste bei der schändlichen Geschichte war, daß der fromme Mann zur nämlichen Zeit die Eltern hatte, als Centrumsredner in großen Versammlungen der Sozialdemokratie — Ehe- und Sittenzucht nachzulagen.

In ähnlicher Weise mußte vor nicht zu langer Zeit in Aachen der Centrumsführer und Chefredakteur des ultramontanen „Volkstreu“ abtreten, nachdem er in einem Ehescheidungs-Prozess auf die Frage: ob er mit der Gattin des auf Scheidung klagenden Ehemannes Verkehr gepflogen habe, erwiderte, er könne sich dessen nicht mehr erinnern. Der fromme Mann muß demnach in einem solchen Umfange mit den Ehefrauen anderer Männer intim verkehrt haben, daß ihm die einzelnen Fälle nicht mehr klar im Gedächtnis haften. Von einer andern Aachener Centrumsgröße brachte kürzlich unser dortiges Parteiblatt die Nachricht, daß er sich vor dem Revolver eines eifersüchtigen Gatten habe schützen müssen.

Dieser Tage erst erfolgte die Verurteilung des in kirchlichen und weltlichen Ehren stehenden katholischen Predigers Bogeno in Aachen wegen Unterschlagung von 25 000 Mark Kirchen- und andern Geldern zu drei Jahren Gefängnis. Wir haben über diesen Fall nur kurz berichtet. Es verdient noch folgendes nachgetragen zu werden. Der Pfarrer Börrer sagte in der Gerichtsverhandlung aus: Bogeno habe bei der ganzen Gemeinde ein überaus großes Vertrauen gewonnen und infolgedessen eine politische Rolle gespielt, als er in den verschiedensten katholischen Versammlungen als Redner auftrat. Durch die Bemühungen des Pfarrers ist die unterschlagene Summe bei Zeiten, besonders durch fromme Damen, gedeckt worden, und die Sache wäre garnicht zur Anzeige gekommen, sondern mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt worden, wenn nicht die Staatsanwaltschaft auf Anzeigen davon Kenntnis erhalten hätte. In dem Prozeß trat ferner eine unter Sittenkontrolle stehende Frauensperson als Zeugin auf und bekundete: Bogeno habe ihr vielfach Besuche abgestattet, und sie habe von ihm verbriefte Schmudsaachen und im ganzen etwa 3000 M. erhalten.

Auch was nachträglich über den gegenwärtig wegen Sittlichkeitsverbrechen steckbrieflich verfolgten katholischen Pfarrer Rigenhoff aus Hönningen bei Aachen bekannt wird, läßt die Duldung, die den frommen Sittlichkeitsverbrechern aus den eignen Reihen beim Centrum zu teil wird, als ganz außerordentlich groß erscheinen. Denn dieser Kaplan Rigenhoff hat schon vor 22 Jahren als Kaplan wegen Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verhaftet werden sollen, ist aber glücklich ins Ausland entkämpft. Daß die Kirche ihn später wieder ein Amt gab, zeigt, welche geringen sittlichen Anforderungen man an die eignen Leute stellt. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß das Centrum, statt die Unsitlichkeit in seinen Reihen zu bekämpfen, sich um die „öffentliche Unsitlichkeit“ abquält und das Volk mit lex Heinze und andren ähnlichen Dingen beglückt will.

Herr Müller-Zulda leistet Abbitte.
Der dräuenden Erklärung des Flotten-Generals Reim, Herrn Müller-Zulda persönlich zur Rechenschaft dafür ziehen zu wollen, daß er von ihm wegen seines „abenteuerlichen“ Flottenverwaltungs-Programms als von einem „neuen Boulanger“ gesprochen hat, ist nämlich die Abbitte des Herrn Centrumsabgeordneten gefolgt. Diese Abbitte ist noch kleinlauter ausgefallen, als wir annehmen zu dürfen geglaubt hatten. Sie lautet:
„Ich spreche mein Bedauern aus, die Person des Herrn Generalmajor Reim in Verbindung mit General Boulanger gebracht zu haben, es lag mir durchaus fern, Herrn General Reim Eigenschaften zuzuschreiben, wie man sie in Deutschland General Boulanger zuzuschreiben pflegt.“
Ich ging von der irrigen Voraussetzung aus, daß Herr General Reim in der Versammlung zu Dresden für seine Person gesprochen habe, während ich jetzt erfahre, daß er im Namen des Gesamtpresidiums des Deutschen Flottenvereins den Antrag gestellt und begründet hat, daß dessen Umfang bezüglich der Kosten auch weit hinter der von der Presse gebrachten Ziffer zurückbleibt.
Berlin, 21. April 1904.

Daß der ironische Vergleich des Herrn Müller-Zulda sich nur auf den vehementen Rüstungs-eifer des Herrn Generals und auf nichts sonst beziehen konnte, verstand sich doch wohl am Rande. Herr Müller-Zulda hätte deshalb die Drohung des empfindlichen alten Herrn mit einer humoristischen Bemerkung quittieren können. Es wäre das um so angebrachter gewesen, als es bisher in Deutschland nicht Ete war, wegen einer beiläufigen

parlamentarischen Redewendung, deren Charakter zudem jede Absicht einer persönlichen Ehrenränkung ausschloß, von einem überempfindlichen Heißhörn drückt zur Rechenschaft gezogen zu werden. Herr Müller-Zulda hat es gleichwohl beliebt, in einer so schmachtenden Form Abbitte zu leisten!
Herr Müller-Zulda hat sich aber obendrein nicht damit begnügt, dem Herrn General in aller Form zu bezeugen, daß er kein Boulanger sei, sondern er hat auch die durch nichts motivierte Erklärung abgegeben, daß die Forderungen des Präsidiums des Flottenvereins, die in dem Referat des Generals Reim niedergelegt waren, weit hinter der von der Presse gebrachten Ziffer zurückblieben! Gemeint ist damit die Summe von 704 Millionen Mark, die in etlichen Blättern herausgerechnet war. Diese Ziffer war allerdings unzutreffend, aber nur deshalb, weil sie viel zu niedrig war! Denn in Wirklichkeit handelt es sich — allein bis zum Jahre 1912 — nicht um 704 Millionen, sondern um rund 1 1/2 Milliarden! Dazu dann noch die Ausgaben für die Jahre 1812—1817 kämen, die neue Aufnahmen darstellen würden, denn Herr Müller-Zulda glaubt doch nicht etwa, daß während dieser Jahre unsere Flotte um keinen Heller kosten würde! Herr Müller-Zulda hätte also dahin berichtigten müssen, daß die Forderungen der Flottenvereins in der bürgerlichen Presse um viele hundert Millionen zu niedrig angegeben worden seien. Statt dessen verschleierte er die Tragweite des ungeheuerlichen Attentats der Flotten-treiber auf das deutsche Volk!!

Selbst die „Germania“ macht sich über die heuchlerische Entrüstung der Flotten-treiber lustig. Sie schreibt:
„Sodann wird in den Mitteilungen des Deutschen Flottenvereins erklärt, die Behauptung des Herrn Müller-Zulda, daß der Deutsche Flottenverein für 704 Millionen Mark neue Schiffe fordere, sei eine objektive Unwahrheit. Nur gemacht und vorsichtig! Niemand wird dem Herrn Abg. Müller-Zulda die Anerkennung verweigern, daß er vortrefflich zu rechnen versteht, während die von den Mitteilungen des Flottenvereins aufgemachte Rechnung gar zu sehr der bekannten „Mischmäschen-Rechnung“ ähnlich sieht, zumal der Bau der großen und kleinen Kreuzer nebst sonstigem Zubehör darin ganz außer Acht gelassen ist.“

Die „Germania“ beruft sich alldann auf die Berechnungen des Organs des Herrn Eugen Richter, wonach nach den Forderungen des Reichlichen Flottenprogramms der Marine-Etat in den nächsten acht Jahren auf mehr als 400 Millionen Mark pro Jahr anschwellen müsse!
Und hinter diesem Artikel bringt dann die „Germania“, offenbar des Kontrastes wegen, die klägliche Erklärung des Herrn Müller-Zulda!

Ein antisemitischer Reichstags-Abgeordneter. In Stargard wurde am Mittwoch die Privatklage des früheren Pastors Abg. Krözell gegen Rittergutsbesitzer v. Derenthall verhandelt. Dieser hatte über Krözell in der letzten Wahlbewegung gesagt: „Er hat als Pastor gelogen und ein Pastor, der so liegt, ist in meinen Augen ein Schweinehund!“ Derenthall hat den Wahrheitsbeweis angetreten und das Gericht hat erkannt, daß Krözell in mindestens drei Fällen bewußt die Unwahrheit gesagt hat. Der Ausdruck „Schweinehund“ wurde aber als Beleidigung erachtet und v. Derenthall deswegen zu 150 M. verurteilt.

Defektion eines Lieutenants. Wegen Fahnenflucht, begangen im Jahre 1893, stand vor dem Kriegsgericht in Breslau der Lieutenant v. Althoff. Die Verhandlung fand auch hier wegen Gefährdung militärischer Interessen unter Ausschluß der Deffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis und Entfernung aus der Armee!

Dresden, 22. April. Die Zweite Kammer des Landtags nahm heute das Gesetz betreffend den Staatshaushalt (Komptabilitätsgesetz) in der Hauptsache nach der Regierungsvorlage an. Durch dieses Gesetz wird dem Finanzminister insofern eine Sonderstellung seinen Ministerkollegen gegenüber eingeräumt, als er ein Vetorecht gegen Etatseinstellungen der übrigen Minister erhält. Im § 1 wurde die Bestimmung eingefügt, daß der den Ständen vorzulegende Staatshaushalt die Gegenzeichnung sämtlicher Minister zu tragen hat.

Aufkauf der Pfalzbahnen durch den bayerischen Staat. Aus München wird berichtet: Die bayerische Regierung hatte es in vorigen Jahre abgelehnt, auf Grund der sogenannten Fusionsbestimmungen die Pfalzbahnen zu erwerben. Nunmehr ist dieselbe jedoch, verschiedenen Anregungen entsprechend, in Verhandlungen über den freihändigen Ankauf der Bahnen in der Weise eingetreten, daß sie die Genehmigung ausgesprochen hat, das Gesamtkapital der Pfalzbahnen zum 1. Januar 1905 um einen Preis zu erwerben, der dem nach dem Stande von Mitte März 1904 sich berechnenden Kurswert des gesamten Aktienkapitals entspricht. Ein dahingehender Vorschlag wird voraussichtlich demnächst die zur Vertretung der Pfalz-bahn-Aktiengehaltenden berufenen Organe beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Aktionäre bereit ist, auf dieser Grundlage ein Abkommen mit dem bayerischen Staate zu treffen.

Ausland.

Frankreich.
Eine Demonstration der Volksschullehrer. Paris, 22. April. In der hiesigen Arbeitsbörse wurde gestern eine Versammlung von 1500 Volksschullehrern abgehalten, die außer verschiedenen Forderungen, die sich besonders auf Aufbesserung des Gehalts beziehen, eine Resolution annahm, in welcher verhandelt wird, daß die Lehrerschaft von Paris hingebungsvoll im Sinne des Friedens, des weltlichen Unterrichts und der Republik wirken wolle.

Belgien.
Der königliche Erbschafts-Prozess.
Brüssel, 20. April. (Fig. Vericht.)
Heute, Mittwoch, hat der bürgerliche Gerichtshof in Brüssel sein Urteil gefällt in dem sensationellen Prozess gegen den König Leopold II., anhängig gemacht durch die Gläubiger seiner zwei ältesten Töchter, der Prinzessin Luise von Koburg-Gotha und der Gräfin von Conhah, der ehemaligen Erbherzogin-Witwe von Oesterreich.

Die Gläubiger forderten, das gerichtlich anerkannt würde, die Ehe des Königs Leopold mit seiner verstorbenen Frau sei ein Zivilvertrag mit Zugrundelegung der Gütergemeinschaft, da wegen Abwesenheit eines Notars kein besonderer Heiratskontrakt aufgestellt worden sei.
Diese Ansicht wird durch die Rechtsanwalte Paul Jansen, der Führer der radikal-fortschrittlichen Partei, de Jongh, einen sozialdemokratischen Juristen, und Kinaube, einen christlichen Demokraten vertreten.
Die Vertreter des Königs, Rechtsanwalte Demot, Oberbürgermeister von Brüssel, und Sam Wiener, liberales Mitglied der Herrenkammer, behaupten dagegen, daß die regierende königliche Familie über dem Bürgergesetz stehe und sein Ehevertrag als diplomatischer Akt anzusehen sei. Der Reichsanwalt, Procurator des Königs, war der gleichen Meinung.

Unter diesen Umständen war das Urteil der Richter zweifellos: Die Gläubiger sind mit ihrer Klage abgewiesen und zu den Kosten des Prozesses verurteilt worden. Der Nachlaß der Königin ist unbedeutend, und die Gläubiger der Königin können ruhig einen Streich durch ihr Schuldbuch, das etwa 600 000 Fr. beträgt, machen.
Vom juristischen Standpunkte aus ist dieses Urteil sehr anfechtbar. In der That bleibt zu betonen, daß ein diplomatischer Vertrag gültig sei, wenn er nicht durch das Parlament bestätigt ist. Herr Paul Jansen, der Mitglied der Deputiertenkammer ist, soll beabsichtigen, über die Angelegenheit im Parlament Ausführungen zu verlangen. Die Frage ist auch, ob in bürgerlichen An-

gelegenheiten die Mitglieder von königlichen Familien über dem Gesetz stehen und bedwegen gegenüber Gläubigern und Lieferanten unantastbar sind.

Aber fittlich ist das Volksurteil seit langem ausgesprochen. Die öffentliche Meinung kann nicht annehmen, daß ein millionreicher Fürst aus Familienstreitigkeiten — vornehmlich wenn der königliche Haß die Richter nur deshalb verfehlt, weil die Prinzessinnen der Stimme der Liebe Gehör geschenkt haben — das Recht herleiten kann, Gläubigern einfach die Zahlung zu verweigern! —

Spanien.

Aus der spanischen Arbeiterbewegung.
Der neuesten Nummer des „El Socialista“ entnehmen wir folgende Mitteilungen:
In Bilbao wurde kürzlich eine vom Provinzialkomitee der sozialistischen Arbeitergruppen einberufene Versammlung abgehalten. Nachdem mehrere Redner unter großem Beifall gesprochen, wurde folgende Resolution angenommen: „Die in der Zahl von 4000 versammelten Arbeiter Bilbaos verlangen von den Behörden nachdrückliche Maßregeln zur Verbilligung der Hauptnahrungsmittel und schnellste Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die so viele Opfer unter den Arbeitern fordert.“ Sie protestieren ferner gegen die Verfolgungen, denen die liberalen Elemente und ganz besonders die Sozialisten sowohl in Bilbao, als auch in den Bergwerkregionen ausgesetzt sind.“

Die Arbeiter von Madrid beschloßen, den 1. Mai festlich zu begehen. Auf den Dörfern um Madrid sollen Flugblätter verteilt werden, ferner sollen der Regierung die politischen Forderungen der sozialdemokratischen Partei unterbreitet und der Gemeinderat aufgefordert werden, die Teuerung und die schlechte Qualität der Lebensmittel zu beseitigen. Es wird eine Kommission ernannt werden, die den Bürgermeister und der Regierung die diesbezüglichen Beschlüsse zu überreichen hat.

Propaganda in Andalusien. Unser rühriger Genosse Iglesias ist unangesehnt bemüht, die Arbeiter aus den Händen der Anarchisten zu befreien und zu sozialistischer Denkwiese zu erziehen, vor allem auch sie zu den sozialistischen Gewerkschaften heranzuziehen. So hielt er vergangenen Monat eine Anzahl gewerkschaftliche Versammlungen in Andalusien ab, in welchen er die anwesenden Arbeiter zum Anschluß an den „Allgemeinen Arbeiterverband“ aufforderte. Er wandte sich gegen die anarchisierende Taktik bei Streiks, die unüberlegt und in der Regel ohne genügende Mittel begonnen und meist im Blute der Arbeiter erstickt werden. In einigen Versammlungen waren auch die Landarbeiter stark vertreten.

Dänemark.

Reichstagsferien aber kein Sessions-schluss. Das Landsting hat am Mittwoch das Gesetz über die Benennung der Festung mit Allen gegen die Stimme unfres Parteigenossen C. E. Andersen angenommen. Dann wurden die Sitzungen des Landstings, ebenso wie vor kurzem bereits die des Folketings, auf unbestimmte Zeit vertagt, das heißt: solange, bis die Ausschüsse Beratungen über den Prägelsgesetzentwurf beendet sind. Dieses Gesetz will nämlich der Justizminister durchaus noch in dieser Session fertig haben. Die des Prägelsgesetzes wegen erfolgte außerordentliche Verlängerung der Reichstags-session hat nach einer Berechnung der konservativen Zeitung „Vort Land“ dem Lande bereits 57 000 Kronen gekostet.

Der mit der Beratung der Gerichtsreform betraute Reichstagsausschuß hat am Mittwoch seine Verhandlungen abgebrochen, um sie im Herbst wieder aufzunehmen. Die Reform der völlig veralteten Rechtspflege erscheint nicht dringend, nur die Prügelstrafe, die muß Dänemark nach der Meinung seines liberalen Justizministers unter allen Umständen so schnell wie nur möglich erhalten.

Schweden.

Zum Schutz der russischen Despotie in Finnland. Vor dem Rathausgericht zu Stockholm wurde am Dienstag über die Anklage gegen den verantwortlichen Herausgeber von „Redens nyheter“ wegen Beleidigung des Zaren und hoher russischer Würdenträger verhandelt. Der Rechtsbeistand des Angeklagten, Hofgerichtsrat Leeb, reichte eine längere Verteidigungsschrift ein, in der ausführlich die Freigabe erklärt werden, die mit dem Manifest des Zaren an die Finnländer vom Februar 1899 im Zusammenhang stehen, und zu weiterem Beweise dafür, daß es sich hierbei um einen Bruch der vom Zaren beschworenen Verfassung Finnlands handelt, werden die Urteile bedeutender skandinavischer und ausländischer Rechtsgelehrter, sowie verschiedene Presseäußerungen angeführt. Zum Schluss fordert der Verteidiger die Richter auf, sich vor ihrem Gewissen die Frage zu beantworten, ob der unter Anklage gestellte Artikel irgend etwas Unwahres enthält, und verlangt Freisprechung des Angeklagten.

Nach schwedischem Recht ist bei Beleidigungen der Wahrheitsbeweis für die unter Anklage gestellten Behauptungen nur durch gerichtliches Urteil zulässig, er wäre also in diesem Falle, da ein gerichtliches Urteil über den Verfassungsbruch in Finnland nicht zu erlangen ist, unmöglich gemacht. Auf diese Thatfache wird auch in der Verteidigungsschrift Bezug genommen, gleichwohl flüchtete sich das Gericht auf jene der modernen Rechtsauffassung widersprechende Bestimmung und beschloß, daß die Schrift nicht in das Gerichtsprotokoll aufgenommen werden soll.
Der Prozeß wurde dann auf den 26. April vertagt.

Russland.

Russische Bilderhändler in Finnland. Am Dienstag, den 19. April, morgens 1/7 Uhr, drang eine Abteilung vollständig bewaffneter Polizeidiener in den Sitzungssaal der Stadtverordneten im Rathause zu Helsingfors ein und nahm dort das Bildnis des Senators Leo Melchlin fort, das dann nach dem Polizeibureau gebracht wurde. Im Rathausaale war zu diesem Zeitpunkt nur eine Frau anwesend, die den Fußboden reinigte. Bereits am Montagabend hatte die Polizei die Straßen in der Nähe des Rathauses abgesperrt.

Senator Melchlin war viele Jahre Vorsitzender der Gemeindevertretung von Helsingfors. Als er vor einigen Jahren die Wiederwahl ablehnte, ließ die Gemeindevertretung von dem bekannten Maler Albert Edelfeldt sein Portrait malen, das dann im Sitzungssaal aufgehängt wurde. Im Herbst vorigen Jahres versuchte der Generalgouverneur die Gemeindevertretung durch den Gouverneur von Kurland zu veranlassen, Melchlins Portrait aus dem Saal zu entfernen, aber diesem unbegründeten Verlangen wurde selbstverständlich nicht entsprochen. Nun haben also die Vertreter der russischen Despotie ihren Wunsch auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der offenbaren Gewalt durchgesetzt.

Amerika.

Einen großen Sieg erfochten die Sozialdemokraten von Milwaukee bei den vor kurzem stattgefundenen Municipalwahlen. Die der soeben eingetroffene „Social Democratic Herald“ von Milwaukee mitteilt, wurden neun Sozialisten als Stadtverordnete gewählt; bisher waren die Sozialdemokraten im dortigen Stadthaus nicht vertreten. Bei der Mayors- (Bürgermeister) Wahl erhielt der Kandidat der Sozialdemokratie Berger 15 938 Stimmen. Leider hatte auch die sozialistische Arbeiterpartei einen besonderen Kandidaten aufgestellt, der es auf 3650 Stimmen brachte. Der Republikaner erhielt 17 603 Stimmen und der Demokrat 23 515 Stimmen, der Letztere war somit gewählt. Von den 60 169 Stimmen, die bei der Mayors-Wahl überhaupt abgegeben wurden, fielen also auf die Sozialisten 18 983. Hätten sich die beiden Gruppen geeinigt, so wäre der Kandidat der Sozialisten an die zweite Stelle getreten. Vier Genossen wurden außerdem zu Armenwächtern gewählt. Bei den Kommunalwahlen vor 2 und vor 4 Jahren waren für den sozialistischen Bürgermeister-Kandidaten nur 8453 beziehentlich 2584 Stimmen abgegeben worden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Ueber die Seeschlacht am 13. April

Negte heute folgende ausführliche amtliche russische Darstellung vor: Petersburg, 22. April. Ein Telegramm des Statthalters Generaladjutanten Alexejew an den Kaiser von gestern lautet: Am 11. April lief das ganze Geschwader nach Süden aus, um Evolutionsmanöver auszuführen, und kehrte am Abend in den Hafen zurück. Am 13. April lief eine Abtheilung von acht Torpedobooten aus, um die Inseln zu besichtigen. Sie hatte Befehl, bei einer Begegnung mit dem Feinde ihn anzugreifen. Während des starken Regens in der Nacht trennten sich drei Torpedobooten von der Abtheilung. Von ihnen kamen zwei mit Tagesanbruch in Port Arthur an. Dabei begegnete eins von ihnen vier feindlichen Torpedobooten; es wich ihnen aus, indem es sich weiter von der Küste hielt. Das dritte Torpedoboot „Straschny“ begegnete, wie die Matrosen ausgaben, mehreren in Fahrt begriffenen japanischen Torpedobooten und hielt sie in der Dunkelheit für russische. Es gab ihnen deshalb ein Erkennungszeichen und schloß sich ihnen an. Bei Tagesanbruch wurde es aber vom Feinde erkannt. Zu dem folgenden Nahkampf wurden der Kapitän zweiten Ranges Jurassowski, der Midshipman Klinkow, der Mechaniker Dmitriew und die Mehrzahl der Mannschaft getödtet. Der verwundete Lieutenant Malejew fuhr fort, persönlich mit einem Maschinengewehr den Feind zu beschließen. Der Kreuzer „Wajan“, welcher am 13. April bei Tagesanbruch den Torpedobooten entgegenfuhr, ging unter Vollampfihnen zu Hilfe. Etwa 16 Meilen von Port Arthur sah er das Torpedoboot „Straschny“ im Kampfe mit vier japanischen Torpedobooten. Auf dem „Straschny“ erfolgte bald eine Explosion und er begann zu sinken. Nachdem der Kreuzer „Wajan“ die feindlichen Torpedobooten durch Schüsse vertrieben hatte, näherte er sich dem Kampfplatze und schickte Schaluppen aus. Es gelang ihm, die übrig gebliebenen fünf Mann, welche in der See schwammen, zu retten. Beim Retten der Leute war der Kreuzer genöthigt, von Steuerbordseite aus einen Kampf mit sechs sich nähernden japanischen Kreuzern zu beginnen. Nachdem die Schaluppen an Bord genommen waren, ging der „Wajan“ nach Port Arthur. Er erlitt keine Verluste noch Beschädigungen, obwohl ihn viele Geschosspitter trafen. Ihm eilten die „Diana“ zu Hilfe und fünf Torpedobooten. Gleichzeitig liefen die übrigen Kreuzer, die Panzerschiffe „Petropawlowsk“ und „Koltawa“ und ein Teil der Torpedobooten auf die See aus. Dann verließen auch die übrigen Panzerschiffe den Hafen. Nachdem die Schiffe sich in Kiellinie formiert hatten mit dem „Wajan“ an der Spitze und den Torpedobooten an den Flanken, fuhr der Kommandant der Flotte zum Kampfplatze des „Straschny“, dem sich die japanischen Torpedobooten und Kreuzer wieder genähert hatten. Nach kurzem gegenseitigen Feuer auf eine Entfernung von 50 Kabellängen wandten sich die feindlichen Schiffe dem Meere zu. Um 8 Uhr 40 Minuten morgens wurde ein Geschwader von neun japanischen Panzerschiffen gesichtet. Unsere Schiffe zogen sich daher nach Port Arthur zurück, wo sich auf der See die „Pobjeda“, „Pereswjet“ und „Sewastopol“ ihnen angeschlossen. Darauf nahm das Geschwader Frontaufstellung in folgender Reihenfolge: „Asold“, „Wajan“, „Diana“, „Petropawlowsk“, „Pereswjet“, „Pobjeda“, „Kowik“, fünf Torpedobooten und zwei Minenkreuzer auf dem linken Flügel. Den Torpedobooten wurde befohlen, in den Hafen zu gehen. Die Kreuzer erhielten den Befehl, sich in Kiellinie zu formieren. Nachdem die neue Aufstellung erfolgt war, wandte sich der „Petropawlowsk“, der sich an der Spitze befand, nach Osten und ging nach rechts dem Feinde entgegen. Um 9 Uhr 43 Min. fand an Bord des „Petropawlowsk“ eine Explosion statt, darauf eine zweite stärkere unter der Kommandobrücke. Es erhob sich eine hohe dicke Säule gelbgrünen Rauchs. Dabei hoben sich der Mast, ein Schornstein und die Kommandobrücke beim Turm in die Höhe. Das Panzerschiff legte sich auf die rechte Seite. Das Hinterteil hob sich in die Höhe und man sah die in der Luft arbeitende Schraube und die von den Flammen ganz erfasste „Petropawlowsk“ sank binnen nicht mehr als zwei Minuten, indem sie mit dem Bordteil ins Wasser tauchte. Ein Teil der Besatzung rettete sich auf das Achterdeck des Kreuzers „Gaiamat“, der sich eine Kabellänge von der „Petropawlowsk“ befand. Mit Hilfe von Schaluppen gelang es, direkt vom Kreuzer aus S. K. H. den Großfürsten Kyryl Wladimirovitch, zwei Offiziere und 47 Matrosen zu retten. Die herbeigekommenen Torpedobooten und Schaluppen von der „Koltawa“ und dem „Asold“ retteten ebenfalls Leute. Im ganzen wurden sieben Offiziere und 73 Mann gerettet. Das Panzerschiff „Koltawa“, das im Kielwasser der „Petropawlowsk“ zwei Kabellängen von ihm gefahren war, stoppte und verließ auf der Unglücksstätte. Auf ein Signal des Fürsten Lichtomski fuhr die übrigen Schiffe zum Hafeneingang, indem sie sich in Kiellinie formierten mit dem „Pereswjet“ an der Spitze. Kurz darauf erfolgte unter der rechten Seite des Panzerschiffs „Pobjeda“ eine Minenexplosion. Das Schiff legte sich auf die Seite, setzte aber seinen Weg fort und fuhr in den Hafen ein, ihm folgten alle anderen Schiffe. Der Feind blieb bis 3 Uhr sichtbar und entfernte sich dann. In der Nacht, die dem Auslaufen des Geschwaders vorherging, wurden in weiter Ferne auf der See Lichter und die Umrisse von Schiffen bemerkt. Hierbei beobachtete der Kommandant der Flotte persönlich bis zum Morgen alles, was vorging, vom Kreuzer „Diana“ aus, der auf der äußeren See an Wachen festgemacht hatte, und verließ ihn um 4 Uhr morgens. Ich melde nun zum Schluß, daß trotz des Mißgeschicks, das die Flotte des Stiles Ocean getroffen hat, unter den Mannschaften unangesehnt vollstes Pflichtbewußtsein herrscht und daß die gnädigen Worte, die Ew. Majestät in schwerer Zeit der Prüfung an die Mannschaften gerichtet haben, dem ganzen Personal ein starker Trost und Unterstützung sind bei seinem auf die Niederwerfung des Feindes zum Ruhme des geliebten Monarchen und des Vaterlandes gerichteten Bestreben.

Deutscher Neutralitätsbruch.

Petersburg, 22. April. Gerüchtwiese verlautet, Rußland kaufte zwei argentinische Kriegsschiffe an, zwei Offiziere, Fürst Engalischew und Demschindli, seien bereits zur Ueberführung abgereist. Weiter heißt es, Deutschland habe einige auf Privatwerften im Bau begriffene Schiffe, welche kurz vor dem Stapellauf stehen, abgetreten. Es handle sich um acht Torpedobooten, welche auf der Schiffswerft erbaut werden. Es seien die größten Torpedobooten, welche bisher gebaut wurden, sie besitzen 560 Tonnen Gewicht, während die größten bisher nur 320 Tonnen saßen, ihre Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt 28 Knoten. Die deutsche Regierung habe Rußland diesen Freundschaftsdienst dadurch geleistet, daß sie

wegen Ueberschreitung der Lieferzeit den Auftrag bei der Schiffswerft annullierte, worauf Rußland diese Konstrukte übernommen habe. Auf diese Weise sei die Neutralität Deutschlands gewahrt worden.

Daß in diesem Falle, sofern die russischen Mittheilungen auf Wahrheit beruhen sollten, auf deutscher Seite ein eklatanter Neutralitätsbruch vorläge, wird schwerlich jemand zu leugnen wagen. Die deutsche Regierung wird deshalb umgehend zu erklären haben, ob die Nachricht richtig ist. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ignoriert die Meldung einstweilen vollständig. Besser wäre es entschieden gewesen, sofort ein Dementi zu bringen, falls die russische Meldung unrichtig ist. Zeit genug dazu hatte sie gehabt.

Bozu haben wir denn offiziöse Organe, wenn sie zu so beunruhigenden Meldungen nichts zu sagen haben!

Auffallend ist auch eine Liebeserklärung, die Deutschland in dem halbamtlichen „Journal de St. Petersburg“ gemacht wird. Das Blatt bringt einen kühnen erregenden Artikel anlässlich der Katastrophe vor Port Arthur. Das Blatt weist auf das Mißgeschick hin, welches man in Berlin für Rußland empfindet. Die kriegerischen Traditionen hätten bei den deutschen Nachbarn stets in Ehren gestanden und man erinnere sich in Berlin an die lange dauerhafte Waffenbrüderschaft. Seit Beginn des Krieges habe man in Petersburg immer von den ritterlichen Sympathien des feurigen deutschen Kaisers gesprochen, und die herzlichen Worte, welche der Kaiser im Momente der Trauer Rußlands gesprochen, würden ewig unvergessen bleiben. Der Artikel erregt um so mehr Aufsehen, als das genannte Blatt trotz seines amtlichen Charakters bisher stets nur für Frankreich Sympathien hegte.

Es fehlte in der That gerade noch, daß Deutschland, das durch seine famose Auslandspolitik in geradezu genialer Weise überall Mißtrauen und Spott zu erregen verstanden hat, sich durch ein besonderes Liebeswerben um Väterchens Gunst und allerhand Neutralitätsbrüche neue Antipathien zuzöge!

Um eine englische Intervention

Bemüht sich bereits die russische Presse. Die „Nowosti“ schreibt: Die Möglichkeit einer Intervention im russisch-japanischen Konflikt seitens Englands und dazu aus dessen eigener Initiative sei sehr erfreulich. Eine freundschaftliche Intervention Englands im geeigneten Augenblicke werde zweifellos sowohl Rußland wie auch England einen Dienst leisten. Sie werde mit einem Schlage eine Reihe von Streitpunkten hinsichtlich der Verfriedigung legaler Ansprüche Rußlands im fernem Osten beseitigen und gleichzeitig eine feste Grundlage für eine volle Verständigung zwischen Rußland und England über alle Fragen schaffen, welche zwischen ihnen diplomatische Mißverständnisse hervorgerufen haben. Außerdem würde eine solche Intervention England aus der in jeder Beziehung unbehaglichen Lage ziehen, der Verbündete eines Volkes zu sein, in welchem die gelbe Gefahr verköpft erscheint, die allen europäischen Völkern droht.

Für das Kraftgefühl Rußlands, aus eigener Kraft mit Japan fertig zu werden, zeugt dieser Erguß gerade nicht.

Erziehung zweier japanischer Offiziere.

Ein Telegramm des Generaladjutanten Kuronakkin an den Kaiser vom 21. April lautet: Allerunterthänigst melde ich Eurer Majestät, daß die japanischen Offiziere Sitewo Jukola und Leisla Oti, die in der Nähe der Station Turschicha festgenommen worden waren und drei Schachteln mit Viktorischer Zündschnur, einen französischen Schraubenschlüssel, Dynamitpatronen, Werkzeuge zur Herstellung der Bahn, anderthalb Kubik Pyroxilin, gute Pläne der Mongolei, der Mandchurei sowie Nordkorea und Kotigabacher bei sich hatten, vom zeitweiligen Kriegsgericht in Charbin am 20. April schuldig befunden worden sind, daß sie als zur japanischen, gegen Rußland operirenden Armee gehörig und in der Absicht, zwecks Förderung der Erfolge dieser Armee die russischen Eisenbahn- und Telegraphenbauten zu zerstören oder zu beschädigen, mit verschiedenen Gerätschaften zur Beschädigung dieser Bauten ausgerüstet, heimlich in das Gebiet der Mandchurei eingebrungen sind, wo sie von russischen Streifwachen 30 Meilen südwärts von der Station Turschicha der ostasiatischen Eisenbahn festgenommen wurden. Sie trugen bei der Verhaftung mongolische Kleidung, die sie angelegt hatten, um ihre Nationalität und ihre Zugehörigkeit zur japanischen Armee zu verbergen. Für die erwähnte Handlung sind Jukola und Oti laut dem 2. Teil des Artikels 281 des Kriegsstrafgesetzes zum Verlust der Standesrechte und zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Dieses Urteil habe ich bestätigt. In Berücksichtigung ihres Offiziersstandes habe ich jedoch eingewilligt, an Stelle des Todes durch den Strang den Tod durch Erschießen zu setzen, dabei aber den Rechtsverlust beizubehalten. Die Witte der Verurtheilten, ihnen das Leben zu schenken, habe ich abgelehnt. Das Urteil ist am 21. April um 6 Uhr abends vollstreckt worden.

Das Erschießen solcher Spione ist auch noch eine von jenen barbarischen mittelalterlicher Kriegsführung, wie sie sich so zahlreich noch in unserer Zeit „humaner“ Kriegsführung erhalten haben. Soldaten wie die beiden Erschossenen sind eingeschleht tapferer und heroischer Krieger, als die meisten derjenigen Mannschaften, die in der Front dem Feinde entgegengetreten. Auch an Intelligenz sind sie den meisten ihrer Kameraden sicherlich überlegen, da sie sonst zu so schwieriger Mission untauglich wären. Freilich: Moral und Humanität vertragen sich nun einmal nicht mit dem organisierten Massenmord!

Das Bild der russischen Mobilisation.

Aus Tomsk wird uns geschrieben: Hier herrscht während des Aufenthalts der vorüberziehenden Truppenabtheilungen die größte Unordnung. Die neu eingezogenen Soldaten saßen in der Stadt und machen dann Ausfahrten, plündern Läden und Häuser aus. Alle Maßnahmen dagegen erwiesen sich als machtlos, um die Disciplin aufrechtzuerhalten. Die Maßnahmen aber sind an sich, was die Grausamkeit betrifft, ganz im Geiste des „Standrechtes“ gehalten, das längs der Linie der sibirischen Eisenbahn verläuft worden ist. Man erzählt, daß bei Jekulsk drei Soldaten wegen Verleumdung eines Gendarmen-Offiziers erschossen wurden, desgleichen zwei andre auf der Eisenbahnstation Osj — für eigenmächtiges Verlassen des Wachtpostens.

Jetzt steht es fest, daß unter den Truppen epidemische Krankheiten mit verheerender Macht wirken und zwar: Hungertypus, Blattern und Dysenterie. Die Militärbehörden erweisen sich demgegenüber völlig ratlos. Die erkrankten Soldaten werden vom Kriegsschauplatz in die Krankenhäuser der größeren sibirischen Städte — nach Irkutsk und Krasnojarsk gebracht. Hier aber ist es um die hygienische und medizinische Seite so bestellt, daß die Infektionskrankheiten sich von den Soldaten auf die Stadtbevölkerung verbreiten. In Krasnojarsk ist bereits eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten nötig gewesen, in der man sich mit den Maßnahmen befaßte, die zum Kampfe mit der Epidemie zu ergreifen wären.

Die hochwohlwollende zarische Regierung ihrerseits ist inzwischen mit viel wichtigeren Dingen beschäftigt, nämlich mit der Anwendung des „Standrechtes“ auf — Schulkinder. So ist in Krasnojarsk ein Mädchen aus dem Gymnasium ausgeschlossen und extra zum Gouverneur zum hochnotpeinlichen Verhör citirt worden, weil es

auf die den Schulkindern präsentierten Sammellisten für das rote Kreuz — eine ganze Kopete gezeichnet hatte. . . .

Krieg dem Kriege.

In Twer hat eine geheime Versammlung stattgefunden, in der 150 organisierte Arbeiter einstimmig eine Resolution angenommen haben, die mit den Worten schließt:

Wir, organisierte Arbeiter von Twer protestieren als eine Zweigorganisation der Russischen socialdemokratischen Arbeiterpartei gegen den russisch-japanischen Krieg, der von der zarischen Regierung ohne Einwilligung des russischen Volkes unternommen wurde. Wir strecken die brüderliche Hand unseren japanischen Genossen entgegen und erklären uns solidarisch mit ihrem Protest gegen den Krieg, der nur für unsre beiderseitigen Regierungen von Vorteil, dagegen für die Arbeiterklasse ohne Unterschied der Sprache und der Nationalität verberlich ist.

Wir erklären uns auf das entschiedenste gegen alle internationalen Kriege, sowie gegen den gegenwärtigen Krieg und erkennen nur einen unerbittlichen Krieg an — den gegen unsre Feinde, den Absolutismus und die Bourgeoisie. Fort mit dem Militarismus und dem Kriege! Es lebe die internationale Socialdemokratie! Es lebe die russische socialdemokratische Arbeiterpartei!

Englischer Gewerkschaftsieg.

London, 22. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Trades-Union-Bill wurde heute mit 39 Stimmen Mehrheit in zweiter Lesung angenommen. Dadurch ist der für die Gewerkschaften so ungünstige Taff-Bale-Gesetz fast gänzlich aufgehoben.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstags-Erwahl am 14. badischen Wahlkreise.

Karlsruhe, 22. April. (B. T. V.) Bei der gestrigen Reichstags-Erwahl am 14. badischen Wahlkreise (Wertheim—Lauderbachsheim) wurde der bisherige Abgeordnete, Landgerichtspräsident Behner in Offenburg (Centrum) wiedergewählt. Der „Karlsruher Zeitung“ zufolge wurden bisher 9793 Stimmen für Behner gezählt; das Wahlergebnis aus einer Gemeinde steht noch aus.

Ungarischer Eisenbahner-Streik.

Budapest, 22. April. (B. T. V.) Ministerpräsident Graf Tisza hat die Entgegennahme eines Memorandums der unabhängigen Bahnbearbeiter abgelehnt. Die Zahl der heute von Budapest abgegangenen Züge beträgt vier gegen 60 Züge, die sonst von Budapest abgehen werden. Die Züge werden durch Soldaten des Eisenbahnpolizeiregiments und durch Beamte der Centralverwaltung bedient. Auf den Stationen wird der Dienst durch die Stationsvorsteher versehen. In Budapest ist eine ziemlich rasche Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten. Die Regierung hofft, bei längerem Andauern des Ausstandes in 4—6 Wochen eine Neuorganisation des Betriebes durch Anwerbung neuen Personals vollständig durchzuführen zu können, wobei auch darauf gerechnet wird, daß von einem großen Bruchteil des Personals die weitere Beteiligung am Ausstande ausgehen wird. Ungefähr 30 000 Beamte, Unterbeamte und Eisenbahnarbeiter nehmen an dem Ausstande nicht teil.

Budapest, 22. April. (B. T. V.) Die Ausständigen haben an das Abgeordnetenhaus eine Eingabe gerichtet, in der sie ihre Beschwerden über den Entwurf betreffend die Gehaltsregulierung darlegen. Sie verlangen eine Erhöhung des Anfangsgehalts von 1400 auf 1600 Kronen, Sicherung des Aufstiegens in eine höhere Rangstufe bei tadelloser Führung, während jetzt nur Zulagen nach Maßgabe der Dienstzeit gewährt werden. Ferner fordert die Eingabe die Einführung eines Dienstregelungsplanes und beschwert sich über die Verringerung des Wohnungsgeldzuschusses.

Wien, 22. April. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Das Ergebnis der heutigen militärischen Beratungen ist, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, der Beschluß, das Eisenbahn-Regiment zu mobilisieren. Sonstige Einberufungen von Reservisten der gemeinsamen Armee wurden nicht beschlossen.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 22. April. Am Halbschiff fand am Mittwoch ein Gefecht statt. Die russischen Vorposten waren bis Puh-Chung vorgebrungen mit der Absicht, gegen Senjan zu marschieren. Sie stießen auf starke japanische Truppen und mußten sich zurückziehen. Beide Armeen wenden an der Westküste Koreas dieselbe Taktik an. In informierten Kreisen befürchtet man, daß es den Japanern gelingt, Kuronakkin zu beseitigen. Dies würde auf die Armeen einen niederschlagenden Eindruck machen.

Petersburg, 22. April. (B. T. V.) Wie verlautet, soll Admiral Skrydlow vor Uebernahme des Kommandos in Ostasien die Verbindung gestellt haben, daß Admiral Alexejew zurückberufen wird. Der Zar soll seine Zustimmung gegeben haben.

London, 22. April. (B. T. V.) Der hiesige russische Konsul ersucht in den Blättern alle Russen, welche der Armee und Flotte angehören, sich auf dem Konsulat zu melden. Es sind dies 55 000 Russen. In erster Reihe sollen die als Matrosen eingeschriebenen Militärschiffen eingeschrieben werden.

London, 22. April. Eine Depesche des „Reuter'schen Bureaus“ aus Seoul vom 19. d. M. besagt: Man nimmt hier an, daß vor dem 20. April kein Versuch gemacht werden wird, den Jalu zu überschreiten; bis dahin sollen die Vorbereitungen zu einem gleichzeitigen scharfen Vormarsch an drei Punkten beendet sein. Am 16. April hat die zweite japanische Armee Japan verlassen; als ihr wahrscheinliches Ziel gilt Port Arthur. Andre Truppen werden an der Mandchureiküste bei Takushan oder Tatunglau gelandet und einen Teil des allgemeinen Vorstoßes gegen Kiautschang übernehmen. Die 16 000 Mann starke Gardebataillon unter General Inouue wird der erste Truppenkörper sein, der gegen die Russen gesandt wird. Künftig sollen Kiuen-tscheng und Widschu die japanische Basis in Korea bilden.

Shanghai, 22. April. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Gestern wurde 30 Meilen südwestlich der Chifford-Inseln eine zwölf Schiffe starke japanische Flotte gesichtet, welche keine Lichter gezeigt hatte und langsam nordwärts fuhr.

Wlogau, 22. April. (B. T. V.) Graf Gädler, der heute vormittag auf den Gasthof des hiesigen Landgerichts in Berlin verhaftet worden ist, ist nachmittags gegen 6 1/2 Uhr mit dem Schnellzuge hier eingeliefert worden.

Wien, 22. April. (B. T. V.) Abgeordnetenhaus. Die Delegationswahl nahm 1 1/2 Stunden in Anspruch. Während der ganzen Wahlhandlung nahm der tosende Lärm und die Erregung kein Ende. Nach Beendigung der Wahl ertönte lebhaftes Weisfallen. Darauf wurde, um 6 1/2 Uhr abends, die Sitzung geschlossen.

London, den 22. April. (B. T. V.) Die „Times“ melden aus Dublin, in hiesigen Industrie- und Handelskreisen haben die kurz aufeinander folgenden Mißerfolge der russischen Flotte einen stark deprimierenden Eindruck gemacht. Die Finanzkreise sind der Ansicht, daß der Krieg unter annehmbaren Bedingungen baldigst beendet werden muß.

Reichstag.

78. Sitzung, Freitag, den 22. April 1904, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Kolonialdirektor Dr. Stübel, Staatssekretär im Reichspostamt Kräfte.

Der Etat des Reichs-Militärgerichts wird debattellos bewilligt.

Vom Etat des Reichsamts des Innern ist das Kapitel Patentamt an die Budgetkommission zurückverwiesen worden. Nach ihren Beschlüssen, die nur ganz unwesentlich von der Vorlage abweichen, wird das Kapitel ebenfalls debattellos bewilligt.

Zu diesem Titel liegen Petitionen verschiedener Beamtenkategorien und Beamten vor.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) tritt für eine Gehaltsaufbesserung der technischen Hilfsbeamten ein, die er mit dem Hinweis auf ihre langdauernde akademische Vorbildung begründet, jetzt müssten die Stellen öffentlich ausgeschrieben werden. Auch wünschten die älteren Beamten einen ihrer Stellung entsprechenden Titel zu erhalten. Von den Petitionen werden die der Bureaubeamten, Sekretariatsassistenten und Kanzleisekretäre den Regierungen zur Erwägung, die der Unterbeamten als Material, die der expedierenden Sekretäre, die vor 1897 beschäftigt waren, zur Berücksichtigung überwiesen. Namentlich die letzte Petition wird von dem Abgg. Dr. Bahig (nat.) und Speck (C.) in längeren Ausführungen warm empfohlen.

Abg. Dr. Bahig beantragt, auch eine Petition der nach dem 1. April 1897 angestellten expedierenden Sekretäre zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Werner (Antif.) Alle Vorreden sind für diesen Antrag, nur der preussische Finanzminister ist ihm feind.

Direktor im Reichschatzamt Zwele: Nicht der Finanzminister, sondern die Finanzlage hindert die Durchführung dieses Antrags.

Abg. Singer (Soz.): Wenn die Parteigenossen des Herrn Speck schon in der Kommission so lebhaft für die Wünsche der Beamten eingetreten wären, hätten wir dort schon die Petition zur Berücksichtigung überwiesen. Wir werden jedenfalls auch heute für den Antrag Bahig stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Nachdem noch die Abgg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) und Weitsmann (C.) für, Abg. Dr. Stöckmann (Sp.) gegen den Antrag Bahig gesprochen haben, wird er gegen die Stimmen der Rechten angenommen; bei den übrigen Petitionen wird nach dem Kommissionsantrag beschloffen.

Der Etat des Rechnungshofes wird debattellos erledigt.

Es folgt ein zurückgeleiteter Titel des Postetats. Unter den einmütigen Ausgaben waren gefordert für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika von Tabora nach Ujiji als erste Rate 800 000 M. Die Kommission hat dieselbe Summe für eine Telegraphenlinie von Tabora über St. Michael nach Ruana bewilligt.

Das Haus beschließt debattellos demgemäß. (Wegen die Forderung stimmen nur die Sozialdemokraten und die Freisinnige Volkspartei.)

Der Etat für Ostafrika wird debattellos bewilligt.

Beim Etat für Kamerun erklärt Kolonialdirektor Stübel auf eine Anfrage des Abg. Graf Arnim (Sp.), daß die Einfuhr von Spirituosen nach Kamerun möglichst durch hohe Zölle, früher 60 je 75 Pf. per Liter, eingeschränkt werde. Doch komme neben dem Interesse der Eingeborenen auch das der deutschen Händler in Betracht.

Abg. Deebach (C.): Wir wollen Kultur nach den Kolonien bringen und bringen Weintrauben hin. Es ist gar nicht daran zu denken, daß der Zoll von 75 Pfennig pro Hektoliter wirksam wird. Damit schließt die Diskussion. Der Etat wird bewilligt.

Beim Etat für Togo erklärt Kolonialdirektor Stübel auf eine Anfrage des Abg. Graf Arnim (Sp.), daß in den Missionschulen in Togo den Eingeborenen statt der englischen in der letzten Zeit die deutsche Sprache gelehrt werde, damit sie nicht der Kolonie später verloren gingen.

Der Etat wird hierauf bewilligt.

Es folgt der Etat für Südwestafrika; auf Antrag des Referenten Prinz Arenberg wird die Veratung des Nachtragsetats mit dem ordentlichen Etat verbunden.

Abg. Webel: Ich will nur kurz die Erklärung abgeben, daß wir heute darauf verzichten, auf die Vorgänge in Südwestafrika einzugehen. Ich hoffe aber, daß bei der dritten Lesung dieses Etats der Herr Staatssekretär bereit sein wird, auf die Frage zu antworten, die ich bei der ersten Lesung gestellt habe.

Abg. Frhr. v. Richthofen (L.): Ich verzichte auf jede weitergehende Erörterung. Ich will nur namens meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß wir alle Maßnahmen der Regierung in vollstem Umfange unterstützen werden, die geeignet sind, zur schleunigen Unterdrückung des Herero-Aufstandes beizutragen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Paasche (nat.) verzichtet aufs Wort.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, der Referent verzichtet aufs Wort.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel: Pensionen für Mannschaften der Schutztruppe, nimmt Abg. Lattmann (Antif.) das Wort:

In weiten Kreisen des Volkes, auch der Gebildeten, fehlt das richtige Verständnis und die richtige Kenntnis unserer Kolonialpolitik. Von der Natur und Beschaffenheit des Landes ist nichts bekannt, das Bewußtsein der Nützlichkeit der Kolonien fehlt. Eine allgemeine Kolonialmündigkeit hat Platz gegriffen. Spricht man im Lande von Südwestafrika, so werden einem die Millionen vorgehalten, die wir nutzlos hineingestreckt haben. Aber diese Kolonien werden einst Früchte tragen.

Vizepräsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, zu welchem Titel haben Sie sich gemeldet? (Weiterkeit.)

Abg. Lattmann bittet den Schriftführer, das festzustellen. (Große Heiterkeit.)

Eine Zeitlang sprechen alle Abgeordneten durcheinander, Abg. Liebermann v. Sonnenberg bestreift die Tribüne, um eine Verständigung zwischen dem Abg. Lattmann und dem Präsidenten herbeizuführen. (Andauernde große Heiterkeit.) Schließlich bricht Abg. Lattmann mitten im Satze ab.

Der Titel wird bewilligt.

Zum Kapitel Referendfonds bestimmt die Regierungsvorlage, daß aus dem Referendfonds auch notwendige Mehrausgaben zu decken sind. Bei den einmaligen Ausgaben gelten nur diejenigen Summen als Ersparnis, welche sich nach Erfüllung der angegebenen Zweckbestimmungen zu deren Durchführung als nicht erforderlich herausgestellt haben. Die Kommission hatte den letzten Satz gestrichen und bestimmt, daß aus dem Referendfonds nur „unvorhergesehene Ausgaben“ zu decken sind.

Abg. Dr. Arendt (Sp.) beantragt, den gestrichenen Satz wieder herzustellen und den ersten Satz in der Fassung anzunehmen, daß aus dem Referendfonds auch unvorhergesehene notwendige Mehrausgaben zu decken sind.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bitte Sie, es bei dem Kommissionsbeschluss zu belassen. Herr Dr. Arendt wird nicht bestreiten können, daß es die Absicht der Kommission war, das Finanzgebahren der Kolonialverwaltung einer strafferen Kontrolle zu unterziehen. Wenn aber das Wort „auch“ nach dem Antrage Arendt eingefügt wird, so hat die Kolonialverwaltung nach wie vor völlig freie Hand, mit dem Referendfonds zu machen was sie will. Herr Dr. Arendt muß, wenn er „auch“ sagt, uns doch logisch erklären, was vorausgeht, welche Ausgaben die Kolonialverwaltung machen kann, neben denen dann auch noch die unvorhergesehenen „not-

wendigen“ Ausgaben zu bestreiten sind. Jedenfalls wird die Absicht der Kommission, die Kontrolle zu verschärfen, durch den Antrag Arendt vereitelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Prinz Arenberg (C.): Es ist nicht angängig, gerade im Etat für Südwestafrika dem Dispositiv eine andre Fassung zu geben wie die, die es in allen übrigen Etats hat. Ich beantrage deshalb, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Abg. Ledebur (Soz.): Jetzt ist plöglich der Abgeordnete Prinz Arenberg aufgetreten, hat gegen den Referenten Prinz Arenberg gesprochen und um Annahme der Regierungsvorlage gebeten. Seine ganze Begründung läuft darauf hinaus, daß er diese Änderung auch für die andern Schutzgebiete verlangt. (Sehr gut! bei den Soz.) Er meint, im nächsten Jahre könnten wir uns darüber verständigen, das Dispositiv überall zu ändern oder überall unverändert zu lassen. So lange brauchen wir gar nicht zu warten, denn es ist wohl angängig, eine so einfache Sache in der dritten Lesung zu ändern. Ich bitte also, dem Referenten Prinz Arenberg recht zu geben und den Antrag des Abgeordneten Prinz Arenberg abzulehnen. Wenn wir an dem Kommissionsantrag festhalten, legen wir eine Wreche in die bisherige Formulierung und verbessern das koloniale Statrecht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Paasche (nat.) und Legationsrat Seiffert führen aus, daß es bedenklich sei, gerade im Etat für Südwestafrika das freie Ermessen der Verwaltung jetzt einzuschränken. Die Kommission, die ihren Beschluß auf Antrag des Abg. Dr. Südekum nur mit knapper Mehrheit gefaßt habe, sei sich seiner Tragweite nicht bewußt gewesen. Abg. Dr. Arendt (Sp.): Sein Zweck sei nur gewesen, die Annahme des Kommissionsantrages zu verhindern. Mit der Regierungsvorlage sei er einverstanden und wünsche seinen Antrag nur als Eventualantrag aufrecht zu erhalten.

Abg. Prinz Arenberg (C.) bestreitet die Möglichkeit, das Dispositiv sämtlicher Kolonialstats bis zur dritten Lesung zu ändern; er habe sich nur verpflichtet gehalten auf die formale Diskrepanz der Beschlüsse hinzuweisen.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bin mir der Tragweite meines Antrages sehr wohl bewußt gewesen, waren es die andern Kommissionsmitglieder nicht, so kann ich nicht dafür. Der Regierungsvorteiler hat heute zugegeben, daß das koloniale Budgetrecht sehr bedenklich und reformbedürftig sei. Die gegenteilige Behauptung würde auch niemand glauben. Wenn gelangt wird, man dürfe gerade in diesem Jahre das Dispositiv des Referendfonds für Südwestafrika nicht ändern, so sage ich gerade umgekehrt, weil der Etat für Südwestafrika dieses Jahr nur eine theoretische Bedeutung hat, so haben wir die Möglichkeit, das Dispositiv zu ändern, denn die platonische Erklärung, daß wir uns über eine eventuelle Änderung des Dispositivs im nächsten Jahre verständigen können, nützt uns nichts. Wenn wir aber an dem Kommissionsbeschlusse festhalten, zwingen wir die Regierung, uns in dem nächsten Jahre einen anders formulierten Etatsvorschlag zu machen. Das ist im Interesse des Budgetrechtes sehr wichtig. Nach den Ausführungen des Abg. Dr. Arendt ist ja nun alles wieder eintig, das heißt allerdings, die Tragweite seiner Beschlüsse nicht erkennen! Halten Sie am Kommissionsbeschlusse fest, so haben Sie die Handhabe, das Budgetrecht in wünschenswerter Weise weiter zu bilden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Die Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen der Linken wiederhergestellt. Der Rest des Etats wird debattellos bewilligt.

Beim Nachtragsetat für Südwestafrika dankt Kolonialdirektor Dr. Stübel dem Frhr. v. Richthofen für seine Erklärung. Wenn der ganze Reichstag sich ihm anschließe, werde er sich den Dank der Nation und des südwestafrikanischen Schutzgebietes erwerben. (Bravo! rechts.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Das Wort hat der Herr Abg. Lattmann. (Mufe rechts: Abg. Lattmann ist nicht anwesend. (Große Heiterkeit.)

Abg. Rogalla v. Bieberstein (L.) spricht seine Befriedigung darüber aus, daß für die letzten Truppentransporte nach Südwestafrika die Pferde aus Ostpreußen beschafft seien. Nur wäre der Publikationstermin nicht richtig gewählt worden.

Abg. v. Staudy (L.) führt Beschwerde darüber, daß die Regierung beim Ankauf der ostpreussischen Pferde nicht die Händler ausgeschaltet habe. Diese hätten die Pferde den Bauern zu sehr niedrigen Preisen abgekauft für den Fall, daß die Pferde genommen würden. Wenn sie dann genommen wurden, hätten die Bauern gar nichts, die Händler aber sehr viel verdient. (Hört! hört! rechts.)

Kolonialdirektor Stübel erklärt, daß der Kriegsminister verhindert sei, an der Sitzung teilzunehmen. Er werde jedenfalls bei der dritten Lesung auf diesen Punkt zurückkommen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Der Vorwurf des Herrn Rogalla v. Bieberstein gegen die Regierung war ganz unbegründet. Es ist eine Legende, daß die Regierung den Händlern unter der Hand mitgeteilt habe, daß Verkäufe bevorstünden. Die Herren sollten doch zufrieden sein, daß sie ihre Pferde losgeworden sind. Auch mir gegenüber hat der Händler Beschwerde geführt. Ich habe ihm gesagt, er möge sich direkt beschweren, ich sei nicht im Reichstage, um materielle Privatinteressen zu vertreten.

Abg. Rogalla v. Bieberstein (konf.): Die jüdischen Händler (Wahl links) ja wohl, es handelt sich hier fast nur um die jüdischen Händler, haben auf irgend einem Wege bei dem Veruche, der in Tüft mit Pferden gemacht wurde, herausbekommen, daß möglicherweise Pferde von der Regierung abgekauft werden würden. Sie haben dann den Bauern gesagt, wir brauchen Pferde für Vergewerke, wir bekommen höchstens 250 M., könnten Euch aber etwa 200 M. zahlen, dann gäben sie vielleicht 3 M. Handgeld und fuhren ab. Wurden die Pferde nicht gekauft, so verloren sie höchstens das Handgeld, wurden aber die Pferde von der Regierung abgekauft, so gewannen sie 200 bis 300 M. daran. Die Militärverwaltung kann aber kein Wortwurf hieran treffen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Ant.): Herr Müller-Sagan hat mit Emphase betont, daß er nicht dazu da sei, um Privatinteressen zu vertreten, mir will es aber scheinen, als ob sich aus vielen kleinen Privatinteressen das öffentliche Interesse zusammensetzt. Der Militärverwaltung ist allerdings ein Vorwurf daraus zu machen, daß sie auf den öffentlichen Märkten die Pferdezüchter zusammengetrommelt und dann doch hinterher von den Juden gekauft hat. Daß sie nicht die Pferde von den Produzenten genommen hat, hat mit Recht Erbitterung in Ostpreußen erregt. Die Kniffe und Pässe der Juden hier zu verteidigen, haben wir keinen Anlaß. Das überlassen wir denen, die für jüdische Pferde und jüdische Menschen sich fortgesetzt interessieren. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. v. Staudy (L.): Ich habe den Herrn Abg. Müller-Sagan so verstanden, als ob er auch mich unter diejenigen subsumiert habe, die Privatinteressen vertreten. (Widerpruch des Abg. Müller-Sagan.) Jedenfalls möchte ich gegen eine solche Behauptung entschieden protestieren.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Ich habe mich lediglich gegen Herrn Rogalla v. Bieberstein gewandt. Seine Vorwürfe gegen die jüdischen Händler waren recht thöricht. Wir werden nun später darauf zurückkommen müssen, ob nicht christliche Händler oder Kaufleute sich ebenso gut und vielleicht in höherem Maße bereichern haben wie jüdische Händler bei der Versorgung unserer Truppen in den Schutzgebieten. Ich muß dagegen protestieren, als ob die Regierung den Händlern vorher irgendwelche Mitteilungen über den Pferdeankauf gemacht hätte. Ein solcher Vorwurf lag indirekt in den Worten des Herrn Rogalla v. Bieberstein. (Sehr richtig! links.)

Damit schließt die Diskussion; die ersten Titel werden bewilligt.

Beim Titel: Zwei Millionen zur Gewährung von Entschädigungen für Verluste aus Anlaß des Eingeborenen-Aufstandes hat die Kommission den Zweck so formuliert: Zu Darlehen an Geschädigte sowie zu Hilfeleistungen an Bedürftige aus Anlaß der Verluste infolge des Eingeborenen-Aufstandes. Jetzt beantragen die Abgg. v. Staudy und Genossen (L.) folgende Zweckbestimmung einzusetzen: Zu Darlehen sowie zu Hilfeleistungen an Personen, welche aus Anlaß des Eingeborenen-Aufstandes geschädigt worden oder hilfsbedürftig geworden sind.

Abg. v. Staudy (L.) begründet seinen Antrag. Die Kommissionsfassung sei unklar und unglücklich. Jeder Bedürftige sei auch geschädigt worden.

Auch Kolonialdirektor Dr. Stübel bittet, die Gewährung von Beihilfen nicht an die Voraussetzung der Bedürftigkeit zu knüpfen. Das bringe ein Moment der Unfreundlichkeit in die ganze Unterstützung, sehe wie eine Armenunterstützung aus. Die Erfahrungen mit Darlehen seien die denkbar schlechtesten. Nichtsahnur müsse das öffentliche Interesse sein, das wirtschaftliche Leben der Kolonie nicht zusammenbrechen zu lassen. Deshalb bitte er, dem Antrag v. Staudy zuzustimmen.

Abg. Dr. Paasche (nat.): Die heldenmütigen Ansiedler, die für ihr Vaterland mutvoll gekämpft haben, dürfen nicht bis zur Grenze geistlicher „Bedürftigkeit“ mit Darlehen abgepflegt werden. Die Ansiedler haben zum Teil ihr Leben verloren, und wenn sie nun nach Hause kommen (Heiterkeit) und ihre Farmen verwüstet finden, darf man sie nicht auf Almosen verwiesen, sonst verlieren sie die Lust zur Arbeit in der Kolonie. Wir haben auch für die in andern Ländern durch Revolutionen geschädigten Deutschen volle Entschädigung verlangt, müssen sie also auch jetzt den Ausländern geben. Sonst geht das Vertrauen zur Regierung verloren. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bayer (D. Sp.): Wir stimmen dem Kommissionsvorschlage zu. Der Antrag Staudy läßt der Regierung vollkommen freie Hand, Darlehen und uneigentliche Zuwendungen aller Art zu machen, was die Kommission gerade vermeiden sehen wollte. Die Ansiedler dürfen nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß sie keinen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung haben, daß alles, was sie bekommen, von dem guten Willen der Reichsregierung abhängt und daß ihnen nichts à fonds perdu gegeben wird. Es war sehr wenig angebracht, daß der Kolonialdirektor der Summe, welche die Kommission aus gutem Herzen geben will, den Mafel der Armenunterstützung von vornherein aufdrückte. (Sehr richtig! links.) Darum handelt es sich nicht im geringsten, so engherzig hat die Kommission sich die Ausführung ihres Beschlusses nicht vorgestellt. Man sollte das Entgegenkommen des Reiches um so höher einschätzen, als es sich doch um recht erhebliche Summen handelt. (Sehr richtig! links.) Nach meinen Informationen über die Zahl der in Betracht kommenden Farmer kommt auf jeden Kopf ein Betrag von mehr als 6000 M. Zum gestügt durchaus zur Wiederaufrichtung einer Farm. Im übrigen sollte alles getan werden, um die bisherige große Zerplitterung der Farmen zu vermeiden und eine größere Konzentration der Ansiedler zu erreichen. (Bravo! links.)

Abg. Graf Arnim (Sp.): Die letzten Ausführungen des Vorredners beweisen, daß er die geologischen und sonstigen Verhältnisse in Südwestafrika nicht im geringsten kennt. (Sehr richtig! rechts.) Die geforderten zwei Millionen werden nicht ausreichen. Herr Bayer hat ganz recht, wenn er sagte, daß auf jeden 6000 M. fallen. 6000 M. sind aber zu wenig für die Begründung einer neuen Farm. Besonders die Viehschädigung ist zu niedrig. Wenig Hoffnung habe ich, daß das den Hereros etwa abgenommene Vieh einen Erlaß für das verlorene gegangene bilden kann. Das Vieh der Hereros ist viel schlechter als das der Ansiedler. Im übrigen glaube ich, die ganze Krise wird wie ein reinigendes Gewitter wirken und Sonnenschein und Wohlergehen wird wieder in unsre Kolonien einziehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Groeber (C.): Man hat bei den Ansiedlern Hoffnungen erweckt, die sich jetzt nicht erfüllen. Das ist aber durchaus nicht die Schuld des Reichstags. (Sehr richtig! im Centrum.) In einem Flugblatt des deutschen Kolonialbundes, das mir vorliegt, wird für die Geschädigten voller Schadenersatz verlangt. (Hört! hört!) Die zwei Millionen, die die Regierung fordert, können nur als erste Rate gelten, heißt es in dem Flugblatt. (Hört! hört! links und im Centrum.) So darf man dem Reichstag nicht kommen. (Sehr gut! im Centrum.) Wer bringt denn die Entschädigungen auf, die aus der Reichstasse gezahlt werden sollen? Sie werden aus den Erträgen indirekter Steuern genommen, die von Leuten aufgebracht werden, welche wahrhaftig nicht in glänzenden Verhältnissen leben und vielfach selber recht sehr bedürftig sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Centrum.) Da haben wir die heilige Pflicht, darauf zu sehen, daß nichts Ueberflüssiges ausgegeben wird, zumal in dieser Zeit des chronischen Reichsdefizits. (Sehr richtig! im Centrum.) Wie werden denn ähnliche Vorgänge bei uns in Deutschland behandelt? Wenn große Ueberschwemmungen eintreten, ist man da so rasch mit Millionen für Entschädigung bei der Hand? Da werden erst gründliche Untersuchungen veranfaßt und dann Darlehen gegen die Bedingung der Rückzahlung gewährt. Bei den Ueberschwemmungen in Schlesien liegt auch die Frage nahe, ob es der Regierung nicht möglich gewesen wäre, das Unglück zu verhüten, wenn sie rechtzeitig für Flußregulierungen gesorgt hätte. (Sehr richtig!) Der preussischen Regierung aber fällt es gar nicht ein, die moralische Verpflichtung für sich anzuerkennen, für vollen Schadenersatz zu sorgen, die Kommission hat das ihrige vollauf getan. Wir wollen nicht engherzig und bürokratisch helfen, sondern Darlehen oder Geschenke gewähren. Leute, die im Stande sind, sich selber zu helfen, brauchen nicht Beihilfen ohne die Bedingungen der Rückzahlung zu erhalten. Wenn die Flugblattverfasser sich detartiges gegen den Reichstag herauszunehmen getrauen, so giebt es dafür nur eine richtige Antwort, die Annahme des Kommissionsantrages. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Der Antrag Staudy will ja nur eine andre Modalität für die Verteilung derselben Summe schaffen. Die Ausführungen des Herrn Kollegen Groeber über die notwendige Sparsamkeit waren also nicht am Platze. Das Flugblatt des deutschen Kolonialbundes ist also eine ganz anonyme Sache und dieser Bund nicht zu verwechseln mit der deutschen Kolonialgesellschaft. Der Kolonialbund ist ein kleiner Kreis von Personen, der mit anonymen Rundschreiben den Kolonialfreunden in den Rücken zu fallen pflegt. Wir haben das Interesse, die Kolonien lebensfähig zu gestalten; was wir jetzt ausgeben, geben wir nur als Vorbehalt auf künftige Einnahmen aus. (Lachen links.) Der Ausdruck der Bedürftigkeit muß aus dem Kommissionsbeschlusse heraus. Er widerspricht den Empfindungen und auch den wirtschaftlichen Interessen der Kolonien. Wir müssen dafür sorgen, daß die Ansiedlungen möglichst schnell wieder aufgebaut werden. Redner schlägt schließlich vor, um den Antrag Staudy dem Centrum annehmbar zu machen, in ihm zu sagen: „Zu Darlehen sowie zu Hilfeleistungen an Personen, welche aus Anlaß des Eingeborenen-Aufstandes geschädigt worden und (statt oder) hilfsbedürftig geworden sind.“

Abg. Bayer (D. Sp.): Ich verstehe es nicht, wie die Spende von zwei Millionen, die das Reich hier für die Kolonien ausgiebt, als Ananerei bezeichnet werden kann. Wir haben unter den heutigen Verhältnissen nicht die Möglichkeit alle Anforderungen der Kolonialschwämmen zu erfüllen. (Bravo! links.)

Kolonialdirektor Stübel: Die Ansicht, daß die Ansiedler volle Entschädigung verlangen können, ist jedenfalls nicht auf Anrechnungen der Kolonialabteilung zurückzuführen. Hebrigens verweise

Ich noch darauf, daß bei den Notstandsunterstützungen in Preußen das Erfordernis der Bedürftigkeit nie aufgestellt worden ist.

Abg. Ledebour (Soz.): Es sind hier verschiedene Zahlen angeführt worden über die Anzieder und Farmer, die sich aber stets auf ganz Südwestafrika bezogen haben. In der That handelt es sich aber doch bei den Entschädigungen nur um die Farmer im Hererogebiete. In der Kommission hat der Herr Kolonialdirektor die Zahlen dieser Anzieder auf etwa 200 angegeben. Danach würden auf jeden 10 000 W. kommen. Ich bitte ihn, uns die Zahlen genau mitzuteilen, wieviel Anzieder in den betreffenden Bezirken anständig sind. Jedenfalls haben wir keinen Anlaß, hier Summen auszugeben, während in Deutschland für viel wichtigere Zwecke, zum Beispiel die Bekämpfung der Ruhrkrankheit, geknauert wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die genannten Zahlen sind folgende: Im Aufstangsgebiete haben gelebt 1800 Personen, davon 1500 Weiße, darunter 314 Farmer und 168 Kaufleute geschädigt. Dazu treten 41 Missionare, die auch zum größeren Teile geschädigt sind. Das sind im ganzen 526 Personen, die als Geschädigte unter Umständen in Betracht kommen, so daß auf jeden durchschnittlich 4000 W. fallen würden. An Opfern des Herero-Aufstandes kommen in Betracht 84 Personen, darunter 4 Frauen, als nicht im Kampfe gefallen 31; außerdem 15 Vermisste, so daß im ganzen 130 Personen dem Aufstande zum Opfer gefallen sind.

Abg. Gröber (C.): Wer nach Südwestafrika geht, muß wissen, daß das mit Gefahren verbunden ist. Wie halten an dem Kommissionsbeschlusse fest.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag v. Staudt wird gegen die Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt. Der Kommissionsantrag angenommen.

Der Nachtragetat für Südwestafrika wird bewilligt.

Danach vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Etat für Kiautschou und verschiedene Staatsrechte, dann die zweite Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Reblaus, erste Lesung des Abkommens über internationale Privatrechte usw.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Nichtigstellung.

Genosse Due bittet zu berichtigen, daß er nicht, wie im gestrigen Parlamentsberichte des „Vorwärts“ zu lesen ist, gesagt hat, „bis jetzt“ seien 32 Zonen „stillgelegt“, sondern sie seien zum Teil stillgelegt oder von der Stilllegung bedroht. Ebenso habe er nicht gesagt, Eiberg sei schon stillgelegt, sondern sie würde außer Betrieb gesetzt, trotz aller gegenteiligen Versicherungen. Auch habe er nicht gesagt, ein rheinisch-westfälisches Eisenwerk habe seine Fabrikation bereits nach Lothringen verlegt, sondern es seien Vorbereitungen im Gange, die einen Teil der Fabrikation nach Lothringen zu verlegen zur Folge haben würden.

Reichsfinanz-Reform.

Die Budgetkommission setzte am Freitag ihre Arbeit fort; es wurde ihr ein Antrag des Abg. Spahn unterbreitet, den der Abg. Arendt dann alsbald amendierte:

Der Antrag Dr. Spahn lautet: Die Kommission wolle beschließen:

1. Den § 1 zu fassen wie folgt:

Unter Aufrechterhaltung der Ueberweisungen der Reinerträge (der Tabaksteuer und) der Branntweinverbrauchs-Abgabe samt Zuzahlung zu derselben sowie der (Reichs-) Stempelabgaben (für Wertpapiere) an die einzelnen Bundesstaaten ist dieser auch der Reinertrag der Reichsbottichsteuer zu überweisen.

Die Ueberweisung des Reinertrages (der Tabaksteuer und) der (Reichs-) Stempelabgaben erfolgt nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher die einzelnen Bundesstaaten zu den Matricularbeiträgen herangezogen werden, die Ueberweisung der Reinerträge der Branntweinverbrauchs-Abgabe samt Zuzahlung zu derselben sowie der Reichsbottichsteuer nach Maßgabe der matricularmäßigen Bevölkerung, mit der sie zum Gebiete der Branntweinsteuer-Gemeinschaft gehören. Den Ueberweisungen sind vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung zwischen der Reichs- und den Einzelstaaten die im Art. 30 der Reichsverfassung erwähnten Quartalsbeiträge bezw. Jahresabschlüsse zu Grunde zu legen.

2. Den § 3 zu fassen wie folgt:

Der § 8 des durch die Bekanntmachung vom 24. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 111) veröffentlichten Zolltarif-Gesetzes wird aufgehoben.

Abg. Dr. Arendt beantragte dazu, die oben in eckige Klammern gesetzten Worte zu streichen, die in runde Klammern gesehen hinzuzufügen. Später fügte Abg. Dr. Spahn seinem Antrage noch hinter dem Worte „derselben“ im ersten Satze die Anmerkung hinzu: (§ 30 Absatz 1 des Gesetzes betr. die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1884).

Abg. Dr. Spahn betonte gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Südekum vom Tage vorher, daß in der Vorlage, wenn nicht hauptsächlich, doch sehr stark Gewicht auf eine Verringerung der Reichsfinanzen gelegt werde. Es gehe nicht weiter an, den Einzelstaaten Ueberweisungen zu geben und im Reiche zugleich Schulden zu machen. Das Risiko der gesamten Finanzgebarung dürfe man aber nicht allein den Einzelstaaten überlassen. Bei den heutigen Zuständen habe die Frankfurter Klausel nur konstitutionellen Wert; ihre Aufhebung aber empfehle sich nicht; es sei wohl am besten, den Tabak, die Stempelsteuer als Ueberweisungssteuern zu belassen und sogar noch die Reichsbottichsteuer hinzuzufügen. Eine Summe von 220 Millionen Mark Ueberweisungssteuern würde wohl zur Wahrung des Budgetrechts ausreichen; es würde dann das Bewilligungsrecht sich immerhin auf 320 Millionen erstrecken. Man sollte deshalb dem Grundgedanken der Vorlage näher treten, um mehr Ordnung in den Haushalt des Reiches zu bringen und die Schuldenlast zu erleichtern. Wenn es gelingt, das Budgetrecht zu wahren, dann könne man ohne weiteres das Risiko der Einzelstaaten mindern. Das Interesse der Einzelstaaten an der Finanzgebarung des Reiches bleibe dadurch erhalten.

Der Schatzsekretär v. Stengel erklärte sich außer Stande, die Stellung der Regierung zu den Spahn'schen Vorschlägen zu präzisieren. Wenn die Tabaksteuer als Ueberweisungssteuer bestehen bleiben solle, so werde das Risiko der Einzelstaaten nicht erheblich erhöht, da sie sehr konstant sei; etwas schwieriger sei die Sache mit der Reichsbottichsteuer; und unerwünscht würde die Aufrechterhaltung der Stempelsteuern als Ueberweisungssteuern sein, weil die Abgaben je nach der wirtschaftlichen Konjunktur sehr schwankend seien. Deshalb seien die Vorschläge des Centrums keine Verbesserung der Vorlage. Auch zur Wahrung des Budgetrechts seien sie nicht nötig; dazu reiche die Aufrechterhaltung der Branntweinverbrauchs-Abgabe als Ueberweisungssteuer aus. Der Schwerpunkt der Vorlage liege in der Aenderung der Verwendung der Zölle, die hinfür nicht mehr überwiesen werden sollten. Wahrscheinlich würden die Regierungen den Anträgen Spahn beistimmen.

Der Ministerialrat v. Burckhardt bezieht der bayerischen Regierung die Stellungnahme ausdrücklich vor.

Abg. Dr. Passche hoffte, daß eine Einigung auf Grundlage des Antrages Spahn zu Stande kommen werde. Er wies darauf hin, daß es besser sei, die gesamten Stempelabgaben zu überweisen, statt nur, wie Spahn wolle, den Stempel auf Wertpapiere.

Abg. Richter glaubt nicht auf den Antrag Spahn eingehen zu können. Der natürliche Zusammenhang zwischen Tabakzoll und Tabaksteuer werde dadurch zerrissen. Die schwankenden Erträge der Ueberweisungssteuern seien für die Einzelstaaten bedenklich; aber Antrag Spahn überweise gerade die schwankenden Stempelabgaben. Ohne Ueberweisung eines großen Teiles der Zölle könne er nicht für § 1 stimmen. Er würde der Annahme der sehr schwankenden Getreidezölle wohl zustimmen, aber die ja ohnehin durch die lex Trimborn verfestigt sei. Der Zeitpunkt zur Reform sei der

denkbar ungünstigste. Am unklarsten sei der Ertrag der Zölle für die Zukunft. Deshalb dürfe man sie nicht aus den Ueberweisungssteuern herausheben. Man könnte ja den Beitrag von 130 Millionen aus der lex Frankenstein erhöhen, ohne die ursprüngliche Relation zu ändern. Jede Bezugnahme auf die Matricularbeiträge in diesem Gesetz sei verfehlt. Auch die Vorschläge des Abg. Spahn seien, weil innerlich nicht gerechtfertigt, zu verworfen.

Staatssekretär v. Stengel polemisierte gegen die Anregung des Abg. Richter, eine Erhöhung der Summe von 130 Millionen Mark vorzunehmen; denn dadurch würde das Risiko nicht vermindert.

Abg. Singer erklärte, daß für uns seit der ersten Beratung des Etats keine Aenderung der Stellung zur Reformvorlage geboten erschienen sei. Gerade der jetzige Zustand für das Gefühl der Verantwortlichkeit der Einzelstaaten für die Finanzen des Reiches. Die Reform diene in der That nur der wüsten Flotten- und Heerespolitik. Daher dürfe man den Einzelstaaten das Risiko gerade nicht nehmen. Bei dieser Vorlage handle es sich anscheinend besonders darum, Fraktionen im Bundesrat zu vermeiden. Man solle nicht den letzten Damm gegen überfliegende Flottenpläne niederreißen.

Der Staatssekretär wiederholte seine Erklärung, daß das Budgetrecht des Reichstages ausreichend gewahrt bleibe. Er betone auch, daß diese Reform mit Flottenplänen gar nichts zu thun habe.

Abg. Dr. Spahn erklärte seine Geneigtheit, den Tabak vor der Ueberweisung anzunehmen und dafür noch andre Stempelabgaben zu den Ueberweisungen zu schlagen. Das bisherige Verfahren habe die Flottenpläne im Bundesrat nie gehindert. Abgeordneter Dr. Arendt glaubte in dem Entwurf eine größere Klarstellung der Reichsfinanzen begreifen zu können. Auch dem Vorschlage Spahn könne man zustimmen. Die Vorlage habe eigentlich nur eine formale Bedeutung; die Furcht vor neuen Militär- und Flottenvorlagen sei hinreichend. Abg. Frhr. v. Richthofen bezieht sich die Stellung der konservativen Partei ausdrücklich vor. Abg. Dr. Südekum sagte die gegen den Antrag Spahn sprechenden Gründe zusammen. Es sei fast unmöglich, bei solchen plötzlichen Anträgen alle Konsequenzen sofort klar zu überschauen. Von einer Herausnahme aller Zölle aus den Ueberweisungen könne keine Rede sein.

Abg. Richter: Das Risiko der Einzelstaaten sei kein integrierender Bestandteil der Lex Frankenstein. Man könne sehr wohl auch dem Reiche die Verpflichtung auferlegen, den Einzelstaaten stets das Staatsrisiko der Ueberweisungen zu garantieren; auch einer Erhöhung des Betrages von 130 Millionen könne man zustimmen. In den Ueberweisungen würden nach den bisherigen Erklärungen die Ausgaben für das Heer zu hoch angelegt; das behauptete Defizit von 100 Millionen Mark sei also zweifelhaft, damit sinke aber auch das Bewilligungsrecht des Reichstages bezw. frige die Bewilligungslust der Ressorts. Ministerialdirektor Tzewele betämpfte die Darlegungen des Vorredners. Was das neue Quinquennat bringende werde, wisse man noch nicht. Abgeordneter Sped wandte dagegen ein, daß die Steigerung der Militäraufgaben vom Abg. Richter genau angegeben sei. Der ganze Streit drehe sich um die Behandlung der Zölle. Durch ihre Ausnahme von den Ueberweisungen wolle man das Risiko der Einzelstaaten vermindern und den Etat durchsichtiger gestalten. Dazu sei er bereit; er wolle die etatmäßigen Puffer der Ueberweisungen garantiert und fixiert sehen. Auch die Zurückbehaltung eines Teils der Zölle könne er gutheißen. Der Antrag Spahn habe das Bedenken, daß die Durchsichtigkeit des Etats dadurch nicht gefördert werde. Der Augenblick der Reform sei ganz ungeeignet. Der Staatssekretär legte dar, daß er sich zu der schweren Stellung nicht gedrängt habe, aber nach langen Kämpfen habe er angenommen im Vertrauen auf die Mehrheit des Reichstages. Wenn er in seinem Vertrauen getäuscht werden sollte, wenn die Vorlage scheitern sollte oder in den wesentlichsten Punkten verdrorben werden sollte und dadurch seine Autorität erschüttert werde, dann werde er zurücktreten. Abg. Ledebour widersprach der Meinung des Schatzsekretärs, daß diese Reform eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeiführen werde. Eine gründliche Reform lasse sich nur bei steigender Konjunktur durchführen. Abg. Dr. Südekum wies darauf hin, daß der Schatzsekretär früher betont habe, er verknüpfe keinerlei persönliches Interesse mit der Vorlage. Jetzt suche er durch ein starkes Pressionsmittel die divergierenden Elemente des Centrums zusammenzuschweißen. Ob ihm das durch seine Drohung gelingen werde, könne dahingestellt bleiben; jedenfalls sei es zweifelhaft, ob der Reform ein solcher Wert innewohne, wie der Staatssekretär nach seinen Worten anzunehmen scheine. Auch bei uns seien es rein sachliche Gründe, die zur Verwerfung der Vorlage führten. Abgeordneter Sped betonte, daß seine Erklärungen gar keine persönliche Spitze gehabt hätte; er habe die Vorlage reiten, nicht stürzen wollen. Abg. Dr. Dietrich meinte, daß, wenn man von dem Gesetze nur eine Ausnahme eines Teiles der Zölle von der Ueberweisung übrig lasse, dann das ganze Gesetz für die Konservativen gar keinen Wert mehr habe. Abg. Sped betonte, daß die Matricularbeiträge bestehen bleiben sollten. Es würde aber den Bundesstaaten das Risiko abgenommen. Er wolle die Zölle eventuell teilen; die Höhe aber behalte er sich vor. Für den Fall eines Konflikts müsse der Reichstag Ueberweisungssteuern haben.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag Arendt und sodann der so veränderte Antrag Spahn mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Die Kommission vertagte sich auf nächsten Dienstag.

Parlamentarisches.

Militär-Strafgeset. Die zur Vorberatung der Resolution Gröber („die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu erforschen, welcher das heutige Verhältnis der Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuchs über Verfehlungen der Untergebenen gegen Vorgesetzte im Vergleich zu dessen Bestimmungen über Verfehlungen der Vorgesetzten gegen Untergebene beseitigt“) eingeleitete Kommission von sieben Mitgliedern beriet am Donnerstagabend darüber, daß die Strafen in geringfügigen Fällen thätlichen Angriffs gegenüber Untergebenen enorm hoch sei und daß hier eine Remedur nötig sei, herrsche die Einsigkeit die konservativen Parteien fehlten. Der § 97 des Militär-Strafgesetzbuchs bedroht das thätliche Vergehen eines Untergebenen an einem Vorgesetzten oder das Unternehmen eines thätlichen Angriffs mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, in minder schweren Fällen nicht unter einem Jahre. Ist das Vergehen unter dem Gewehr oder sonst im Dienst oder vor dem vernehmten Mannschafte oder mit einer Waffe oder einem andern gefährlichen Werkzeug unternommen, so ist die Mindeststrafe fünf Jahre, in minder schweren Fällen zwei Jahre. Die Abgeordneten Gröber (C.) und Hagemann (natl.) wünschten, um etwas Positives zu erreichen, die Resolution auf diesen Fall des § 97 zu beschränken. Stadthalger vertrat die Ansicht: mit einer Aenderung des Militär-Strafgesetzbuchs allein ist nicht viel erreicht. Die Militär-Strafprozessordnung, die Verrücktheit der Sondergerichtsbarkeit, die Bestimmung des ja geschliffen, selten aber in der Praxis schon heute dem Soldaten zutreffenden Notwehrrechts seien geeignete Mittel zur Verrücktheit des alsfein beurteilten Zustandes. Auf dem Gebiete des Militär-Strafgesetzbuchs handle es sich nicht nur um den § 97, sondern um den gesamten sechsten Abschnitt (§§ 89-113) und eine Reihe anderer Vorschriften, wie z. B. der Meuterei, zu der die Praxis eine Reihe Körperverletzungen gestempelt habe. Wichtig wäre es, aus dem Strafgesetzbuch alle Vorschriften zu streichen, die nicht mit der Eigenart des militärischen Lebens zusammenhängen. Besondere Vorschriften gegen Verleumdungen, Körperverletzungen und bergleichen seien überflüssig; das allgemeine Strafgesetzbuch reiche da aus. Wenn das Militärstrafgeset zum Beispiel Achtungsverletzung, Ungehorsam, Gehoramsverweigerung als besondere Delikte bestrafe, so sei der Rücksicht auf die Disziplin

mehr als Genüge geleistet; besondere Gesetze gegenüber den auch im bürgerlichen Strafgesetzbuch bedrohten Handlungen seien überflüssig. Zum mindesten sei aber das Streichen aller Mindeststrafen und die Herabsetzung der Maximalstrafen im sechsten Abschnitt erforderlich. In diesem Sinne stellte Stadthalger eine Resolution. Der Abg. Spahn (C.) regte an, den gesamten sechsten Abschnitt in den Kreis der Resolution zu ziehen und überall im Fall des Vorliegens mildernden Umstände zu gestatten, unter das jetzt festgelegte Mindestmaß hinunterzugehen. Schließlich gelangte nach Ablehnung der Stadthalger'schen Resolution einstimmig folgende Resolution Gröber-Hagemann zur Annahme: die verbündeten Regierungen zu erforschen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die im § 97 Abs. 1 festgesetzten Mindeststrafen (die sind oben mitgeteilt) erheblich herabgesetzt werden. Der Abg. Gröber hatte zuvor betont, daß er einer viel weiter gehenden Aenderung des Militär-Strafgesetzbuchs sympathisch gegenübersteht, aber in der Hoffnung, daß die Regierungen der vorgeschlagenen Resolution Folge geben würden, sich auf diese beschränken wolle.

Partei-Nachrichten.

Erklärung.

Auf die in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ enthaltene Notiz, betreffend die Herausgabe einer Montags-Zeitung durch den Genossen Bernstein, haben wir Anfragen darüber erhalten, ob das Unternehmen die Billigung der Parteileitung erhalten hat.

Wir teilen auf diese Anfragen mit, daß es sich — wie auch schon aus der „Vorwärts“-Notiz hervorgeht — um ein Privatunternehmen des Genossen Bernstein handelt, daß also die Parteileitung der Herausgabe des „Neuen Montagsblattes“ fern sieht.

Berlin, 22. April 1901.

Der Parteivorstand.

Vorsitzender Erklärung schließen sich an Die Vertrauenspersonen von Berlin u. Umgegend.

Die vergessenen Gänsefüßchen.

Ein Mann, der sich auf die Lösung psychologischer Rätsel versteht, prophezeit uns dieser Tage mit einer Zuversichtlichkeit, mit der man sonst nur das Resultat von 0+0 festzustellen pflegt, daß diese Geschichte binnen 14 Tagen ganz Europa beschäftigen werde. Der Mann kann recht behalten. Die „Leipziger Volkszeitung“ läßt in ihrer Nr. 91 bereits einen weithin schallenden Kanonendonner gegen die armen kleinen Gänsefüßchen los. Nichts weniger als Verdrüßlichkeit mit Herden, Auffassung des von Herden geworfenen Reflektorballes und Verleugnung der Parteigrundsätze steht bereits auf unserm Schuldenkonto, und wenn das so weiter geht, wird bald jeder Zeitungsläser beim Morgenkaffee nach dem Stande der neuesten Affaire schauen.

Wir wollen indes nicht den Versuch machen, den Leipziger Kanonendonner zu überbieten. Wenn die „Leipziger Volkszeitung“ ihr Getöse damit begründet, daß sie uns keine mildernden Umstände zubilligen kann, weil wir selbst schuld daran seien, so bemerken wir nur, daß wir auch gar nicht für uns, sondern im Gegenteil für die „Leipziger Volkszeitung“ auf mildernde Umstände plädiert haben.

Radelspiche.

Wie alljährlich wurden auch in diesem Jahre in der Provinz Westpreußen von unsren Parteigenossen Volkskalender auf dem Lande und in den Städten verteilt. Der Genosse Sellin in Danzig, der Provinzialvertrauensmann der Provinz Westpreußen, soll nun laut Gerichtsbeschlusse 96 M. wegen angeblicher gewerbsmäßiger Verbreitung der Westpreussischen Volkskalender bezahlen. Es ist dies angeblich die doppelte Summe der bei dem Gewerbetriebe hinterzogenen Steuer. Vor einiger Zeit wurde ein Verfahren gegen unbekannt wegen der Verbreitung der Kalender eingeleitet. Dasselbe verlief jedoch resultatlos. Jedenfalls will man jetzt den Erfolg nachholen. Es ist natürlich Verurteilung eingeleitet worden.

Zum Falle Göhre. In den letzten Erörterungen über die Aktion der sächsischen Komitees gegen Göhre ist darauf hingewiesen worden, daß die „Sächsische Arbeiterzeitung“ die Erklärung der Komitees nicht gleichzeitig mit den andern sächsischen Parteiblättern abgedruckt hat. In einer Zuschrift an die „Chemnitzer Volksstimme“ teilt nun Genosse Fleißner mit, die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sei noch rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden, daß die Erklärung bis auf weiteres zurückgehalten werden könne.

Die Generalversammlung des ersten sächsischen Reichstags-Wahlkreises (Zittau) erklärte sich in einer Resolution mit dem Chemnitzer Beschluß einverstanden.

Genosse Edmund Fischer, der Abgeordnete des Kreises, der bekanntlich den Chemnitzer Beschluß mit großer Entschiedenheit bekämpft, hat an der Generalversammlung nicht teilgenommen.

Der frühere Redakteur der „Volkzeitung“ in Düsseldorf, Oscar Wessel, hat der dortigen Parteileitung seinen Austritt aus der Partei angezeigt.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Stahlprodukte in England.

Die Zeitschrift „Deutsche Wirtschaftspolitik“ veröffentlicht nach den Angaben des englischen „Ironmonger“ eine Gegenüberstellung der Preise, zu welchen die deutschen Stahl- und Walzwerke ihre Erzeugnisse auf dem englischen Markt ausbieten und zu welchen sie auf dem deutschen Inlandsmarkte verkaufen. Danach stellen sich die gleichzeitigen Preise per Tonne für deutsche, aus Stahl hergestellte

| | im Auslande | in Deutschland |
|----------------------|-------------|----------------|
| Billets . . . auf | 73-55 sh. | 90 sh. - d. |
| Blöcke | 70-72 . . | 82 . 6 . |
| Platten | 75-77 . . | 92 . 6 . |
| Schiffsplatten . . . | 105-107 . . | 115 . - . |
| Ressellplatten . . . | 115-120 . . | 150 . - . |
| Schienen | 87 | 120 . - . |

Der deutsche Verbraucher dieser Erzeugnisse hat somit wenigstens 25 Proz. mehr zu zahlen gehabt als der ausländische.

Dieser „antinationale“ Export, der nicht möglich wäre, wenn nicht die Kartellierung und die hohen deutschen Zölle den Stahlwerken gestattet, sich durch hohe Preisstellungen auf dem Inlandsmarkt für die Exportverluste reichlich zu entschädigen, schießt eine schwere Gefahr für die obige Stahlmaterialien weiterverarbeitende deutsche Fertigeisen-Industrie in sich; denn dadurch, daß die mit dieser konkurrierende englische Industrie die gleichen Materialien zu weit niedrigeren Preisen erhält, wird letztere in den Stand gesetzt, nicht nur den deutschen Export fertiger Stahlprodukte auf dem englischen Markt erfolgreich die Spitze zu bieten, sondern ihm auch auf dritten neutralen Märkten Abbruch zu thun. Die Folge dieser billigen Exporte ist also eine Stärkung der englischen Fertigeisen-Industrie gegenüber der deutschen Konkurrenz und im weiteren eine Beeinträchtigung des deutschen Exports von fertigen Stahlfabrikaten zu Gunsten des Exports von Halbmaterialien. Für den deutschen Volkswohlstand, und zwar ganz besonders auch für die Arbeiterschaft, ist es aber keineswegs einerlei, ob die Produkte in viertel- oder halbfertigem Zustande in das Ausland exportiert und dann dort weiter verarbeitet, oder ob die Produkte in Deutschland selbst ganz fertiggestellt werden, denn es bedarf wohl keines Nachweises, daß in den ganzfertigen Produkten eine größere Menge Arbeitslohn steckt als in den halbfertigen.

Uebrigens können die obigen Unterschiede zwischen den Inlands- und Auslandspreisen noch als relativ niedrige gelten. Bei der Enquete des Holzzeugverbandes wurde festgestellt, daß deutsche Werke in einzelnen Fällen Rohholz nach England um 35-40 Proz. unter den deutschen Verbandspreisen verkauft hatten.

Die Lage des Holzgewerbes. Die Lebhaftigkeit des Geschäftes auf dem Rohholzmärkte läßt auf eine flotte Beschäftigung der weiterverarbeitenden Industriezweige schließen. Die Holzpreise bewegen sich durchweg in aufsteigender Richtung. Auf dem ostdeutschen Holzmarkt hatte man bei Ausbruch des Krieges zwischen Rußland und Japan ein starkes russisches Angebot erwartet, da man annahm, die russischen Holzzeiger würden bei dem starken Geldbedarf Rußlands geneigt sein, zu billigen Preisen ihre Rohholzbestände abzugeben. Inzwischen ist diese Erwartung nicht eingetroffen. Wenn auch keine Preissteigerungen eingetreten sind, so machte sich doch trotz der starken Zurückhaltung der Einkäufer kein Herabgehen des Preisniveaus bemerkbar. Günstiger sind dagegen auf dem Rohholzmärkte die Preise für deutsches Holz. Namentlich hat die neuerdings wieder begonnene Verwendung von Buchenschwämmen im Bereiche der preussischen Eisenbahnen den Preis für Buchenholz so sehr in die Höhe getrieben, daß die Branchen des Holzgewerbes, die Buchenholz verarbeiten, mit einer erheblichen Verteuerung ihres Rohstoffes rechnen müssen. Die ersten Verarbeiter von Rohholz, die Sägemühlen, sind gegenwärtig fast in allen Gegenden Deutschlands mit beschäftigt. Die Nachfrage nach Bauholz und nach Brettern ist befriedigend, wenn auch in Süddeutschland infolge der Konkurrenz Ostpreußens über die Bretterpreise geklagt wird. In der Sautischlerei ist der Beschäftigungsgrad lebhaft und entspricht ganz der Regsamkeit im Baugewerbe. Auch in der Möbelfabrikation giebt es im allgemeinen reichlich zu thun. Nicht nur die Orte mit niedrigem Lohnniveau, deren Konkurrenz einen großen Teil der an den Markt kommenden Aufträge vorwegnimmt, sondern auch die großen Pläze sind gut beschäftigt. So kamen z. B. in Berlin zu den alten Aufträgen, die noch aus dem Jahr 1903 in das laufende Jahr herübergenommen wurden, reichlich neue Bestellungen, so daß fast durchweg voll und unter Vermehrung der Beschäftigten gearbeitet werden kann.

Schulzoll und Veredelungsverkehr. Eine recht pikante Notiz findet sich verstreut im Handelsteil der „Kölnischen Zeitung“ vom 19. d. Mts. (Nr. 395). Es wird dort berichtet, daß die Direktion des „Phönix“ um Bewilligung des zollfreien Veredelungsverkehrs mit Knüppeln zur Drahtfabrikation petitioniert hat, und zwar „offenbar veranlaßt durch ihren Streit mit dem Stahlwerksverband“. Die hochindustriellen „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu: „Es ist nur zwar kaum anzunehmen, daß die Regierung durch die Erteilung der erbetenen Erlaubnis die schutzollnerische Politik durchlöchern wird.“ Inwiefern erscheint ihr die Sache bedenklich, denn: „Würde dem Antrage des „Phönix“ stattgegeben, so ließe sich kein Grund finden, den übrigen Knüppelverarbeitern Deutschlands gleiche Gesuche, die zweifellos sofort nachfolgen würden, abzuschlagen. ... Welche weitgehenden Folgen sich daraus durch nachfolgende Anträge in Bezug auf den Veredelungsverkehr anderer Rohstoffe knüpfen könnten, läßt sich gar nicht absehen.“

Die letzte Befürchtung der „Kölnischen Zeitung“ dürfte allerdings nicht ganz aus der Luft gegriffen sein. Vorderhand wird natürlich abzuwarten sein, wie sich der deutsche Eingangszolltarif nach Abschluß der neuen Handelsverträge gestalten wird. Bleibt aber, wie zu befürchten ist, die hochschutzzollnerische Tendenz des Zolltarifes unrichtig erhalten, so dürfte eine intensive Ausgestaltung des zollfreien Veredelungsverkehrs zur Wahrung der deutschen Exportinteressen sich als unabweisbar erweisen. Es ist dies, wie u. a. das Beispiel der amerikanischen Union zeigt, der einzige Ausweg für ein Land, in welchem dank der politischen Konstellation schutzollnerische Interessengruppen die Kline der Gesetzgebung in der Hand haben, während de facto das Land auf Aufrechterhaltung eines großen und dauernd wachsenden Exportes angewiesen ist.

Zur Lage des Berliner Textilmarktes berichtet der „Berliner Völkchen-Courier“, daß von einer Belebung des Engros- und Fabrikgeschäftes kaum etwas zu spüren ist, während die Berichte aus Detailistenkreisen in der letzten Woche günstiger lauteten.

Abgesehen von einzelnen wenigen Zweigen der Branche blieb das Engros-Geschäft während der letzten Woche außerordentlich ruhig. Auch die Beschäftigung der Fabrikanten ist sehr verschieden. Während diejenigen in der Wausig, in Sachsen, in Thüringen und am Rhein, welche billigere und mittlere Qualitäten in Herrenstoffen herstellen, im ganzen gut beschäftigt sind, fehlt es andererseits denjenigen Fabrikanten, die feine Qualitäten herstellen, an größeren Aufträgen. Auch bei den Kleiderstoff-Fabrikanten in Sachsen und Thüringen ist der Verkehr kein sehr bedeutender. Ganz besonders mangelt es an größeren Exportaufträgen. Verhältnismäßig günstig lauten die Nachrichten aus der sächsischen Woll- und Strumpfwarenbranche. Die dortigen Fabrikanten sollen sowohl mit Aufträgen für den inländischen Markt wie mit solchen für den Export gut versehen sein. Auch in Bezug auf die Möbelstoff- und Deckenindustrie liegen gute Nachrichten vor. Die Fabrikanten von Woll-Phantastikartikeln sind dagegen, wie jedes Jahr um dieselbe Zeit, nur wenig beschäftigt.

Die neue russische Anleihe. Rußland sieht sich, obgleich noch bis in die letzte Zeit die russische Presse im Verein mit den großen Pariser Blättern zu versichern wußte, daß die russische Regierung noch über bedeutende eigene Mittel zu verfügen hätte, nun doch zur Aufnahme einer Anleihe genötigt. Daß die Gerüchte über russische Anleiheversuche, die seit einiger Zeit wiederholt in der Finanzpresse auftauchten, nicht ganz grundlos sein konnten, ergab sich schon daraus, daß in den letzten Tagen in Paris und hier die russischen Rentenwerte nicht unbedeutend anstiegen, also für die neuen Werte bereits durch Stimmungsmache vorgearbeitet wurde. Es konnte sich nur noch um die Frage handeln, wie weit die von russischer Seite betriebenen Versuche bereits zu bestimmten Vereinbarungen geführt hätten und in welcher Form die Anleihe erfolgen solle. Nach heute hier eingegangenen Pariser Bankiers-Telegrammen kann auch diese Frage als im wesentlichen erledigt gelten, denn wie diese Telegramme melden, handelt es sich um die Uebernahme von 800 Millionen Frank fünfprozentiger russischer Schatzscheine zum Pari-Kurse durch ein Pariser Konsortium, an dessen Spitze die Banque de Paris und das Bankhaus Hottinguer steht.

Soziales.

Ärzte und Krankenkassen.

Auf seltsame Weise ist das preussische Kriegsministerium in die Lage gekommen, in den Kampf der Ärzte gegen die Krankenkassen einzugreifen. Bekanntlich hat die Kerkelammer der Provinz Brandenburg von den Ärzten die Unterzeichnung eines Ehrenscheines gefordert, Beträge mit Krankenkassen nur unter bestimmten, von der Kerkelammer festgestellten Grundsätzen abzuschließen. Ein Arzt, der in seinem Militärverhältnis Sanitätsoffizier ist, hat nun, wie berichtet wird, vor der Unterzeichnung des Ehrenscheines seine vorgelegte Militärbehörde angefragt. Die hat sich danach an die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums gewandt und dieses hat darauf alle dem Verlaubensstande angehörenden Mitglieder des Sanitätskorps ersuchen lassen, der Kerkelammer gegenüber keine ehrenrührige Verpflichtung ohne Genehmigung der Militärbehörde einzugehen. Wir sind neugierig darauf, ob das die Ärzte auch als eine „standesunwürdige Abhängigkeit“ bezeichnen werden.

Zur Psychologie der Aussage.

Auf dem Kongress für experimentelle Psychologie, der dieser Tage in Gießen stattfand, wurde auch über die Psychologie der Aussage (Zeugenaussage) gesprochen. Ein Teilnehmer stellte fest, daß nach seinen Versuchen im „Verhör“ etwa fünfmal so viel Fehler entstehen als beim bloßen „Verhör“. Auch liefert bei der Aussage das weibliche Geschlecht in der Regel die größere Quantität, das männliche die bessere Qualität. Die Aussage spielt vor Gericht eine bedeutende Rolle, der Psychologie der Aussage wird aber von den Juristen eine viel zu geringe Bedeutung beigelegt. Ein Spezialfall, wo dies besonders auffällt, ist das sexuelle Delikt, wo nach einer bloßen Konfrontation und auf die Aussage eines Kindes hin gar oft Verurteilungen zu Unrecht geschehen. Man sollte nie die Konfrontation auf ein einziges Individuum beschränken, weil dadurch bei den suggestiblen Kindern leicht Auto-Suggestionen und Suggestionen von großer Macht hervorgerufen werden, sondern stets eine ganze Reihe von Individuen konfrontieren, um die Möglichkeit der Suggestion auf ein Minimum herabzudrücken. Auch sollte man zu dem Anschauungsunterricht auch einen Erinnerungsunterricht in den Schulen einführen, um Täuschungen auszumergen.

Diese Untersuchungen sind für die Rechtspflege von außerordentlicher Bedeutung. Es sei hier auch an die durch Licht im kriminalistischen Seminar vorgenommenen Versuche erinnert, die unendlich viele Variationen in der Darstellung erlebter Vorgänge selbst bei juristisch vorgebildeten Zeugen ergaben. Eine besondere psychologische Schulung erweist sich danach für den Juristen als sehr notwendig.

Dies ist fromm.

Eine Oberpräsidial-Verordnung für die Provinz Hannover vom 22. August 1900 verbietet es den Gast- und Schankwirten, während der Kirchzeit an Sonn- und Feiertagen Bier auszuschenken. Ein Gastwirt Sch., der dies doch gethan hatte, wurde deshalb in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, das Kammergericht sprach ihn jedoch auf seine Revision mit folgender Begründung frei: Jenes Verbot ist ungültig. Allerdings habe ja das Kammergericht Polizeiverordnungen für gültig erklärt, die den Ausschank von Branntwein während der Kirchzeit verbieten. Das sei aber auch etwas anderes. Entscheidend wäre die Wirkung nach außen. Der Brauntwein Ausschank führt schnell zur Trunkenheit und wirkt intensiv; es komme sehr bald zu Lärm und leicht zu widerlichen Szenen auf der Straße, während vielleicht die Kirchgänger zurücklehren. Vom Brauntweinausschank während der Kirchzeit wäre somit eine Störung der äußeren Heiligkeit der Sonn- und Feiertage zu befürchten. Die beabsichtigte Wirkung des Bieres sei dagegen keine so schnelle und intensive. Jene Befürchtung falle also hier weg. Daraus ergebe sich die Ungültigkeit der Verordnung, die für die Kirchzeit den Bierausschank nicht zulassen wolle, und die Freisprechung des Angeklagten.

Es wird vielleicht noch notwendig sein, den Höchstgehalt des Bieres an Alkohol vorzuschreiben, von dem an es noch als geeignet zur Aufrechterhaltung der Frömmigkeit angesehen werden kann.

Der erste allgemeine deutsche Wohnungskongress wird jetzt vom Organisationsausschusse auf den 16. bis 19. Oktober d. J. nach Frankfurt a. M. einberufen. In dem Einladungsschreiben heißt es:

„Gegenstände von großer Wichtigkeit stehen auf der Tagesordnung. Die so entscheidenden Fragen, welche Veränderungen die Wohnungsverhältnisse bei uns etwa seit dem Jahre 1870 erfahren haben und ob eine Wendung zum Besseren festzustellen ist oder nicht; ferner der bisherige Erfolg der Reformmaßregeln und der Einfluß der großen wirtschaftlichen Flutwellen auf die Wohnungsverhältnisse werden durch einen eingehenden Generalbericht beleuchtet werden. Es folgt eine Erörterung über die Aufgaben von Reich, Staat und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften in der Wohnungsfrage, wobei insbesondere auch der preussische Wohnungsgesetz-Entwurf und die Frage einer Reichs-Wohnungsgesetzgebung zur Behandlung kommen werden. Die wichtige Aufgabe einer gründlichen Umwandlung in der Beschaffung der für die Bauartigkeit nötigen Gelder, insbesondere der zweiten und späteren Hypotheken, wird das Thema des zweiten Verhandlungstages bilden. — Zum Schluß findet eine öffentliche Versammlung über das Thema „Wohnungsfrage und Volkswohl“ statt, gegliedert in die Unterabteilungen: „Wohnungsfrage und Volkskrankheiten“ und „Wohnungsfrage und Familie“.

Alle Anhänger und Freunde der Wohnungsreform in Deutschland, namentlich auch alle die zahlreichen in Betracht kommenden Vereinigungen, werden hiermit zu dem Kongress auf das herzlichste eingeladen. Sie werden gebeten, sich bis zum 14. der Geschäftsstelle des Kongresses, Frankfurt a. M., Brünnerstr. 11, anzumelden. Diese stellt auch die Mitgliedsarten zu 6 M. pro Person aus und erteilt weitere Auskünfte.“

Einen **Gewerkschaftssekretär** neben dem Arbeitersekretär anzustellen beschloß das Gewerkschaftsamt zu Breslau. Die Stelle soll ausgeschrieben und das Anfangsgehalt auf 1800 M. festgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der **Vergolderstreik** und die Polizei. Die neueste Rechtsauslegung des Kammergerichts in betreff des Streikpostenstehens macht sich die Berliner Polizei in einer Weise zu nütze, die allgemeines Bedenken erregen muß und anscheinend darauf hinausläuft, das Streikpostenstehen gänzlich unmöglich zu machen. Namentlich zeichnen sich die Beamten des 55. Polizeireviers in der Schmidstraße darin aus, daß sie allen Streikposten ohne weiteres die Schmidstraße von der Neanderstraße bis zum Michaelsträßchen verbieten, weil in diesem Teil zwei Goldleistenfabriken liegen. Es wird jedem Streikposten gesagt, wenn er sich ein zweites Mal bilden ließe, käme er mit zur Wache. Daß das keine leere Drohung ist, beweist der Umstand, daß binnen kurzen drei Arrestierungen stattgefunden haben und einem der Festgestellten innerhalb 14 Tagen ein auf 30 M. lautendes Strafmandat zugestellt worden ist. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: Sie haben am 8. April cr., nachmittags 4.40 Uhr, in der Schmidstr. 6, woselbst in der Goldleistenfabrik von Leopold Rosenow (es handelt sich um den bekannten Stadtverordneten) gestreift wird, Streikposten gestanden, indem Sie auf dem Bürgersteige auf und ab gingen, und sind der im sicherheitspolizeilichen Interesse an Sie erlassenen Aufforderung eines Auffichtsbeamten, sich von dort zu entfernen, nicht nachgekommen.

Auf Grund der §§ 132 und 133 der Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 wird deshalb gegen Sie eine Geldstrafe von 30 M., an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreten ist, eine Haft von drei Tagen tritt.“ Natürlich denkt der damit Beglückte nicht daran, die Strafe ohne weiteres zu zahlen, sondern es ist sofort Verurteilung eingelegt, zumal der Betreffende an dem fraglichen Tage gar nicht Streikposten gestanden hat, sondern auf einen Arbeitskollegen wartete, der sein Handwerkszeug aus der Fabrik holte.

Aber die Polizei verhaftet eben alles, was ihr in die Finger kommt. Auf die Streikposten wird in der Schmidstraße ein förmliches Kesselstreifen veranstaltet; an allen Ecken und Enden kommen die Beamten in Uniform und Civil und glauben dadurch die Streikposten einzuschüchtern. Aber die Vergolder sind entschlossen, ihr gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht auszuüben, und werden sich daselbst auch nicht von der überaus schneidigen Polizei nehmen lassen.

Lohnbewegung der Steinbildhauer. Eine sehr gut besuchte Versammlung der Steinbildhauer, die am 21. April im Gewerkschaftshause tagte, leitete die Verhandlungen über die Frage fort, ob und wie die günstige Geschäftskonjunktur auszunutzen sei. Weller

berichtete über die Stellungnahme der Vertrauensmännerfugung, die den seit der letzten Versammlung abgehaltenen sogenannten „Budenrecht“ gefolgt. In Betracht kommen für die Bewegung die Geschäfte, in denen Sandstein verarbeitet wird; natürlich auch die, wo neben der Sandsteinarbeit auch Marmorarbeit vorkommt. Eine Zusammenstellung der Abstimmung in den „Budenrechten“ (Platzberammlungen usw.) ergab für die Forderung des Siebenstundentages eine ganz knappe Mehrheit (zwei Stimmen). Nach diesem Ergebnis hielt es die Sitzung der Vertrauensmänner für unternötig, folgenden Geschäftsordnungsantrag der Versammlung zu unterbreiten: Ueber die Forderung des Siebenstundentages darf nur abgestimmt werden, wenn wenigstens Dreiviertel aller in Betracht kommenden Steinbildhauer anwesend sind. Als ausgefüllt gilt die Forderung nur, wenn $\frac{1}{2}$ dafür gestimmt haben. — Es wird festgestellt, daß $\frac{1}{2}$ der in Berlin beschäftigten Kollegen anwesend sind. Der Geschäftsordnungsantrag der Vertrauensmänner wird ohne Widerpruch angenommen. Aus denselben Gründen wie in der vorigen Versammlung traten verschiedene Redner dafür ein, daß der Siebenstundentag gefordert werde, während von anderer Seite Bedenken gegen die Möglichkeit seiner Durchführung geltend gemacht wurden. Die geheime Abstimmung ergab folgendes Resultat: Es stimmten mit Nein 31, mit Ja 72. Da Vierfünftel der abgegebenen Stimmen 82 wären, so ist der Antrag, den Siebenstundentag zu fordern, gefallen. Es kommt deshalb zur Verhandlung der Vertrauensmänner-Sitzung: „Es ist mit den Arbeitgebern in Verhandlung zu treten zu dem Zwecke, um festzulegen: Eintritt des Feiertages um 5 Uhr, auch auf den Steinmetzplätzen. 7.00 M. Minimallohn und Erhöhung der übrigen Löhne um je 30 Pf. pro Tag. Für Ueberstunden 50 Proz. Aufschlag. Die Lohnzahlung muß bei Beendigung der Arbeitszeit erfolgt sein.“ Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag mit 81 gegen 20 Stimmen angenommen. Eine Kommission wurde damit beauftragt, die Verhandlungen mit den Prinzipalen sofort zu beginnen.

Die **Kandidaten** beschloßen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, in der am Mittwoch, den 27. April, bei Wille, Brunnenstr. 188, stattfindenden Generalversammlung eine Abstimmung über den Streit vorzunehmen, wenn bis dahin seitens der wader definitive Entschlüsse vorliegen. Die Mitgliederzunahme beweist, daß die Kollegen, welche in Bädereien arbeiten, immer mehr zur Erkenntnis kommen, daß sie diesmal mit den Bädern ihre volle Solidarität zu bewahren und mit ihnen ihre eigenen Forderungen durchzusetzen haben. In der Diskussion wurden aufs schärfste die Quertreibereien des Gewerkschafts-Kandidaten gebremst, welcher am selben Abend eine besondere Versammlung einberufen hatte, um über das Thema: „Warum bekämpft uns der Centralverband, und weshalb schließen auch wir uns der Arbeiterbewegung an“, vor 35 Kollegen referieren zu lassen. — eine Veranstaltung, welche nur den Zweck haben konnte, die Kollegschaft vom Besuch der Verbandsversammlung fernzuhalten.

Verband deutscher Maurer (Zweigverein Berlin). Die Wahl der Zweigvereins-Verwaltung hatte folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Thöns, zweiter Vorsitzender Haase; erster Kassierer Hartenberg, zweiter Kassierer Lehmann, Charlottenburg; Schriftführer Aug. Blasing; Beisitzer W. Schulz. Als Mitglieder der Richter-Kommission sind Sibera Schmidt, Buse und Frisch, als Stellvertreter Homburg, Kluge und W. Weitschach gewählt. Als Revisoren sind die Kollegen Förster, Gommert und Graul, und als Mitglieder der Beschwerde-Kommission die Kollegen Leonhardt, Haule, Griese, Kinkel und Ewert gewählt.

Der Vorstand des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands Zweigverein Berlin.

Der **Tischlerstreik** in Steglitz und Groß-Lichterfelde dauert unverändert fort. Den Streikenden, die mutig ausharren, wurde eine namhafte Erhöhung der Streikunterstützung zu teil. Die Verhältnisse in den Betrieben, die von Herrn Sebastian, dem Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schlichterverbandes so übers Wohlwollen gelobt werden, sind Arbeitgeber-Schlichterverbandes, so übers Wohlwollen gelobt werden, sind erhebt das Streikbureau dieser Tage folgende Postkarte eines beehrten Arbeitwilligen:

Berlin, den 17. April 1904.
Collegen ich habe 4 Tage bei Sebastian gearbeitet Lindenstraße 47. habe selbst eine kleine Werkstatt durch meine Frau und Sohn waten bei mir rebeten mir zu Als ich aber Erfuhr die Sache: und Inbalt hörte ich Sonnabend auf. ich bekam ein Lohn den Tag mit 3-25 J. ich sollte auch dort Essen und Schlafen und b e t e n dieses Anschlag ich gearbeitet ist worden 11 Stunden dieser schlaue Bastian da ist kein wunder; wenn man die Arbeit Ruhen läßt: —

Untergruh Julius Jarnikow.
(folgt noch jegige Adresse.)

Zur **Aufklärung** sei bemerkt, daß diese 3,25 M. v o l l e r L o h n sind, ohne Abzug für Essen, Schlafen und Veten. Ein anderer Arbeitwilliger, der sich in Kost und Logis befand, erklärte, daß er außer diesem noch 1,50 M. pro Tag erhielt. Eine beabsichtigte Anfrage: Müßen die Arbeitwilligen von diesen Löhnen auch noch das Raucherengel bezahlen? Wenn ja, dann ist wohl zu glauben, daß die Herren Tischlermeister diese Leute in der That „für besonders nützliche“ Elemente ansehen.

Deutsches Reich.

Achtung, Nagelschmiede! Die Kollegen der Hufnagelfabrik in Vergebors sind abermals in den Streik getreten, wir ersuchen die Kollegen, den Zugang streng fernzuhalten. Die Gausleitung Berlin.

Achtung, Schmiede! Im Streik befinden sich die Kollegen in Königsberg i. Pr. (Maschinenfabrik Union); in Sande (Hufnagelfabrik); in Mainz (Kunstschmiede und Schlosserei von Rehner). — Ausgesperrt sind die Kollegen in Lübeck (Städtische Schiffswerft) und in Magdeburg (Landwirtschaftliche Maschinenfabrik von Garet Smith). — In Unterhandlung mit den Arbeitgebern stehen die Kollegen in weiteren fünf Orten. Genannt sei davon nur vorläufig Schmetzin. Dort haben die Herren Schmiedemeister bereits angekündigt, sämtliche Gesellen zu entlassen, weil dieselben eine zehnstündige Arbeitszeit und einen Mindestlohn von 16 M. pro Woche fordern.

Wir bitten allen Zugang nach bezeichneten Orten streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten. Der Vorstand des Centralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Aus der Frauenbewegung.

Das kommunale Wahlrecht der norwegischen Frauen.

Nach dem Gesetz von 1901 haben in Norwegen die Frauen Wahlrecht zur Gemeindevertretung, sofern sie selbst oder ihre Ehemänner zu einem Jahreseinkommen von 300 Kronen in Landgemeinden oder 400 Kronen in Stadtgemeinden eingeschätzt sind, während das Wahlrecht der Männer an keinen Census gebunden ist. In den Städten haben die Frauen bei den letzten Wahlen ziemlich ausgedehnten Gebrauch von ihrem Wahlrechte gemacht, indem ca. 48 Prozent der Wahlberechtigten sich daran beteiligten; in den Landgemeinden waren es 10 Prozent.

Nun hat bekanntlich das Konstitutionskomitee des Storting in seiner Mehrheit den Vorschlag, das kommunale Frauen-Wahlrecht allgemein zu machen, also den Census aufzuheben, abgelehnt, während die Minderheit dafür war. Am Mittwoch wurde im Obelsching über die Frage verhandelt. Mit großem Eifer traten unter andern der Demokrat Kasperberg und unser Parteigenosse Eriksen für die Verallgemeinerung des Frauen-Wahlrechts ein. Wie zu erwarten war, wurde jedoch der Vorschlag der Minderheit des Konstitutionskomitees abgelehnt, und zwar mit 57 gegen 30 Stimmen. Somit bleiben auch in Zukunft ca. 250 000 zumeist proletarische Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen, bis man, wie die Verbindung der ablehnenden

Haltung der Mehrheit besagt, „mehr Erfahrung“ mit dem Frauenwahlrecht gesammelt hat.

Einmütig beschloß das Oberstgericht einige Abänderungen der Bestimmungen über die zeitweilige Aufhebung des Wahlrechts. Danach kann wegen Armentüchtigkeit die Suspension des Wahlrechts nicht erfolgen, wenn die Unterstützung einer andern als der betreffenden Person selbst, wenn sie dem Ehegatten oder Kindern unter 16 Jahren zu teil wurde, oder wenn sie vor Ablauf der Wahlfrist zurückgezogen wurde, oder durch das Gesetz über den Unterricht abnormer Kinder veranlaßt wurde, oder wenn die Unterstützung in Form von Krankenhaus- oder Asylverpflegung erfolgte, oder zur Deckung von Ausgaben für andre Krankenhausbehandlung diente.

Gerichts-Zeitung.

Staatsanwalt und Ehekonflikt.

Ein Fall, in dem der Staatsanwalt zum feurigen Verteidiger des Angeklagten wurde, beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts II. Der ursprünglich nur wegen Verdröhung angeklagt gewesene Schmied Richard Fiedler war von der Strafkammer dem Schwurgericht überwiesen worden, da er nach Ansicht der Strafkammer des verurteilten Mordes hinreichend verdächtig erschien. Er war beschuldigt, am 13. Dezember v. J. seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in der Wohnung ihres Stiefvaters, Schinkestr. 24 in Nizdorf, aufgefunden und einen Revolver auf sie abgefeuert zu haben. Der Angeklagte behauptete, daß er nur beabsichtigt habe, seine Frau, die ihm die eheliche Treue gebrochen, zu erschrecken und den Revolver nur bei sich getragen habe, da er sich selbst erschrecken wollte. Die Ergebnisse der Beweisaufnahme sah Staatsanwaltsschreiber S. in einer Verteidigungsrede wie folgt zusammen: „Ein dummer Familienbild hat sich vor den Herren Geschworenen entrollt. Im Mittelpunkt desselben steht der Angeklagte, der beschuldigt ist, die Wirtin gegen seine Ehefrau, die Mutter seiner von ihm heiß geliebten Kinder erhoben zu haben. Er ist ein fleißiger, ordentlicher Mann, der sich redlich bemüht hat, seine Schuldigkeit zu thun und sich ehelich durch die Welt zu schlagen, der eine unaufrichtige Liebe zu seinen Kindern hatte und der nach zehnjähriger Ehe von seiner Frau verlassen worden ist. Die Eheleute kamen immer mehr in Missverständnisse. Der Verdacht des Mannes, daß ihm seine Ehefrau mit einem um mehrere Jahre jüngeren Salasburschen hinterging, hat sich als richtig erwiesen, denn die Frau hat zugeben müssen, daß sie Ehebruch getrieben hat, der nicht ohne Folgen geblieben ist. Es ist begreiflich, daß der Ehemann über die Untreue seiner Frau außerst empört war und daß es zu heftigen häuslichen Szenen kam, denen die Frau dadurch ein Ende machte, daß sie mit ihren Kindern den Mann verließ und zu ihrem Stiefvater nach Nizdorf zog. Der Mann hat wiederholt die Hand zur Versöhnung geboten und war seelenvergnügt, als es einem Dritten gelungen war, die Eheleute zum Austausch eines Versöhnungsgelübes zu bewegen. Drei Tage nach der Versöhnung hat sie ihn schon wieder im Stich gelassen, weil sie schon andern Anschlag gefunden hatte. Das Verhalten der Ehefrau verdient den nachdrücklichsten Tadel. Am 13. Dezember hatte die Tochter Geburtstag und er ging nach der Schinkestraße, um ihr seine Glückwünsche auszudrücken. Er fand die Frau in der Küche, sie lehnte ihm die Bitte, mit den Kindern ausgehen zu können, schroff ab und erklärte ihm: „Wenn die Große Lust hat, mit ihrem Vater zu gehen, so kann sie es ja thun und sich von ihm etwas kaufen lassen.“ Es ist begreiflich, daß der Angeklagte erregt wurde. Er antwortete der Frau: „Ach, Du bist ja schlechter, als gewisse Weiber auf der Straße!“ worauf sie ihm etwas Abwaschwasser in das Gesicht spritzte. Nun zog der Angeklagte den Revolver aus der Tasche, es fiel ein Schuß und die Kugel drang in die Wand, ohne Schaden anzurichten. Der Angeklagte entsetzt und schoß sich selbst am Maybod-Flur eine Kugel in die linke Schläfe. Daß es sich um keinen Theatercoup handelte, beweist die Tatsache, daß er schwer verwundet in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Er hat das eine Auge verloren und die Kugel hat noch nicht entfernt werden können. Er hatte das traurige Leben schon lange herzlich satt, und es ist ihm zu glauben, daß er den Revolver bei sich trug, um Selbstmord zu begehen. Daß er die Absicht gehabt habe, seine Ehefrau zu töten, ist durch nichts erwiesen, und ich halte den Ueberweisungs-Beschluß der Strafkammer für durchaus verfehlt und sachwidrig. Hätte er die Frau töten wollen, dann hätte er sicher noch mehrere Schüsse auf sie aus nächster Nähe abgeben können, statt dessen entfiel er nach dem ersten Schuß und erhebt die Wirtin gegen sich selber. Nach alledem ist es durchaus glaubhaft, daß er seine Ehefrau nur habe erschrecken wollen. Er hat sich dadurch der Verdröhung schuldig gemacht und wird deshalb zu bestrafen sein, doch dürfte in diesem Falle die größte Milde am Platze sein.“ — So der Staatsanwalt, dessen Ausführungen einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden machte. — Rechtsanwält W. ergänzte das vom Staatsanwalt entworfene günstige Charakterbild des Angeklagten noch durch einige Züge und legte den Geschworenen auf, auch die auf Verdröhung lautende Schuldfrage zu verneinen. Die Geschworenen entsprochen diesem Antrage; sie verneinten sämtliche Schuldfragen, woraus sich die Freisprechung von selbst ergab. Etwas beschämt verließ Frau Fiedler den Gerichtssaal.

Es verdient Beachtung, daß sich auch einmal ein Staatsanwalt findet, der von dem gewöhnlichen Schema abzuweichen den Mut hat. Gar zu selten kommt es vor, daß gerade in derartigen Prozessen der öffentliche Ankläger die Seelenvorgänge beim Angeklagten nach Gebühr würdigt.

Fahrraddiebstähle im Sportpark Friedenau unterlagen gestern der Prüfung der dritten Strafkammer des Landgerichts II. Vor dieser hatten sich der Schlosser Reinhold Schröder, der Hausdiener Wilhelm Blambach und der Kaufmann Georg Vetter aus Charlottenburg zu verantworten. Schröder wurde durch Rechtsanwält Dr. Weichauer, Blambach durch Rechtsanwält Dr. Thiele verteidigt. Die Angeklagten waren im Sommer 1903 ständige Besucher des Sportparks Friedenau. Sie verdröhten dort teilweise den Besitz der Rennfahrer, Blambach auch als Trainer, und brachten einen großen Teil ihrer Zeit dort zu. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahres sind nun wiederholt aus den Kabinen von Rennfahrern Räder und Kasseien gestohlen worden. Teils scheint sich der Dieb durch die unverschlossene Thür in die betr. Kabine begeben zu haben, teils scheint der Dieb an den an den Wänden der Kabine befindlichen Leitern hinaufgeklettert zu sein und die an einer Schür hangenden Räder aus der oben offenen Kabine herausgezogen zu haben. Als Dieb ist Schröder ermittelt worden. Er wurde überführt, eines Tages im September aus der Kabine des Rennfahrers Frun drei Räder gestohlen zu haben. Sie sind in Schröders Wohnung gekommen. Am 13. September brachte dieser ein dieser Räder wieder mit nach dem Sportpark, und der Angeklagte Blambach zeigte es dem Rennfahrer Josef Raeser. Dieser erklärte sofort, daß es ein dem Bruni gehöriges Rad sei und nahm es dem Blambach, der behauptete, es gehöre Schröder, ab. Bei der Durchsichtung der Schröderschen Wohnung wurden 3 Fahrräder vorgefunden, welche Herr Raeser als sein Eigentum wiedererkannte. Sie waren gleichfalls aus der Kabine gestohlen, ebenso ein gut erhaltenes Gummisattel, den Schröder verschleift hatte. Bei der Hausdurchsichtigung wurden ferner vier Fahrräder vorgefunden, die aus der Kabine des Rennfahrers „Sport“ gestohlen waren, endlich ein Radkassett, ein Paar Fußhalter, Stahlbrat und ein Continental-Pneumatis, welche Gegenstände aus der Kabine des Rennfahrers Vettinger entwendet worden waren. — Schröder war der Strafschaden gänzlich, bezüglich der beiden andern Angeklagten war die Entscheidung schwieriger, da Schröder sowohl den Vetter, als auch besonders den Angeklagten Blambach beschuldigte, bei einzelnen Diebstählen mitgeholfen zu haben, was beide entschieden bestritten. Rechtsanwält Dr. Thiele machte für Blambach eine große Reihe entlastender Momente geltend und führte aus, daß die Beschuldigungen des Schröder doch gänzlich in der Luft schweben, mehrfach innere Widersprüche aufweisen und

Schröder nicht als glaubwürdig angesehen werden könnte. Er beantragte die Freisprechung seines Klienten, der 6 Monate in Untersuchungshaft gefessen hat. Der Gerichtshof hielt mit der Verteidigung den Angeklagten Schröder nicht für so glaubhaft, um auf seine Behauptungen hin zu einer Verurteilung der Mitangeklagten zu kommen. Wegen dieser erging daher ein Freispruch, während Schröder zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Von einem interessanten Wiederaufnahme-Befahren zu Gunsten eines rechtskräftig zum Tode Verurteilten wird uns folgendes gemeldet: Das Schwurgericht in Landsberg a. W. verurteilte am 27. Februar d. J. den Knecht Karl Boje aus Görzig, der am 11. November v. J. das Dienstmädchen Stille Eberbach in der Nähe von Görzig erwürgt und die Leiche in einer Niedriggrube verscharrt hatte, zum Tode. Der Angeklagte hatte dagegen keine Revision angemeldet, das Urteil hatte somit Rechtskraft erlangt. Auf Grund einer Reihe von Thatfachen hat nun R. A. Van-Verlin den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt und ihn darauf gestützt, daß der Angeklagte von jeder bis zum heutigen Tage und auch bei Begehung der That geisteskrank gewesen ist. Unter Berufung auf Zeugen wird behauptet, daß der Großvater des jetzt 21-jährigen Mannes geisteskrank gewesen ist und seine eigne Ehefrau in furchtbarer Weise ermordet hat, daß sein Vater geisteskrank ist und der Angeklagte selbst von Jugend an in zahlreichen Fällen Zeichen von Geistesstörung hat erkennen lassen. In dem Wiederaufnahme-Antrag wurde beantragt, auf Grund der Aussagen der hierüber zu vernehmenden Zeugen ein Gutachten des Prof. Dr. Mendel zu Berlin und des Dr. Schollins zu Pantow zu erfordern. Die dritte Strafkammer des Landgerichts zu Landsberg a. W. hat die Wiederaufnahme für zulässig erachtet, den Aufschub der Vollstreckung der Todesstrafe angeordnet und eine Reihe von Zeugen vernommen. Die Ergebnisse dieser Vernehmungen sollen dem Direktor der Landesirrenanstalt zu Landsberg a. W. Dr. God zur Erstattung eines Gutachtens zugestellt werden.

Aus dem Lande der Rusterpostisten! In Danzig wurde bekanntlich vor kurzer Zeit ein Schuttmann zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Jetzt stand wieder ein Polizist vor der Danziger Strafkammer wegen Freiheitsberaubung, Mißhandlung von Arrestanten und verführter Erpressung. Der Amtsdienster und Gefängnis-Kassellan Wischniewski aus Ohren, der Fleischermeister Rankowski und der Eigentümer Marquadt hatten sich wegen dieser Verbrechen zu verantworten. Der Knecht Gannemann, der sich „ungebührlich“ benommen haben sollte und im Verdacht stand, eine Schießerei veranfaßt zu haben, wurde in der Wohnung deshalb aufgesucht und mit Häuten und Stöcken geschlagen. Dann wollte man von ihm wissen, ob er geschossen habe. Als er nicht gestand, erhielt er wieder Prügel und der Polizist legte ihm dabei den Säbel auf die Brust. In dieser Zwangslage gestand der Knecht nun alles, was die Leute von ihm haben wollten. Er nannte unter andern nun einen Knecht Köhne, der angeblich geschossen haben soll. Gannemann wurde dann in empörender Weise mit Strichen gefesselt. Dann begaben sich die Angeklagten zu Köhne. Er lag schon im Bett, wurde aber genötigt, aufzustehen, und dann wurde auch er geschlagen und gefesselt. Als er immer noch nicht gestand, unternahm der Fleischermeister selbst die Untersuchung. Dabei schickte er die andern Weiden hinaus, und nun hat er den Knecht noch tüchtig bearbeitet. Dann wurden beide Knechte ins Gefängnis gebracht, am andern Morgen aber nach einem kurzen Verhör entlassen. Das Gericht nahm zu Gunsten des Polizisten an, daß er sich nicht wegen verführter Erpressung, sondern wegen verführter Nötigung schuldig gemacht habe. Er wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Im andern Falle hätte er müssen zu Zuchthaus verurteilt werden. Rankowski erhielt sechs Monate und Marquadt einen Monat. Das Gericht erklärte, daß sie deshalb zu milde bestraft werden, weil die Mißhandlungen zu solchen Leuten gehören, die die ganze Einwohnerschaft zu terrorisieren im Stande sind.

Verfammlungen.

In der letzten Versammlung des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter (Sektion I) hielt Reichstags-Abgeordneter Genosse P. e u s -D e s s a u einen äußerst lehrreichen Vortrag über Käufer- und Verkäuferorganisationen, der lebhaften Beifall fand. Bauer und R o r s c h a t schlossen sich in der Diskussion dem Appell des Referenten zum Beitritt in die Konsumvereine an. — Das Resultat der durch Urwahl vorgenommenen Wahl der Delegierten für Berlin I gab Schwedler bekannt. Es erhielten: bei 559 abgegebenen Stimmzetteln, wozu 2 unglültig, H o d a p p 557, R ö d e r 548 Stimmen als Delegierte; L a h m e r -F ü r t e n w a l d e 552 und K o n -S t o i t z 553 Stimmen als Ersatzleute. — Richter gibt bekannt, daß wegen abnehmender Haltung der Sektion II eine Versammlung am 1. Mai nicht stattfindet. Beschlossen wird: die Satzungen des Tariffs, des Einigungsamtes, des Arbeitsnachweises und der Abmachungen bezgl. des § 816 des Bürgerlichen Gesetzbuches zusammen in Prospektform drucken zu lassen und zum Selbstkostenpreise abzugeben, ebenso 50 Protokolle des Primararbeiterskongresses anzuschaffen. G a r d i s vom Vergütungskomitee legt die Abrechnung vom Rosenball, der einen Ueberschuß von 141,25 M. brachte, wozu noch ein Reiterüberschuß von 7,55 M. vom Stiftungsfest hinzukommt, 50 M. hiervon werden, nach eingehender Sänderung der Verhältnisse der holländischen Diamantarbeiter durch Tröger, diesen überwiesen. Unter „Verschiebung“ gibt Richter bekannt, daß sich die Genossenschaftsbrauerei der Berliner Gastwirth, Friedrichshagen, immer noch nicht bequemt hat, den Tarif anzuerkennen. W e m führt Beschwerden darüber, daß arbeitslose Kollegen, die vom Hungerkämpfer nachweis in dauernde oder vorübergehende Beschäftigung gesetzt werden, dem ringfreien Nachweise davon keine Mittheilung machen, sobald es schon schon vorgekommen ist, daß von dort zu besetzende Arbeitsstellen nicht besetzt werden konnten. Den Schaden davon tragen die Kollegen. Von der Brauerei H o p p o l d t wird mitgeteilt, und zwar in der Erwartung, daß sich dasselbe Pfingsten nicht wiederholt, daß ein Mann im Keller am ersten Feiertag von 6—12 Uhr vormittags und 3 Männer von 7—12 Uhr arbeiten mußten. Im Lagerkeller wurde gearbeitet von 6—9 Uhr vormittags und von 12 bis 1/2 Uhr nachmittags, also auch ein durchaus zerrissener Feiertag.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 21. April, vorm. 9^{1/2} Uhr, in der Schul- und der 69. Gemeindegasse, Kleine Franzfurter 6: Versammlung, freireligiöse Vorlesung. Um 10^{1/2} Uhr, vorm., Gendarmenpl.: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Religionsidee des Kampfes mit dem Dämon“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Vermischtes.

Ueber den großen Brand in Toronto werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Das Feuer hat einen Schaden in der Höhe von 2 bis 3 Millionen Lira, angerichtet. Gewaltige Gerüste, die zum Bau der neuen Gebäude errichtet waren, stürzten brennend in die Straßen herunter und erschauerten den Feuerwehrlenten die Löscharbeit. Die elektrischen Leitungen wurden zerrissen und aus den zerrissenen Drähten blühten blaue und purpurne Flammen über die Straßen. Der Chef der Feuerwehr wurde bei den Löscharbeiten schwer verletzt. Er war mit verschiedenen seiner Leute von dem obersten Stockwerk eines hohen Gebäudes aus thätig, als die Flammen ihm den Weg abblühten. Es war unmöglich, ihn mit Leitern zu erreichen, und der Offizier sah sich genötigt, auf ungeschicklichem Wege seine Rettung zu versuchen. An einem Strich, den er aus dem Fenster herunterließ, zog er einer Spritzenflasche zu sich in die Höhe und befeuerte diesen, um dann an ihm den Abstieg zu versuchen. Dabei verlor er jedoch den Halt und schlug so schwer auf das Pflaster auf, daß er ernste Verletzungen davontrug. Das Feuer zerstörte eine ganze Anzahl großer Druckereien. Erst nach 7 Uhr morgens gelang es am Mittwoch, das Feuer unter Kontrolle zu bekommen; die brennenden Trümmer waren aber noch am Abend desselben Tages

nicht gelöscht. Das ganze Geschäftsgebiet der Stadt ist zerstört worden. Das Feuer begann in einer Fabrik, wo Halbtücher und Halbbinden fabriziert werden. Ein starker Nordostwind fachte die Flammen so an, daß bereits um vier Uhr morgens, d. h. 8 Stunden nach Ausbruch des Feuers, das ganze Geschäftsgebiet in hellen Flammen stand. Von allen Nachbarstädten waren die Feuerwehren herbeigeeilt. Man versuchte durch Verwendung von Dynamit das Feuer zu isolieren. Des gelang aber erst, nachdem der Wind sich gelegt hatte. Das niedergebrannte Stadtviertel ist ein Trümmerhaufen. Nur wenige Gebäude entgingen der vollständigen Zerstörung. Die vorderen Seiten der Häuser sind meistens eingestürzt und die noch stehenden Wände bröckeln auseinander und drohen mit Einsturz. Das abgebrannte Gebiet umfaßt ein Terrain von 14 Morgen Ausdehnung. 122 Gebäude wurden zerstört und darunter eine ganze Anzahl von solchen, die für feuerfest galten. Verschiedene englische Versicherungsgesellschaften werden beträchtliche Versicherungssummen zu zahlen haben, aber kanadische und amerikanische Gesellschaften sind die Hauptleidtragenden. 4000 Leute sind durch den Brand arbeitslos geworden, doch dürfte der Wiederaufbau der abgebrannten Stadt bald Beschäftigung genug bieten.

Der Chinese und die Pressefreiheit. In der Webster-Hayne Gesellschaft der Hochschule von Atlantic City (Nordamerika) wurde kürzlich über Pressefreiheit und Karikatur debattiert. W u C h a o C h u, der Sohn des früheren chinesischen Gesandten Wu Ling Tang in Washington, war einer der Debatteure. Der junge Mann, welcher auf der Hochschule seine Studien vollendet, zog gegen die Karikaturen los und drückte sein Mißbehagen darüber aus, daß beispielsweise Esel oder andre Tiere mit Köpfen hoher Beamten abgebildet werden. Solche Bilder in dem Zeitalter der Auffklärung sind nach seiner Auffassung ein Verstoß und wirken verächtlich. Die „besseren“ Gesellschaftsklassen wollten von solchen Karikaturen nichts wissen (das glauben wir! Red.), obwohl sie nicht gegen alle hohen Beamten Achtung hegen. Den Kopf eines Beamten auf einen Tierkörper zu setzen, sei eine ärmliche Art, dessen Fehler zu reproduzieren. Die Zeitungen beleidigten damit die Beamten selbst und setzten deren Autorität herab. Zwar amüsierten sich die Massen darüber, aber es trage nicht zu ihrer Erziehung bei, und deshalb sollte die Pressefreiheit auf einen gewissen Grad beschränkt werden. Die Karikaturen über den russisch-japanischen Krieg, wie sie in den amerikanischen Zeitungen erscheinen, seien für Amerika schädlich und verleiteten Rufsländ zu dem Glauben, daß die Amerikaner und ihre Beamten, vom Präsidenten herab, Russland nicht freundlich gesinnt seien. Dadurch entstehe eine falsche Auffassung, woraus sich ein Krieg entwickeln könne. Die Karikaturen übten einen degenerierenden Einfluß aus. Der Gegner Wu's vertret die Auffassung, daß die Pressefreiheit nicht eingeschränkt werden soll, denn der Begriff „Presse“ umfasse alle gedruckten Erzeugnisse, also auch wissenschaftliche und historische Werke, Romane usw. Deshalb wäre eine Beschränkung der Pressefreiheit gleichbedeutend mit der Unterdrückung eines wertvollen Erziehungsmittels. Es ist aber besser, ein kleines Uebel zu dulden, als ein gutes Werk zu unterdrücken. Wu führte in seiner Replik aus, daß auf die Zeitungen 80 Proz. aller Bruderzeugnisse entfallen, auf Bücher aber nur 20 Proz. Daß die Zeitungen die schlechte Seite des Lebens beschreiben und spaltenlange Berichte über Morde, Selbstmorde usw. bringen, besaß der junge Wu, weil dadurch das Familienleben ungünstig beeinflusst werde. Das Richterkollegium entschied, daß Wu als Sieger aus der Debatte hervorgegangen ist. Die Reden der beiden Gegner wurden stenographisch aufgenommen und sollen dem Schularchiv einbezogen werden.

Ueber einen Nordversuch wird aus Kiel berichtet: Donnerstagsabend machte ein aus Polen hier eingetrossener Eisenbahnarbeiter auf seine hier weilende Frau, die sich weigerte, mit ihm nach Polen zurückzukehren, sowie seine Schwiegereltern einen Nordversuch. Sämtliche drei Personen wurden durch Revolvergeschosse verletzt, doch sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Thäter brachte sich hierauf lebensgefährliche Messerschnitte bei und mußte in die akademische Heilanstalt gebracht werden.

Marktpreise von Berlin am 21. April 1904
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

| Ware | Preis | Ware | Preis | Ware | Preis | |
|--------------------|-------|-------|-------------------------|-----------|-------|------|
| Weizen, gut D.-Gr. | 17,50 | 17,48 | Kartoffeln, neue D.-Gr. | 8,00 | 6,00 | |
| „ mittel | 17,46 | 17,44 | Rindfleisch, Kente 1 kg | 1,80 | 1,30 | |
| „ gering | 17,42 | 17,40 | „ do. Bauch | 1,40 | 1,10 | |
| „ Roggen, gut | 13,05 | 13,03 | Schweinefleisch | 1,60 | 1,00 | |
| „ mittel | 13,01 | 12,99 | Kalbsteck | 1,80 | 1,20 | |
| „ gering | 12,97 | 12,95 | Hammelfleisch | 1,80 | 1,20 | |
| † Gerste, gut | 14,00 | 13,00 | Butter | 2,60 | 2,00 | |
| „ mittel | 12,90 | 11,90 | „ 60 Stk | 3,60 | 2,80 | |
| „ gering | 11,80 | 10,80 | Karfen 1 kg | 2,00 | 1,30 | |
| † Hafer, gut | 15,00 | 14,10 | Kale | 3,00 | 1,40 | |
| „ mittel | 14,00 | 13,10 | Rander | 3,00 | 1,30 | |
| „ gering | 13,00 | 12,10 | Rechte | 2,20 | 1,20 | |
| Alfalfstroh | — | — | Barische | 2,00 | 0,80 | |
| „ neu | — | — | „ Schleie | 3,00 | 1,40 | |
| „ Erbsen | 40,00 | 28,00 | „ Weie | 1,40 | 0,80 | |
| „ Speisebohnen | 50,00 | 26,00 | „ Krebse | per Schod | 15,00 | 3,00 |
| „ Linzen | 60,00 | 25,00 | | | | |

* ab Bahn. † frei Bogen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 22. April 1904, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Wolkenlage | Temper. in C. u. F. | Stationen | Barometer stand mm | Windrichtung | Wolkenlage | Temper. in C. u. F. |
|-----------|--------------------|--------------|------------|---------------------|------------|--------------------|--------------|------------|---------------------|
| Stettin | 763 | ED | 4bedekt | 3 | Paparbuda | 761 | SW | — | — |
| Danzig | 761 | ED | 2wollig | 7 | Petersburg | 764 | ED | 2bedekt | 8 |
| Berlin | 762 | ED | 2heiter | 9 | Sorl | — | — | — | — |
| Frankfurt | 761 | ED | 2bedekt | 11 | Wien | — | — | — | — |
| München | 761 | ED | 1wolllig | 9 | Paris | 766 | ND | 3bedekt | 7 |
| Wien | 763 | SW | — | 11 | | | | | |

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 23. April 1904.
Wid und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Nizdorf. Wurde durch einen furchtbaren Blitzeitern, einen Tausch, im amerikanischen Meer auf Klippen getrieben, zerbrach buchstäblich und ging mit Mann und Maus unter. — **A. B. B. Ja. — Uelabie.** Es ist die sogenannte Mondheim-Sonate Ludwig Beethoven's. — **G. R.** Der Silberwert des Doppeltalers ist noch nicht 3 M., Währungsänderung zahlen aber das Zwei- bis Dreifache. — **J. W. 7.** Die 100- und 1000-Markstücke sind nicht Reichsbanknoten, sondern Noten der Reichsbank, für die nur diese Bank, nicht das Reich haftet. Das Papiergeld unter 100 M. besteht dagegen aus Reichsbanknoten (Reichsbanknoten), für deren Einlösung das Reich haftet.

Juristischer Teil.
Die juristische Ehrenrunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. **Offenbart: 7 Uhr.**
— **Kampf.** In Gollersdorf-Friedenau bis 300 Mark einbehalten das Amtsgeld als erste, das Landgericht als zweite und letzte Instanz. — **G. S. 9.** Räderfehler, die voransichtlich zur Ueberschreibung als Ersatzersatz führen werden. — **C. T. W.** Die von Ihnen angeführten Thatsachen würden zur erfolgreichen Begründung einer Eheverweigerung nicht ausreichen. — **1001.** Zahlen Sie sich innerhalb einer Woche die vollen Beiträge, so bleiben Sie klammern. In Ihrem Fall, soweit er ersichtlich, stände Ihnen das Recht auf freie ärztliche Behandlung usw. auch ohne Beitragszahlung zu. — **G. S. 80.** Sie können mit Rücksicht auf Erfolg bei der Steuerdeputation Wiederholung der Steuer beantragen. — **Steuerfrage.** Sie müssen zahlen. — **G. S. 1.** Ja. 2. Nein: Ein solches Abkommen ist nicht rechtsgültig. — **G. S. 31.** Falls Sie nicht etwa frankenverweigerungspflichtig sind, so würde die Offenbarung Krankheitsgeheimnisse zwar wohl entsprechen. Adresse: Dings, Weinzierl 66. — **W. a. 1.** Nein. 2. Ja. — **G. S. 99.** **Sydney 7. Ja. — A. B. 365.** Die Ausnahme kann geändert werden, ein Recht auf Ausnahme besteht aber nicht. — **W. H. 9.** Ihren Angaben ist nicht zu entnehmen, daß die Erlöse den bürgerlichen Vorständen nicht entsprechen. Zur Entscheidung darüber ist die Polizei zuständig. Wegen Ihren fehligen Wert können Sie auf Erfüllung des Ihnen gemachten Versprechens klagen. — **G. S. 101.**

Ein ärztlicher Skandalprozess.

Wiesbaden, 22. April. Vor dem hiesigen Schöffengericht gelangte heute ein Verleumdungsprozess zur Verhandlung, der für die gesamte deutsche Ärzteschaft von principieller Bedeutung ist...

Der in diesem Mieseprozess als Beklagter fungierende Regierungs- und Medizinalrat Dr. Pfeiffer steht schon seit längerer Zeit mit der Mehrheit der Wiesbadener Ärzte auf dem Kriegsfuß. Er soll als Decernent der Regierung das ihm obliegende Aufsichtsrecht über die Ärzteschaft zu Kauf gehandelt haben...

Dieser vertrauliche Bericht an den Regierungspräsidenten gelangte nun durch einen Zufall in die Privatlage-Akten des Doktor Fischelich gegen den Geh. Rat Pfeiffer und in der Folge erhielten auch die übrigen Vereinsmitglieder Kenntnis von dem Inhalt...

Inzwischen haben die dem Beklagten unterstellten Beamten sowie einige hiesige, dem Verein nicht angehörende Ärzte eine Petition in Umlauf gesetzt, in der die Regierung gebeten wird...

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Abderhof. Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Parteigenossen treffen sich bei Lau, Wiemarsstr. 10.

Lichtenberg. Die Parteigenossen und Genossen werden auf die am Montag, den 23. April, bei Hölisch stattfindende Versammlung hingewiesen.

Kummelsburg. Montagabend 8 1/2 Uhr findet im Weigelschen Lokal, Türschmidtstraße 45, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Kirchhof. Den Genossen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag 8 Uhr eine Flugblattverbreitung stattfindet.

Kirchhof. Sonntag findet eine Flugblattverteilung statt. Die Parteigenossen werden daher ersucht, sich Sonntag früh 7 1/2 Uhr in den bekannten Lokalen zu versammeln.

Sprenk. Sonntag früh 7 Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen, welche helfen wollen, haben sich pünktlich einzufinden: erster Bezirk bei Köhlig, Miggelheimerstr. 2; zweiter Bezirk bei Kühne, Grünstr. 36; dritter Bezirk bei Helling, Schönelerstraße 5; vierter Bezirk bei Meinde, Bahnhof-Postel.

Lokales.

Von eigener Straßenbahnen durch die Stadtgemeinde. Der Bau von fünf städtischen Straßenbahnlinien ist am Freitag vom Magistrat beschlossen worden.

Der Magistrat hat heute nach längerer und wiederholter eingehender Beratung die Anträge der städtischen Verkehrsdeputation für den Bau von fünf städtischen Straßenbahnen, drei südlichen und zwei nördlichen Linien angenommen.

An diesen Beschlüssen wird manchem manches überraschen. Koch vor vier Wochen, am 24. März, äußerte sich in der Stadtverordneten-Versammlung Herr Oberbürgermeister Kirchner zu der Frage des Baues eigener städtischer Straßenbahnen in einer Weise, die nicht sehr ermutigend wirken konnte.

Kurz nach dieser Erklärung vom 24. März wurde bekannt, daß beschlossen worden sei, die Straßenzüge der als unrentabel abgelehnten Linie noch einmal zu besichtigen.

Die Schnellfahrversuche, welche die Staatsbahnverwaltung auf der Militärbahnstrecke Marienfelde-Josten mit Dampfloklokomotiven hat anstellen lassen, sind nunmehr vorläufig zum Abschluß gelangt. Es war, wie geschrieben wird, ursprünglich in Aussicht genommen, noch zwei Lokomotiven zu den Probefahrten zuzulassen.

Kolben beim Anfahren hemmt) ist bekanntlich von der Maschinenfabrik Borsig in Berlin nach den Angaben des Geh. Rats Garbe gebaut und auf der Versuchsstrecke geprüft worden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk bringt die illustrierte Wochenzeitschrift „In freien Stunden“, von der Heft 17 heute ausgegeben wird.

Schulz und Romeik. Von den Verteidigern der dieser Tage in Untersuchungshaft genommenen früheren Direktoren der Pommerbank, Schulz und Romeik, ist der Antrag auf deren Haftentlassung gestellt worden.

Graf Widler ist gestern vormittag im Hotel Bristol, wo er sich einquartiert hatte, verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung der Strafkammer in Glogau.

Ueber die Vorgänge bei der Verhaftung bringt das „Berliner Tageblatt“ noch folgende pikant zurechtgestrichene Darstellung: Im Zimmer 32 der zweiten Etage des Hotels Bristol unter den Linden schlief heute morgen Graf Widler den Schlaf des Gerechten, als unglücklich kräftig an seine Stubenhür geklopft wurde.

Zum Falle Neuländer. Einer der Fälle, die dem Kaufmann Will Neuländer, dessen sensationelle Verhaftung wir jüngst berichteten, zur Last gelegt werden, wird demnach vor der Strafkammer zu Breslau zur Aburteilung gelangen.

Der Fremdenführer. Arg geprellt wurden zwei junge Ungarn, die nach Berlin kamen, um Arbeit zu suchen. Im christlichen Verein junger Männer in der Wilhelmstraße lernten sie einen Maschinenbauer und Schlosser Wilhelm Ballin kennen.

gingen sie nach ihrem Gasthof zurück, um hier eine noch größere Enttäuschung zu erleben. Vallin war, während sie mühsam den Weg suchten, schon dagewesen und hatte ihren Koffer mit allen ihren Dabelligkeiten abgeholt. Der Wirt hatte ihn ohne Bedenken herausgegeben, weil Vallin bei den Ungarn zur Nacht gewesen war und erzählte, daß er den beiden Brüdern eine Stellung und eine Schlafstelle verschafft habe. Die Betrogenen machten gleich Anzeige und als nun der Schwindler den Koffer mit ihren Sachen in einer Kaskemme in der Auguststraße verkaufen wollte, wurde er festgenommen und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Zu der Bluttat in der Bogenstraße wird mitgeteilt, daß Willi Goernig, der seinen Vater erschlug, wegen Totschlags dem Staatsanwalt vorgeführt wurde. Aus dem Verhör gewann die Kriminalpolizei den Eindruck, daß Goernig zwar geistig nicht gesund, aber auch nicht ganz unzurechnungsfähig sei. Beim Verhör sagte er, daß er keine Lust zur Arbeit habe. Er habe sich aber gegergt, daß sein Vater wegen seiner Faulheit immer schimpfte. Das sei auch am letzten Mittag, als der Vater zum Essen nach Hause kam, wieder geschehen. Während nun sein Vater auf einem Schemel gesessen habe, sei ihm plötzlich der Gedanke gekommen, sich für das Schimpfen zu rächen. Er sei mit dem Beil von hinten herangeschlichen und habe dem Vater einen Schlag auf den Kopf gegeben. Die weiteren Schilderungen, die der offenbar ganz vertierte Mörder von seiner grausigen That machte, wollen wir unsern Lesern ersparen.

Ein Straßenbrand, der einen großen Menschenauflauf zur Folge hatte, verursachte freitagnacht eine Alarmierung der Feuerwehrt nach der Ritterstraße. Vor dem Geschäftshaus Mercator (Nr. 45) lag mitten auf dem Fahrdamm ein großer Ballen von Schwefelsäden, Lumpen, Papier usw. und brannte lichterloh. Ein Produktwagen hatte nämlich mit voller Ladung die Ritterstraße passiert, als plötzlich der hinterste, oben auf liegende Ballen in Flammen aufging. Der Autofahrer warf ihn ohne weiteres auf den Damm, um ein Umfingreifen des Feuers zu verhindern und fuhr dann, ohne sich weiter um den brennenden Ballen zu kümmern, unbedenklich davon. Straßenpassanten suchten nun durch Ausgießen von Eimern Wasser die Flammen zu erlöchen. Als dies aber nicht gelingen wollte und der Aufbruch der Reugierigen immer größer und dadurch der Verkehr gehindert wurde, requirierte man die Feuerwehrt. Diese erschien in wenigen Minuten mit der Gaspritze des 17. Löschzuges aus der Lindenstraße und beseitigte das Verkehrshindernis. Der Name der Firma des Produktwagens ist bis jetzt noch nicht bekannt und muß erst durch polizeiliche Untersuchung festgestellt werden.

Ein Jahrschlund. Der Alarm: „Menschenleben in Gefahr“ veranlaßte in der letzten Nacht das Ausrücken der Feuerwehrt nach dem Industriepark Berlin in der Lindenstr. 3. Dort war gegen 1 Uhr der 20-jährige Zeitungsausstrecker Max Hind aus der Greifswalderstr. 228 beim Besteigen des elektrischen Fahrstuhls im dritten Stock mit beiden Beinen zwischen den Boden des Fahrstuhls und des Mauerwerks geraten. Der Alarm war so fest eingeleitet, daß der Fahrstuhl weder hinauf noch herunter zu bewegt werden konnte. Die Feuerwehrt mußte mit starken Brecheisen, die bei der Arbeit vollständig verbogen wurden, den doppelten Boden des Fahrstuhls und Teile der Mauer demolieren, um den Mann zu befreien. Trotz aller Anstrengungen dauerte es eine Stunde, bis er aus seiner schrecklichen Lage herausgezogen werden konnte. Mit einem Krankenträger wurde er dann nach dem Krankenhaus am Urban geschafft.

Selbstmorde. Am 19. d. M. wurde am Luisenpark, hinter der städtischen Gasanstalt die Leiche einer unbekannt circa 25 Jahre alten Frauensperson aus dem Landwehrkanal gefischt. Velleidet war die Leiche mit dunklen Jadett, heller Wulst, schwarzem Rock, weißem Unterrock und Beinkleidern, legierte A. U. gezeichnet, schwarzen Strümpfen und Schnürschuhen, roten Glacehandschuhen. Sie trug eine silberne Brosche mit grünem Stein in moderner Form. An der rechten Wade und Halsseite wies die Leiche eine veraltete Drüsenmarke auf. Personen, welche die Leiche rekonstruieren können, wollen sich im Leichenschauhaus melden, oder zu 3420 IV/27. 04 Nachricht an das königl. Polizeipräsidium geben.

Am 17. April 1904 wurde in der Bauernheide zu Heiligensee ein unbekannter Mann erhängt aufgefunden. 35 bis 40 Jahre alt, 1,65 Meter groß, dunkelblondes Haar, hohe Stirn, blonde Augenbrauen, graublaue Augen, Nase und Mund gewöhnlich, blonde Schnurrbart, unvollständige Zähne, rundes Kinn, runde Gesichtsbildung, gedrungene Gestalt, ohne besondere Kennzeichen, bekleidet mit grünlichem Jadett, brauner Weste, hellfarbener Hose, weiß und schwarz gestreiftem Färschdrehend, gezeichnet H., wollenem Unterhemd, grauen Strümpfen, Jagdschuhen, schwarzem steifen Hut, blaugraugestrichen Gurt. In den Taschen befanden sich: ein Taschentuch ohne Zeichen, ein Kamm, eine Haarbürste, 2 Schlüsseln, ein Portemonnaie, enthaltend 1 Pfennig, 7 Metallwertmarken, gezeichnet 10 K, 1 Marke, gezeichnet 5 K, sowie ein Schlüssel. Mündliche oder schriftliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 331 II und jedes Polizeirevier entgegen 3405 IV 27. 04.

Zu dem Selbstmordversuch des Bildhauers Wöhme, worüber wir am Mittwoch berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der junge Mann nicht durch Schulden zu der traurigen That getrieben worden ist; das Motiv ist vielmehr unbekannt.

Feuerbericht. In der Nacht zum Freitag wurde die Wehr nach der Velle-Allianzstr. 74 gerufen, weil hier gegen Mitternacht in einem Kellerversteck eine Person verbrannt in Brand geraten war. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. Möbel und Kleidungsstücke gingen vorher in der Lomestr. 28 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Dunderstr. 2 Verpackungsmaterial brannte. Zur selben Zeit hatte in der Grenadierstr. 43 alter Hausrat und allerlei Gerümpel Feuer gefangen. Betten und Gardinen standen am Planufer 31 in einem Schlafzimmer in Flammen. In der Arndstr. 23 galt es gegen Abend einen Wagen aufzurichten, der auf das Trottoir gestürzt war und so den Verkehr hemmte. Nach dem Kottbusser Ufer 31 wurde die Wehr gerufen, um hier ein Pferd aus einer Grube, in die es gestürzt war, herauszuholen. Gegen 9 Uhr waren in der Schönholzerstr. 52 Wäschestücke und Kleider in Brand geraten, der indes noch im Keime erstickt werden konnte. Nach Mitternacht erfolgte ein Alarm nach der Lindenstr. 3. Hier war der 17-jährige Kaufbursche Max Hind aus der Greifswalderstr. 228 beim Besteigen des elektrischen Fahrstuhls ausgeglitten und mit beiden Beinen zwischen Fahrstuhlboden und Schachtwand fest eingeklemmt. Da alle Versuche, den Unglücklichen aus seiner schrecklichen Lage zu befreien, nichts halfen, rief man die Feuerwehrt die ihn dann nach einständiger Arbeit erlöste. A. wurde in das Krankenhaus am Urban geschafft.

Theater. Das Schauspiel „Haus Rosenhagen“ von Max Halbe gelangt in nächster Woche in beiden Häusern des Schiller-Theaters zur Aufführung: Dienstag, Mittwoch und Donnerstag im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater), Freitag und Sonnabend im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Auch geht es Sonntag, den 21. d. Mts., abends im Schiller-Theater N. in Scene. — Im Luisen-Theater geht morgen, Sonnabend, zum Benefiz für den Kapellmeister Emil Hähig zum erstenmal die Mannstädtische Gesangsposse „Das Milchmädchen von Schöneberg“ in Scene.

Einen Volkstheater-Abend veranstaltet heute abend 8 Uhr der Vese- und Diskantierklub „Noa bil“ im neuerbauten Prachtssaal der Brauerei Pagenhoser, Turmstr. 26/27. Das Konzert steht unter Leitung des Komponisten Richard Kusch; namhafte Künstler wirken mit. Da das Programm vorzüglich ausgewählt ist und der Eintrittspreis nur 30 Pf. beträgt, ist zahlreicher Besuch zu erwarten.

Aus den Nachbarorten.

Frühlingsfest im Charlottenburger „Volkshaus“. Der Verwaltungsausschuß des Charlottenburger „Volkshauses“ veranstaltet morgen, Sonntag, nachmittags von 4 Uhr ab, ein großes Frühlings-

fest im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, dessen Uebersehung zum Besten des Volkshauses bestimmt ist. Da alle Vorkehrungen zu einem rechten Volksfest getroffen sind, wird auf starken Besuch gerechnet, umso mehr, als der Preis der Billets mit 25 Pfennig sehr mäßig bemessen ist.

Bosfen. Der Verband der Buchdrucker am Ort sendet uns zu dem vorgelagerten über die Zustände in der Deutschen Buch- und Kunst-druckerei veröffentlichten Bericht folgende Zuschrift: „In der Notiz heißt es: „Sicherheits-Vorrichtungen fehlen fast ganz. Der Gewerbe-Inspektor hat sich bis jetzt noch nicht sehen lassen“. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Gewerbe-Inspektion seit dem zweijährigen Bestehen der Druckerei dreimal revidiert hat und die Schutzvorrichtungen an jeder Maschine den Vorschriften entsprechen, welche die Gewerbe-Inspektion vorschreibt. Was die Fälle H. und A. anbelangt, so sind dieselben wohl den unpraktischen, nicht aber den fehlenden Schutzvorrichtungen zuzuschreiben. Betreffs der Heferin muß bemerkt werden, daß es unmöglich ist, an der Stelle eine Schutzvorrichtung anzubringen, an der der Unfall passierte. Das gleiche trifft auch auf den Unfall des Schweizerdegen B. und des Anlegers Sch. zu. Auf den Unfall des Monteurs am Gasapparat eingehend, muß es jedem Laien einleuchten, daß es gefährlich ist, Reparaturen an derartigen Apparaten mit offenem Licht vorzunehmen. Die 15 schweren und die unzähligen leichten Unfälle reduzierten sich laut Unfallakten auf 5 und 18. Um nicht den Anschein zu erwecken, daß das Personal sich mit derartigen Zuständen abfinden lassen würde, senden wir diese Verichtigung ein.“

Wir hatten diese Mitteilungen in dem Jertum aufgenommen, daß sie von der Gewerkschaftsorganisation am Ort autorisiert waren und erfuhrn erst nachträglich, daß diese Ansicht nicht zutrifft. Wir bedauern um so mehr, daß wir in diesem Fall, wenn auch ohne Wissen, von dem Grundriss abgewichen sind, nur von gewerkschaftlicher Seite kommende Kritiken der erwähnten Art zu bringen, als aus der heutigen Zuschrift hervorgeht, daß die Zustände in der Joffener Offizin nicht anders sind als durchweg in anderen Buch-druckereien und vor allem in dem besonders in Betracht kommenden Unfall des Monteurs Fleischer ein Verschulden der Firma ausgeschlossen erscheint.

Unfall im Eisenbahnbetriebe. Auf dem Materialbahnhof in Köpenick ist gestern ein Arbeiter beim Abladen von Schienen so unglücklich von einem Herzstück getroffen worden, daß er einen doppelten Beinbruch und schwere innere Verletzungen erlitt. Der Verunglückte wurde einem Krankenhaus zugeführt.

Lichtenberg. Den Arbeitern des Gemeinde-Gaswerks ist endlich nach jahrelangem Petitionieren die Verechtigung zugestanden worden, einen „Arbeiter-Ausschuß“ zu wählen. Auch den übrigen Gemeinde-Arbeitern (an den Wasserwerken, der Straßenreinigung, den Kirchhofarbeitern und Gartenarbeitern etc.) diese Einrichtung zuzugestehen, dazu konnten sich die Herren der Wehrheit noch nicht aufschwingen. Die Krankenhausfrage macht wieder einmal von sich reden. Ob mit mehr Erfolg wie früher, muß abgewartet werden. Der Landrat kommt diesmal den sozialdemokratischen Gemeindevertretern zur Hilfe. Der Landrat fordert kategorisch die Beschaffung eines Bauplatzes für das zu erbauende Krankenhaus, und schon am Donnerstag soll die Gemeindevertretung den Anlauf beschließen, wenn — na ja, wenn die notleidenden Grundbesitzer nicht auch dem Landrat nachweisen sollten, daß der Erlaß der Grundwertsteuer noch notwendig ist, als die Erbauung eines Krankenhauses für den 40 000 Einwohner zählenden Industriort Lichtenberg, wo bekanntlich die gesundheitlichen Verhältnisse so günstige sein sollen, daß die von der Regierung seinerzeit geforderte Gesundheitskommission seit zwei Jahren außer Funktion gesetzt ist.

Verfammlungen.

Ein außerordentlicher Delegiertentag des Verbandes der Möbel- und Holzhandwerker tagte am Sonntag, den 17. April im Gewerkschaftshaus zu Berlin. Nachdem der bisherige Vorsitzende H. Schulz denselben eröffnet hatte, ehrte man zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Paul Pigors, Max Frohmann, Otto Schwefel und Max Höhne. Alsdann schritt man zur Tagesordnung mit dem einzigen Punkte Wahl des ersten und zweiten Vorsitzenden, sowie eines Revisoren. Hierzu wurde beantragt, den Bevollmächtigten Sitz und Stimme zu gewähren und dies auch angenommen. Ein Antrag A. Gade, den Antrag Nixdorf auf Uebergang in den Holzarbeiter-Verband, welcher am 7. März zu Händen des Vorstandes gelangt ist, auf die Tagesordnung zu setzen, wurde in namentlicher Abstimmung mit zehn gegen zehn Stimmen bei einer Stimm-enthaltung abgelehnt. Hierauf wurde von dem Delegierten Kuh beantragt, den Delegiertentag zu vertagen. Auch dieser Antrag wurde mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Es wurde sodann zur Wahl geschritten. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender R. Kitzke; als zweiter Vorsitzender H. Barrenthin und als Revisor Perschke. H. Schulz hatte auf eine Wiederwahl verzichtet. Ferner wurde angenommen, im § 18 des Statuts anstatt 100 50 zu setzen und hinter weitere 500 dafür 200 zu setzen sowie in § 20 Absatz 2 vor Anträge auch noch Tagesordnung zu setzen. Ein Antrag, den § 13 so umzugestalten, daß die sechs Vorstandsmitglieder, die drei Revisoren sowie der Obmann des Ausschusses nur beratende Stimme auf dem Delegiertentage haben sollen, wurde abgelehnt.

Berliner Gewerkschaftskommission. In der Delegierten-Versammlung, welche am Donnerstag stattfand, erstatteten die Genossen Link und Körsten den Jahresbericht. Sie beschränkten sich auf kurze Erläuterungen des im Druck erschienenen Berichts. In der Diskussion wurde allgemein anerkannt, daß dieser Bericht eine anerkanntenswerte Leistung sei, mit der man vollkommen zufrieden sein könne. Soweit eine Kritik an dem Bericht geübt wurde, handelte es sich um Einzelheiten nebensächlicher Art. Unter anderem wurde darüber gesprochen, daß die Ergebnisse einer statistischen Erhebung über Arbeiter-Haushaltungsbudgets, die durch die Gewerkschaftskommission veranlaßt worden ist, nicht im Bericht enthalten sind. Körsten bemerkte hierzu, daß das Statistische Amt der Stadt Berlin die Bearbeitung der Fragebogen übernommen habe, und daß diese verhältnismäßig mühevolle Arbeit noch nicht abgeschlossen sei. — Auf Antrag der Revisoren wurden die beiden Sekretäre entlastet. Die Verhandlung über die anderen Punkte, welche noch auf der Tagesordnung standen: Anstellung eines dritten Beamten, Erhöhung des Beitrages der Gewerkschaften, Bericht über Streiks, wurden bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Verband der Sattler. Die Generalversammlung der Orts-Verwaltung Berlin des Sattlerverbandes tagte am 20. April in den Arminhallen. Sie war sehr zahlreich besucht. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung waren der Bericht vom verfloffenen Quartal, sowie der Jahresbericht der Ortsverwaltung, der sich auf die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1904 erstreckt und im Verbandsorgan gedruckt vorliegt. Die Organisation hat in diesem Zeitraum erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Mitgliederzahl ist trotz der im Juli durchgeführten Beitrags-erhöhung um ca. 100 gestiegen und betrug am Schluß des Geschäftsjahres 1232, darunter 88 weibliche Mitglieder. Da in Berlin ungefähr 2000 Arbeiter im Sattlergewerbe tätig sind, so ist der Prozentsatz der Organisierten circa 55. Die wachsende Bedeutung der Organisation zwingt die Unternehmener immer mehr, auf die Forderungen der Arbeiter Rücksicht zu nehmen, namentlich in denjenigen Branchen, die am besten organisiert sind. Die Tischler und Koffermacher konnten ohne Kampf ihren alten Tarifvertrag mit nennenswerten Lohnerhöhungen bis zum Jahre 1906 verlängern; außerdem wurden die bis dahin ohne Tarifvertrag arbeitenden Kofferstoffmacher mit in das Vertragsverhältnis

aufgenommen. Die Treibriemen-Sattler haben zwar ihren fünf-wöchigen Streik verloren, doch haben die Unternehmener nachträglich die Forderungen zum größten Teil allmählich durchgeführt. In der Militärbranche kamen nur drei kleinere Differenzen vor, die bald zu Gunsten der Arbeiter beigelegt werden konnten. Diese Branche leidet unter dem schädlichen Einfluß der Heimarbeit. In den letzten Wochen hat sich die Konjunktur in der Militärbranche sehr gehoben, so daß es nicht möglich ist, alle im Arbeitsnachweis-einlaufenden Stellen zu besetzen. Bei den Geschäftsfaktoren, der Hauptbranche des Berufs, wurde mit großem Eifer auf die Einführung eines Tarifvertrags hingearbeitet. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht, teils wegen Mangel an Verständnis und Entgegenkommen bei den Meistern, teils auch infolge der Gleichgültigkeit, die noch unter einem großen Teil der Arbeiter herrscht. In denjenigen Berufen, wo die Forderungen vertreten wurden, ist bisher überall der gewünschte Erfolg erzielt worden. — In den kleineren Branchen des Berufs, besonders auch in der Linoleumbranche, ist es hier und da zu Differenzen mit Arbeitgeber gekommen; sie konnten stets zu Gunsten der Arbeiter geschlichtet werden. Außerdem ist zu erwähnen, daß in der Wagenbranche seit einiger Zeit eifrig agitiert wird, um durch Stärkung der Organisation eine Verbesserung der sehr traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen zu können.

Der Arbeitsnachweis der Organisation wird immer mehr zu einer Hauptstelle für die Arbeitsvermittlung im Sattlergewerbe. Im Berichtsjahre ließen sich 1196 Arbeitslose, darunter 77 unorganisierte eintragen; Stellen wurden 804 gemeldet, wovon 488 besetzt werden konnten. Im letzten Quartal überstieg die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot erheblich; bei 280 Arbeitslosen betrug die Zahl der angetanen Stellen 386. — Ferner wird mitgeteilt, daß eine große Summe, 215 M. für die Bibliothek aufgewandt wurde, die jetzt 300 Bände zählt. Bücherverleihungen fanden 824 statt.

Der Kassenbericht für die Zeit vom 1. April 1903 bis zum 31. März 1904 weist hinsichtlich der Ortsverwaltung die Bilanzsumme von 18 970,65 M. auf. Für Reiseunterstützung wurden 237,30 M. für Sterbeunterstützung 700 M. ausgegeben, an die Hauptkasse gefandt 12 988,33 M. Die Lokalkasse hatte 3630,65 M. Einnahmen, denen Ausgaben von 300 M. (für die ausgeperrten Metallarbeiter in Berlin und die ausgeperrten Weber in Grimnitzheim) gegenüberstehen. Die Einnahmen der Berliner Verwaltung betragen 5382,90 M., die Ausgaben 5369,59 M. Als erster Vorsitzender wurde Fritz Müntner einstimmig wiedergewählt. Auf Antrag des Vorstandes wurde das Gehalt des Kassierers, dessen Arbeitspensum durch das Wachstum der Organisation erheblich vergrößert ist, um 10 M. monatlich erhöht. Als Kassierer wurde Karl Wehler einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden Wutenschön, Haupt und Pippig wiedergewählt.

Schließlich fand noch eine lebhafte Aussprache über den Plan der Sattler-Zimung zur Gründung einer Innungs-Krankenkasse sowie über das Verhalten des Gesellenausschusses zu diesen beiden Fragen statt. Der Vorsitzende des Gesellenausschusses, Kahle, erklärte im Laufe der Debatte, daß er sein Amt niederlege.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins zu Schöneberg tagte am Dienstag im Obsts Festsaal. Aus dem Kassenbericht für das zweite Quartal ist zu entnehmen, daß bei einer Einnahme von 1373,61 M., eine Ausgabe von 1135,14 M. zu verzeichnen war. An den Streik abgeliefert wurden 915,74 M. Gewinne für die Arbeitervereine in Dresden referierte über „Krankentassen und Ärztevereine“. Die Forderung der Ärzteschaft läßt sich in folgenden drei Punkten zusammenfassen: 1. Honorar-Erhöhung, 2. Einführung der freien Arztwahl und 3. Los von den Vorständen. Zum ersten Punkt „Honorar-Erhöhung“ ist zu sagen, daß in früheren Jahren die Bezahungsverhältnisse der Ärzte sehr traurige waren. Daß sie besser geworden sind, gebe aus einer Statistik des Reichsversicherungsamtes hervor, wonach im Jahre 1885 für einen Krankheitsfall 2,15 Mark gezahlt wurden, im Jahre 1903 aber schon 3,60 M. Daß die organisierte Arbeiterschaft auch für eine anständige Bezahlung der Ärzte ist, geht daraus hervor, daß in den Städten, wo die Ärzte die Mehrheit im Vorstände oder in der Generalversammlung hat, bessere Bezahlung herrscht, als in den Städten, in welche die organisierte Arbeiterschaft noch nicht eingedrungen ist. Bezüglich des zweiten Punktes: „Einführung der freien Arztwahl“ ist zu erklären, daß dessen Ausführung in kleinen Städten und auf dem Lande gar keinen Schwierigkeiten begegnet, da ja dort allgemein über Ärztemangel geklagt wird. In mittleren und großen Städten ist die Einführung der freien Arztwahl unbedenklich. Es ist statistisch nachgewiesen, daß durch die Einführung die Ausgaben für Medikamente, für Kranken-geld eine kolossale Höhe erreichen. Was nun den letzten Punkt: „Los von den Vorständen“ betrifft, so ist wohl noch niemals ein größeres denunziatorisches Geschrei erhoben worden, als in diesem Punkte. Es ist ja auch besser, sich von einem Direktor oder Kommerzienrat, einem Stadtrat, schürzeln zu lassen, als mit einem Säuger oder Schneider als Vorstandsmitglied einer Krankenkasse über die Erhöhung des Arztgehorsams zu verhandeln. Gerade die Ausführungen des Dr. Nuggan im Reichstage müssen auch dem Stupidesten die Augen öffnen, was er von der Ärzteschaft im allgemeinen zu erwarten hat. Wenn man dann noch das rigorose Vorgehen der Ärzte in Leipzig betrachtet, wo dieselben am 1. April jedem Kranken, ganz gleich, ob er schwer erkrankt war oder nicht, die Thür wiesen, so kann man es der Arbeiterschaft nicht verübeln, wenn sie in der allerscharfsten Weise gegen das Vorgehen der Organisation der Ärzte Front macht. Was nun die Stellung unserer Partei zu den Forderungen der Ärzteschaft betrifft, so kann ich erklären, daß die Meinungen über die Frage geteilt sind. Aber auf Grund unfreies Programms ist eine radikale Lösung dieser Frage gegeben: Verstaatlichung des Arztwesens und in Verbindung damit des Apothekenwesens.

In der Diskussion ergrieff zunächst Genosse Dr. Röder das Wort und verteidigte in längeren Ausführungen den Standpunkt der Ärzteschaft im allgemeinen. Daß die Forderung „Erhöhung des Honorars“ berechtigt sei, sucht Röder an der Hand der Entschädigung, welche die Schöneberger Krankenkasse zahlt, nachzuweisen. Die Forderung, Einführung der freien Arztwahl, ist nicht eine ausschließliche Forderung der Ärzteschaft. Gehen doch im vorigen Jahr unsere Genossen im Reichstage die Einführung der freien Arztwahl bei der Gemeinde-Krankensicherung verlangt. Aber freilich aus andren Gründen. Viel wichtiger für die Klassen-vorstände sei es, darüber nachzudenken, wie eine allgemeine Arbeitslosenversicherung einzuführen sei, als bloß danach zu trachten, daß die freie Arztwahl nicht eingeführt wird. Sei doch die Arbeitslosigkeit ein gewaltiger Faktor, welcher bedeutend in die Krankensicherung hineinträgt. Mit aller Entschiedenheit und Schärfe weist Röder den Vorwurf zurück, daß auf einem Arztetage der Ruf ergangen sei: Los vom Vorstände. Für die Auswechslung einzelner Ärzte könne man nicht die Allgemeinheit verantwortlich machen. In seinen weiteren Ausführungen kritisiert Röder das Vorgehen des Vereins der Berliner Kassenärzte bzw. dessen Vorständen, des Sanitätsrats Köppler, welcher von den vier bekannten Klassen in Berlin zu seinem Vorgehen gegen eine große Anzahl Ärzte engagiert worden sei. Zum Schluß feier Ausführungen ersucht der Redner die Anwesenden, für die freie Arztwahl zu wirken, denn kein Arztwesen berge so viele sozialpolitische Momente in sich, wie die freie Arztwahl. Nachdem noch Gen. Dr. Sommerfeld und Herr Köhler sich an der Diskussion beteiligt, wird ein Vertagungsantrag angenommen und beschlossen, dem Genossen Fröhndor das Schlußwort zu erteilen, welcher sich aber nur darauf beschränkte, einige Unrichtigkeiten in den Ausführungen der Diskussionredner richtig zu stellen, im übrigen versprach, in der nächsten Versammlung zu der Fortsetzung der heutigen Diskussion wieder zu erscheinen.

Unter Vereins-Angelegenheiten gelangten 49 Genossen zur Aufnahme. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Kassenier im Obsts Festsaal stattfindet, da ein größeres nicht zur Verfügung steht.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 23. April.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Cyberhaus. Cornen.
Schauspielhaus. Coriolan.
Neues Cyberhaus. Geschlossen.
Deutsches. Hof Bernd.
Berliner. Vaterland.
Reising. Rappentisch.
Weiden. Die Schanne von Portici.
Neues. Wellen und Wellen.
Residenz. Der keusche Kasimir.
Vorher: Die Empfehlung.
Central. Der Sonnenvogel.
Belle-Alliance. Freut Euch des Lebens.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.)
Der Geizige. Hierauf: Der eingebildete Kranke.
Kleines. Nachtasyl.
Luise. Das Milchmädchen von Schöneberg.
Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Carl Weiß. Der Raub der Sabinerinnen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Gebr. Herrfeld. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Casino. Zufarende, hässliche Verwandte.

Polak. Die Anna-Liese.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wassergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Das Land Tirol.

Um 4 Uhr (kleine Preise):
Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Im grossen Hörsaal:
Dr. B. Donath: „Radium.“

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Pelleas und Melisande.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.
Central-Theater.
Heute Anfang 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Paula Worm. Novität!
Der Sonnenvogel.
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.
Sonnagnachmittag: Der Zigeunerbaron. — Sonnabend Gastspiel Paula Worm: Der Sonnenvogel.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Benefiz für Emil Ullig.
Das Milchmädchen von Schöneberg.
Sonnagnachmittag: Sappho. —
Abends: Gastspiel von Max Dolpauer:
Der Verschwenker.
Montag: Dr. Beige.
Dienstag: Das Milchmädchen von Schöneberg.
Mittwoch: Sappho.
Donnerstag: Das Kästchen von Sellstrom.

Residenz-Theater
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
8 Uhr:
Der keusche Kasimir.
In Vorbereitung:
Die 300 Tage. (L'enfant du miracle.) Schwan in 3 Akten von Paul Gohaut und R. Charney.
Deutsch von Alfred Helm.
Sonnagnachm. 3 Uhr: Leonidas Ehemännner.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Spezialitäten.
8 1/2: Die Sensations-Neovität:
Liebesgötter.
Im dritten Bild:
Der Götterzug
und die
grandiose Apotheose.

Herm. Ramlows Weiss- u. Bayrischbier-Lokal
Schönhäuser-Allee 135.
Empfehle mein großes Vereinszimmer für Jubiläen, Geburtstags- und Beerdigungen.
Zwei neuerevierte Kegelbahnen.
Großer Mittagstisch sowie gut gepflegtes Weiß- und Bayerisch Bier.
H. Ramlow.

Wirtshaus „Schloß Woltersdorf“.
Neu erbaut, vis-a-vis der Schloß, herrlich am Pläntchen gelegen. Von Bahnstation entfernt in 15 Minuten auf wundervoller Waldpromenade zu erreichen; mit Dampfer, Terrassen, waldem Park, großem Tanzsaal, geräumigen Hallen, Familien-Kaffeehaus, eigenem Spielplatz im Walde, Hunderboote etc. — Über 2000 Personen laufend. Den gedachten Gemein-schaften, Vereinen, Fabrikten usw. zu Ausflügen angelegentlich empfohlen.
Wirtshaus Friedrich Sawert, Fernsprecher Amt Erkner No. 49.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Ferrol.
Sonnagnachmittag 3 Uhr:
Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Lumpacivagabundus.
Montagabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Geizige.
Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**
Sonnagnachmittag 3 Uhr:
College Crampton.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Haus Rosenhagen.
Montagabend 8 Uhr:
Das grobe Hemd.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73, Stm. IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kren
Wegen des Umbaus Schluß der
Saison am 1. Mai.
Nur noch 9 Vorstellungen.
Der Hochtourist.
Sonnagnachmittag 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8, Stm. VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Freut Euch des Lebens.
Große Ausst.-Voffe in Gesang u. Tanz
in 3 Akten.
Sonnagnachmittag 3 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.

Schluss der Saison am 3. Mai.

Cirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Benefiz-Vorstellung für Herrn Burkhardt-Footit.
Fortsetzung der Großen internationalen
Ringkampf-Konkurrenz
unter dem Ehrenprotectorat des Herrn Professors Dr. Bogas.
Beginn gegen 8 1/2 Uhr. — Entscheidungskampf zwischen Dirk van
den Berg (Holland) und Jacob Koch (Deutschland).
Auftritt des Monsieur Morok.
Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Kabalports:
Der Saltomortale mit dem Zweirad.
Besonderes: Persönliches Auftreten des Herrn Director Paul Busch.
Bemerkenswert:
Aus den Alpen. Der Automobilsturz.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Das Land Tirol.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Im grossen Hörsaal:
Dr. B. Donath: „Radium.“

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Ungerstrasse.
Abends 8 Uhr:
Das elfte Gebot.
Hierauf: **Der Dieb.**

Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr. — Anfang
der Abendvorstellung 8 Uhr.
Jeden Abend 10 Uhr:
**Grosse internationale
Ringkampf-
Konkurrenz.**
20 preisgekrönte Ringkämpfer.
Oskar Fürst * Lina Goltz
Humorist. Soubrette.
14 erstklassige Nummern.

Casino-Theater.
Lothringergstr. 37, Anf. 8, Sonnt. 7 1/2
8 Uhr: „Hufarenliebe.“
8 1/2: Das brillante April-Programm.
Markert, fr. am Leising-Theater etc.
9 Uhr: **Färtliche Verwandte.**
Sonnagnachm. 4 Uhr zum letzten-
mal: **Der Raub der Sabinerinnen.**

**Gebrüder
Herrnfeld-
Theater.**
Schluß der diesjährigen
Spielaison: Donnerstag, 28. April,
wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnfeld-
Theaters in Köln a. Rh.
Bis dahin täglich präzis 8 Uhr
die Anton und Donat Herrnfeldschen
Sensations-Komödien:
Am andern Morgen!
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.
Vorher:
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe
mit den Autoren in den Hauptrollen.
Ab 7. Mai: Gastspiel L. Köhlers
Bauern-Theater aus Tegernsee.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute Sonnabend, den 23. April cr.:
Keine Vorstellung.
Morgen Sonntag, den 24. April:
**Berlin, wie es weint
und lacht.**
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten von
Berg und Kallisch.
Anfang 7 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.

**Kurbad Landhaus
Sberswalde (Mark).**
Wassercur, System Knapp; Luft-
und Sonnenbäder. Streng ärztliche
individuelle Behandlung. Gute Erfolge
bei Nerven- und den meisten chronischen
Erkrankungen. 12 Morgen Park, an
ausgedehnten künstl. Ufer- u. Baden-
wäldchen. Herrliche Sommerfrische
für Erholungsbedürftige. Prospekt und
Auskunft frei. 113/7*

Kranz- u. Blumenbinderei
von H. Eckert,
98, Kottbuser Damm 98.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 24. April 1904, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in den Industrie-Eilen, Beuthstr. 19-20.
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1904, 2. Diskussion und Beschlußfassung über die Verlängerung
des Vertrages, 3. Berichtsangelegenheiten.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Die Liebe im Sekhause.
Lustspiel in 2 Akten von Cosmar.
Phänomenale Spezialitäten.
Die Weber.
Charaktergemälde mit Musik von
B. Geise.
Morgen nachmittag 3 Uhr:
Halbe Kassenpreise.
Kabale und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
Abends 8 Uhr:
Das wunderbare April-Programm.
Montag 8 Uhr: Diefelbe Vor-
stellung.
Schluß der Saison:
Sonnabend, den 30. April 1904.

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Franzosenstr. 132.
Lehtes Gastspiel
des Herrn Fritz Beckmann:
Robert und Bertram
oder: **Die lustigen Bagabunden.**
Morgen nachm. 3 Uhr (Parlet 60 Pf.):
Die färtlichen Verwandten.
Abends: **Onkel Bräsig.**
Am Sommergarten: Spezialitäten-
Vorstellung. Anfang 4 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Sonntag 6 1/2 Uhr:
Karburger Sänger.
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Entrée 30 Pf. Spectakel 50 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr: Gastspiel Bur-
meisters Goethe-Ensemble.

Wintergarten

Kellino-Truppe Italienische Akrob.
Paul Conchas In seiner Scene im
Bivouak.
Robinson Baker-Trio Springer.
Helene Land Vortrags-Soubrette.
Costantino Bernardi
Verwandlungsschauspieler
Siegward Gentes Humorist.
Orford's Wunder-Elefanten.
Peschkoff-Truppe Russische Tänzer.
Die Blumenkönigin Tanzdivertissement.
Biograph.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.**
Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Dienstag, den 26. April:
**Letzter
Theaterabend.**

Sandhaus,

fünzimmerig, von Wald umgeben,
nahe Bahnhof gelegen, herrliche
Landschaft, westl. Vortortverkehr,
z. Zt. im Bau befindlich, am 1. Juli
beziehbar, verk. inkl. 90 Ruten Land
für 12500 M. Offerten sub G. W. 423
bef. Rudolf Mosse, Leipzigerstr. 103.

Wilmersdorf.

Belge hiermit an, daß ich Wehl-
straße 6 ein Cigarrengeschäft er-
öffnet habe.
Für reelle und gute Bedienung
sorgt der Inhaber
6996
Wilhelm Petri.

Wo?

Ist der schönste Ort für Landpartien und Aus-
flüge per Dampf. Kremler und zu Fuß durch
den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel
Fischelwerder, Wirtshaus zum Freund.
Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Schmöckwitz Gasthaus zur Palme

am
Zeddinsee.
(Endstation der „Sturm“-Dampfer).
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein altes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes
Lokal den gedachten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
Ausspannung und Dampferfahre, Kegelbahnen, große Kaffeehaus.
Zäle, Hallen, großer schattiger Garten. 2000 Personen laufend.

Möbel

auf Teilzahlung.
Contante
Zahl-Bedingungen.
H. & M. Lewent,
Oranienstr. 131.

Reichshallen

Stettiner Sänger
Zum Schluß: Rent
Cirkus Lenz und
Cirkus Pusch.
Anfang: 7 1/2 Uhr.
Mittwoch 9 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Königstadt-Kasino

Polymerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Nur noch bis 30. d. Mts.
Auftritt v. **Franz Sobanski.**
Curt Moreno, Ada Thomson, Marga
Plessner, Gustav Isano, Bruno Gaffron
sowie: Ein lauberes Kleeblatt.
Salle in 1 Akt.
E. und C. Bernhardt (Verführung
des Oremien).
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
nach der Vorstellung: **Tanz.**

Oranienburger Sergschlösschen.

Restaurant und Logis.
20 Minuten vom Bahnhof Oranienburg.
Treffpunkt nach Heilstätte Grabowsee,
schöner Wald für Ausflügler und Ber-
eine herrlicher Kulentball. 3506
Paul Weber, Gastwirt.

Restaurant „Neue Mühle“

Dampfer-Station.
Robert Riedel.
Empfehle den gedachten Vereinen und
Gesellschaften mein herrlich am Wald
und Wasser gelegenes Etablissement.
Großer Garten, 2000 Personen laufend,
verdeckte Hallen und Veranden, zwei
Kegelbahnen, gepflegte Wälder und
Weine erster Häuser. Vorträge
Rüde. 48263
Ständlicher Verkehr vom Götlicher
Bahnhof bis Königs-Waltherhausen.

Enorm billig

48772*
gelangen zum Verkauf
täglich sowie Sonntag
die in letzter Saison zu-
rückgekehren vornehmen
Herren-
**Anzüge
Paletots**
aus feinsten Rohstoffen
16-38 Mark. Chrono-
anzüge jezt 23-24 Mark.
Anzer-Beinleiber 7-12 Mark.
Deutsches Versandhaus,
Hilgerstr. 63, 1 Treppen.
Gondnummer beachten!

Schirme

Diese Façon 1,80 M.
Feinere Qualitäten 3,50 M.
Maarhüte von 5,50 M. an.
Regenschirme in
größt. Auswahl
von 1,50 M. an

Krawatten

Oborhemden,
Kragen, Ran-
schellen, Servi-
teurs in bester
Qualität *
d. 90 Pf. an
Schleifen
d. 15 Pf. an

Wäsche

farbige Glacés,
Paar 1,50 M. !!

Gottmann,

Gr. Frankfurterstr. 130.

Eröffnungsfest.

Allen Freunden und Parteigenossen
zur Kenntnis, daß ich am Sonntag,
den 24. d. Mts. mein neues
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal
eröffne. Ich lade alle Freunde und
Parteigenossen freudlich ein.
Emil Ebrecht, Gastwirt,
Nammlenerstr. 20.

zum Aussichtsturm in Hirschgarten.

2 kleinere Zäle sind noch zum
ersten Mal zu vergeben im
Restaurant
6906*

Jakob Effer's

48606
nach schwerem Leiden.
Wir werden ihm ein ehrendes
Andenken bewahren. Die Beerdig-
ung findet am Sonntag Nach-
mittag 5 Uhr von der Leichenhalle
des Rath. Kirchhof's Südenbe statt.
Die Arbeiter der Kofferfabrik
Moritz Mödler, Berlin.

Dr. Simmel,

Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für
48615*
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Brauerei Germania

Aktion-Gesellschaft
Frankfurter Allee 53.
Fernsprecher VII. 3045.
Kl. dopp. Weissen . 20 Flaschen
Kl. 00 15
zum Selbstabziehen
1/2 To. M. 1,75, 1/4 To. M. 0,90.

Faschenbiere M. 1,50 frei Haus.

48772*
Fernsprecher VII. 3045.

Enorm billig

48772*
gelangen zum Verkauf
täglich sowie Sonntag
die in letzter Saison zu-
rückgekehren vornehmen
Herren-
**Anzüge
Paletots**
aus feinsten Rohstoffen
16-38 Mark. Chrono-
anzüge jezt 23-24 Mark.
Anzer-Beinleiber 7-12 Mark.
Deutsches Versandhaus,
Hilgerstr. 63, 1 Treppen.
Gondnummer beachten!

Lächerlich !!

48932*
billig verkaufen wir unsre eleganten
Herren-Anzüge,
Frühjahrs-Paletots,
Kosen etc. in neu, getragene
Garderobe zu Preisen von
8.-, 10.-, 12.- bis 25 Mark.
Monats-Abonnementssachen
(an feinsten Herrschaften verlichen),
für jed. Figur (neer. Ganz)
passend, zu spottbilligen Preisen.
Hauptgeschäft
J. Wand, Prinzenstr. 17,
a. d. Wasserfront.
2. Gesch. Gr. Frankfurterstr. 116.
Sonntags 7-10, 12-2 Uhr.

Herren-Anzugstoffe, Reste,

empfehle spottbillig 49442*
Tuchhandlung Ferd. Scholz,
Reisendorfer-Weich, Eichbornstr. 64.

Sofastoffe

4812L*
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Bolle Reste! Maquettes.
Plüsch. Satteltaschen.
Muster b. näher. Angabe franco.
Emil Lefèvre, Berlin,
Oranienstr. 158.

Soeben ist erschienen:

Maifest-Zeitung **Der Achtstundentag** **Maifest-Postkarte**

reich illustriert eine gesundheitliche Forderung Lichtdruck auf Karton

Preis 10 Pfg. Preis 20 Pfg. Preis 10 Pfg.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Buchhandlung Vorwärts SW. Lindenstrasse 69.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler u. deren Berufsgenossen
(E. H. 86, Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen:

am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Bezirk A.

am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Zur Hütte“, Stallhofstraße 30/31.
Bezirk B.

am Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, im Vorwärts-Haus, Lindenstraße 69, bei Augustin.
Bezirk C.

am Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Pfeffer, Rosenthalerstraße 56.
Bezirk D.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. — 2. Vierteljährlicher Kassenericht pro 1. Quartal 1904. — 3. Verschiedenes.

Die Zahlstellen in denen an jedem Sonnabendabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich: Naunhoferstraße 78 im Restaurant. — Kleine Andreasstraße 15 im Restaurant. — Reichendergerstraße 29 bei Schmidt. — Stallhofstraße 69 bei Graumann. — Joffenerstraße 45 bei Stähler. — Alte Jakobstraße 69 bei Leuz. — Elshofstraße 11 bei Radde. — Neue Königstraße 7 bei Müller.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler etc.

Verfällige Verwaltung Berlin H. Montag, den 25. April 1904, abends 8 Uhr.

Mitglieder-Versammlung.

im Lokale des Herrn Tollbrock, Köpenickerstraße 58.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1904. 2. Wichtige Kassenericht. Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.
184/5 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse
d. Maler u. Verwandt. Gewerbe.
Mittwoch, 27. April, abends 8 1/2 Uhr: 676b

General-Versammlung
der Delegierten in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1903. 2. Uebersicht und Kostenstellen. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.
NB. Des Kassentotal befindet sich Spandauerstraße 5.

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Vorán“

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 31. Dezember 1903.

| Activa. | |
|------------------------------|------------|
| Inventar nach Absch. v. 5/11 | 2362,60 |
| Conto-Corrent-Conto, Debit. | 1210,98 |
| Cassa-Conto | 345,76 |
| Haftungs-Conto | 30,- |
| Barenbestand | 35,- |
| Gewinn- und Verlust-Conto | 90,86 |
| | R. 4065,20 |
| Passiva. | |
| Conto-Corrent-Conto, Credit. | 863,06 |
| Darlehens-Conto | 1857,74 |
| Rückst.-Conto | 1199,50 |
| Unkosten-Conto | 144,90 |
| | R. 4065,20 |

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 23
Im Laufe des Geschäftsjahres traten ein 5
Mitgliederzahl am Schlusse des Geschäftsjahres 28
Mit dem Schlusse des Geschäftsjahres (Schluss) sind:
durch Aufkündigung 6
durch Ausschluss 1 = 7
Mitgliederzahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 21
Es haben sich das Geschäftsjahres der Genossen um 120,50 Mk., die Haftsumme um 250,- Mk. vermehrt.
Gesamtsumme 1400,- Mk.
Laut Beschluss der Generalversammlung vom 18. April wird der Verlust zu gleichen Teilen von dem Geschäftsjahres der Genossen abgeschrieben.
Der Vorstand.
Paul Liore, Otto Kranz.

Brosds Gesellschaftshaus
am Damerhofe.

Inhaber: H. Degebrodt
vom Zrandtschke am Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereinen und Korporationen für Sommervergnügen und Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebeneingänge, Beleuchtungen aller Art. Constante Preise.
H. Degebrodt.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr:

Versammlung im Osten

im Lokal von Herkmann, Frankfurter Allee Nr. 127.

Tagesordnung: 141/3
1. Vortrag. (Referent und Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zur Beachtung:
Wir ersuchen die Werkstattdelégierten und die Kollegen, für regen Besuch zu sorgen.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3853.

Sonntag, den 24. April, vormittags Punkt 10 Uhr:

Allgemeine Versammlung
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung:
1. Beratung über den Nachtrag zu unserem Tarif. 2. Die bevorstehende Konferenz der Rohrleger Deutschlands. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Kollegen! Da der Nachtrag zum Tarif, sowie die Rohrleger-Konferenz von einschneidender Bedeutung für uns ist, erwarten wir, daß sich alle Kollegen zu diesen Verhandlungen einfinden. Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet.

Sonntag, den 24. April 1904, vormittags 10 Uhr:

Versammlung
aller in der Metall- u. Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser

im Lokale von G. Fischer, Waldstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Die Praxis der Gewerbegerichte“. Referent: Kollege Behrendt. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/13
NB. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 24. April 1904, vormittags 10 Uhr:

Verband der Möbelpolierer.

Heute abend 8 Uhr in Weissenhof, König-Charlotten-Str. 55:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen.

Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstr. 18c:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wird das Proletariat durch Revolution oder Evolution zum Ziele gelangen? Referent: Kollege W. Nitschke. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.

Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr, in Lichtenberg, Friedrichsstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht vom Delegiertentag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.

Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 38:

Vorstandssitzung.

Am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, Frankfurterstr. 117:

Versammlung.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 27. d. M. der Kollege W. Nitschke, Kopermühlstr. 5, das Amt als erster Vorsitzender übernimmt.
Ferner ist auf dem außerordentlichen Delegiertentage beschlossen, bei § 18 des Statuts in der dritten Zeile das Wort „hundert“ zu streichen und dafür „50“ zu setzen und in der vierten Zeile „500“ zu streichen und dafür „200“ zu setzen. — Bei § 20 Abs. 2 vor dem Worte „Anträge“ noch „Tagesordnung und“ zu setzen.
146/5 Der Vorstand.

Anerkannt sehr leistungsfähig ist die Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges

Gebrüder Rauh & GRAEFRATH
bei Solingen

Nachstehende Gegenstände versenden wir **30 Tage zur Probe** Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.

Nr. 1600. Hochfeine, kräftige **Herren-Nickel-Uhrkette**
ganze Länge 27 cm, unter Garantie stets weissbleibend mit Glücksanhänger (Perlmutter mit Emaille-Kleeblatt), modernes Façon, zum Preise von nur **1.40 per Stück franko.**

Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.

Nr. 2750. Vexier-Portemonnaie „Fortuna“ (genau wie Abbildung), prima braunes Saffianleder, drei Lederfutter, 3 Fächer, Innen- und Aussenbügel fein vernickelt, zum Preise von nur **Mk. 1,80 franko.** Genaue Gebrauchs-Anweisung wird jedem Portemonnaie beigelegt; ohne dieselbe ist keiner im stande, dasselbe zu öffnen. Zwei Buchstaben in Golddruck in das Leder eingepresst kosten 10 Pfennig, der ganze Name 25 Pfennig.

Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.

Neuheit! „Fortuna“
Vixier-Börse
Abbild. ca. 1/2 natürl. Grösse.

Vollständige Rasier-Einrichtung
in feinem Etui praktisch zusammengestellt.

Rasier-Garnitur No. 1500, bestehend aus einem hochfeinen Rasiermesser No. 200, 5 Jahre Garantie, für jeden Bart passend, aus prima englischem Silberstahl geschmiedet, fein hohl geschliffen u. gebrauchsfertig abgezogen, Streichriemen mit Pasta, Rasierpinsel, Rasiernapf u. Rasierseife, alles kompl. in hübschem Etui mit Klappdeckel, Gr. 16x18 cm **3 Mark** zum Preise von nur **3 franko** No. 1501. Dieselbe Garnitur, aber Rasiermesser mit Schutzvorrichtung für Ungeübte (Ver- 75 Mk. letzung unmögl.) nur **3 franko**

Versand unter Nachnahme oder gegen Voranzahlung des Betrages.

Garantieschein: Nichtgefallende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren neuesten **Pracht-Katalog** über 400 Gegenstände illustrierten stände enthaltend und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- und Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie-, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Cigarren, Stöcke, Schirme, Musikinstrumente, Kinderspielwaren u. viele andre Artikel in grösster Auswahl.

Über 5000 lobende Anerkennungsschreiben bestätigen Güte und Qualität unsrer Waren.
Bei grösseren Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.
Wir bemerken noch, dass nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Cigarren-Fabrik-Lager
Rosenstrasse 18, I. Etage (nahe Bahnhof Börse) Rosenstrasse 18, I. Etage.

Billigste Bezugsquelle für Händler! 48222*

Cigarren mit langer Einlage von M. 10,- per Mille } u. in allen übrigen
garantiert rein überseeisch schon „ 24,75 „ an } Preislagen.

Verkaufszeit: **BELL & CO.** Fernsprecher: III 3716
8-1 u. 2 1/2-8 Uhr.

Für Neu-Etablierung nur durchaus gelagerte Ware in allen Preislagen.

Reederei Nobling.

Morgen Sonntag **Dampfer-Extrafahrt nach der Berliner Schweiz.**

Beginn der Saunabläde.

Abfahrt von Jannowbrücke (Schultheiß-Brücke) 9 Uhr vormittags, 2 Uhr nachmittags.

Fahrtpreis für Hin- und Rückfahrt Erwachsene 75 Pf., Kinder 50 Pf.
Es ladet ergebenst ein **Hermann Gärtner.**

Granz- und Blumenbinderei
von **L. A. Trothe,**
Wrangeistr. 11,
Markthalle IX, Stand 251/252.
Eisenbahnstrasse, 46152*

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut-, Garm- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
1/2, 12-1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Gegründet 1878.

| | |
|------------------------------------------|-------------------------------------------|
| Jackett-Anzüge von 17,50 M. an | Frühjahrs-Paletots nach Mass von 30 M. an |
| Rock-Anzüge von 22 . . . | Frühjahrs-Anzüge nach Mass von 33 . . . |
| Gehrock-Anzüge von 25 . . . | Hosen nach Mass von 10 . . . |
| Paletots von 18 . . . | Sportkleidung, Gummimäntel. |
| Hosen von 5 . . . | Knaben-Anzüge in grösster Auswahl. |

M. Schulmeister
Schneidermeister
Dresdenerstr. 4, | Hauptstrasse 139
Ecke Adalbertstrasse. | (Schöneberg).

Streng feste Preise.

Generalversammlung des Verbandes deutscher Steinarbeiter.

Erfurt, 21. April.

Zum Punkt „Streikunterstützung“ giebt der Vorsitzende über die vorliegenden Anträge ein einleitendes Referat. In mehreren der vorliegenden Anträge wird eine Erhöhung der Reisegelder für abzuführende Streikende und Uebernahme derselben auf die Hauptkasse verlangt...

Die Unterstützung bei Streiks ist prozentual nach den geleisteten Beiträgen zu regeln; jedoch müssen die zuletzt bezahlten Wochenbeiträge auf mindestens 1/2 Jahr zurückdatieren.

Bei größeren Streiks ist jedes Verbandsmitglied verpflichtet, 1 Prozent von dem verdienten Wochenlohn als Extrasteuer an die Verbandskasse abzuliefern, sobald es die Verbandsleitung mit dem Centralauswärtigen für notwendig erachtet.

Ferner findet ein Antrag Annahme, daß der Vorstand abreisenden Mitgliedern bei Streiks eine Unterstützung bis zur Höhe von 6 M. gewähren kann. Ein Antrag Magdeburg, der Verbandstag möge dahin wirken, daß nur in Lohn gearbeitet wird, wurde abgelehnt.

Der Redakteur Staudinger hält hierauf zum 5. Punkt: „Die Durchführung der Bundesrats-Verordnung“ ein einleitendes Referat, in dem er auf die Einzelheiten der Petition der Unternehmer an den Bundesrat, die Verordnung abzuändern, ausführlich eingeht.

Der vom 18. bis 23. April 1904 in Erfurt stattfindende Verbandstag des Verbandes der deutschen Steinarbeiter nimmt mit großem Bedauern Kenntnis, daß die zum Schutze der Steinarbeiter erlassene Bundesrats-Verordnung vom 20. März 1902, so äußerst mangelhaft durchgeführt wird.

Eine vom Deutschen Steinarbeiter-Verband im Frühjahr 1904 veranstaltete Enquete (veröffentlicht in Nr. 3 des Steinarbeiters) ergab die überaus traurige Thatsache, daß die Herren Arbeitgeber alles daran setzen, um die Bundesrats-Verordnung illusorisch zu machen. Erst durch wiederholte Revisionen, sowie Strafandrohungen konnte ein Teil der Unternehmer zur Einhaltung derselben gezwungen werden.

Mit Entrüstung nimmt der Verbandstag Kenntnis von der Petition des Verbandes deutscher Steinmetzgewerkschaften, welche unterm 26. Februar 1904 dem Bundesrat zugeht und in der die vollständige Aufhebung der wichtigsten Bestimmungen genannter Verordnung gewünscht wird.

Inbesondere sollen die §§ 4, 6 und 9 völlig umgestaltet werden.

was eine äußerst schwere gesundheitliche Schädigung der in der Steinindustrie Beschäftigten nach sich ziehen müßte.

Die tägliche fixierte Arbeitszeit, wie sie im § 9 der Bundesrats-Verordnung vorgesehen ist, wurde erlassen, nachdem die Organisation der deutschen Steinarbeiter statistisch den Nachweis erbracht hatte, daß das Durchschnittsalter eines Steinarbeiters bloß 34 Jahre beträgt und daß von 100 verstorbenen Berufskollegen 84 Prozent an der Lungenschwindsucht elendiglich zu Grunde gehen.

Die Petenten weisen in ihrer Petition ferner darauf hin, daß die Verordnung in all ihren Theilen praktisch nicht durchführbar sei. Der Verbandstag vertritt die Anschauung, daß dieses bloß ein Vorwand ist, um eine Umänderung der Verordnung zu erwirken.

Einzelne Gewerkschaften melden, daß die Verordnung vom 20. März 1902 in ihrem Inspektionsbereich durchgeführt sei und sich bezüglich der Durchführung praktische Bedenken nicht geltend machten.

Der Verbandstag der Steinarbeiter protestiert deshalb in der schärfsten Weise gegen das Vorgehen des Deutschen Steinmetzmeister-Verbandes und erwartet vom hohen Bundesrat, daß die Petition keine Berücksichtigung finden möge.

Der Verbandstag erklärt weiter, daß er mit der größten Entschiedenheit an dem Bestehen und an einer strengen Durchführung der Verordnung vom 20. März 1902 festhält.

Sollte aber dennoch an eine Veränderung der genannten Verordnung von Seiten des hohen Bundesrates gedacht werden, so erwartet der Verbandstag, daß Männer aus den Reihen der organisierten Steinarbeiter, sowie ein Vertreter des Centralvorstandes unseres Verbandes als Sachverständige gehört werden.

Einige recht drastische Fälle, die der Referent anführte und einen Beweis dafür bieten, wie wenig sich die Behörden die Durchführung angelegen sein lassen, wollen wir hier feststellen. In Karlsruhe war die Bundesrats-Verordnung verlegt, in Goldberg-Daina hatte das zuständige Landratsamt keine Ahnung von dem Bestehen derselben.

Von 1560 im Reich bestehenden Betrieben wurden nur 461 revidiert. In Württemberg sieht es noch schlimmer aus. Von 710 bestehenden Betrieben wurden nur 28 revidiert. In Baden besaßen 490 Betriebe, die sämtlich revidiert wurden; über 1000 Verstöße gegen die Verordnung wurden zur Anzeige gebracht.

Man kann daraus ersehen, wie wenig Beachtung eine derartige Verordnung seitens der Unternehmer findet. Ein Verdienst gebührt den Gauleitern, denn diese sind unablässig thätig gewesen, um Mißstände aufzudecken und für Abhilfe zu sorgen.

Der Terrorismus gegen die Arbeiter, welche auf Durchführung der Verordnung dringen, ist ein schlimmer. In Bielefeld mußten die Arbeiter mit dem Streik drohen, um die Unternehmer zur Anerkennung der Verordnung zu zwingen.

Ein Beweis, wie wenig Einfluß die Verwaltungsbehörden auf die Durchführung haben. Die strenge Durchführung der Bundesrats-Verordnung ist auch dazu angethan, der Einführung der Beschäftigung in Lohn den Weg zu ebnen.

Die Frauenarbeit, die verboten ist, hat man sich zu erhalten gewünscht, indem man einige Hinterbüden aufmachte und damit auch die Unterstützung verschiedener Behörden und Gerichte fand. In Rostock mußten die Frauen um 20 Proz. billiger arbeiten als die Männer.

Auch für die Granitarbeiter muß die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt werden. Die Unglücksfälle sind in keinem Verhältnisse so zahlreich als bei den Steinarbeitern. Sie sind zahlreicher als bei den

Verarbeitern. Wenn gegenwärtig von den Steinarbeitern eine Verbesserung der Bundesrats-Verordnung nicht durchzuführen ist, so muß mit Jähigkeit an dem Bestehenden festgehalten und jeder Verschlechterung, wie sie die Unternehmer verlangen, muß energischer Widerstand durch die Organisation entgegengestellt werden.

Zum Bauarbeiterschuß bemerkte der Redner, daß es Pflicht der örtlichen Verwaltungen ist, sich den bestehenden Kommissionen anzuschließen, im eignen Interesse.

In der Nachmittags Sitzung schritt man zur Abstimmung über die von Staudinger vorgelegte Resolution, die mit folgendem Zusatzantrag des Genossen Knoll angenommen wird:

„Wenn dennoch an eine Veränderung der genannten Verordnung von Seiten des hohen Bundesrates gedacht werden sollte, so könnte das nach Ansicht des Verbandstages der Steinarbeiter nur zum Zwecke der Herbeiführung eines wirksameren Arbeiterschutzes — beispielsweise des achtstündigen Arbeitstages und der Ausdehnung der sämtlichen Bestimmungen der Bundesrats-Verordnung auf alle Steinarbeiter — geschehen und erwartet deshalb der Verbandstag, daß im Falle einer Revision der Bundesrats-Verordnung Männer aus den Reihen der organisierten Steinarbeiter, sowie ein Vertreter des Centralvorstandes unseres Verbandes als Sachverständige gehört werden.“

Alle zu diesem Punkte noch vorliegenden Anträge werden dem Vorstände zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Bericht vom letzten Gewerkschaftskongress giebt der Vorsitzende Starke. Ein Antrag, das Gehalt der drei Beamten auf 2000 M. festzusetzen, wird angenommen.

Zum Punkt 7 „Statistik“ nimmt der Kassierer Lange das Wort, um zu konstatieren, daß dieser wichtigen Aufgabe zu wenig Beachtung geschenkt wird. Er erwartet von den Vertrauenspersonen in Zukunft eine regelrechte Einsendung des statistischen Materials.

Zu dem Punkt „Preise“ liegen 12 Anträge vor, wovon der größte Teil die Obligatorisierung des „Steinarbeiter“ wünscht. Der Redakteur Staudinger erklärt sich als warmer Refürvort der Obligatoriums. Nach ausgedehnter Debatte findet ein Antrag Mittenmeier-München Annahme: Der „Steinarbeiter“ wird vom 1. Januar 1905 ab obligatorisch eingeführt, halbjährlich haben die Mitglieder eine Marke im Werte von 50 Pf. zu legen.

Damit sind alle übrigen Anträge erledigt.

Ueber den Punkt „Internationales“ spricht Staudinger. Er erklärt, daß sich die internationalen Beziehungen gebessert haben und daß auf dem letzten Kongress ein internationales Sekretariat mit dem Sitz in Zürich errichtet worden ist.

Auf je 1000 Mitglieder sind 25 M. zu zahlen. Der Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen sei im Gange. Der schwedische Delegierte Walmberg giebt dann eine Uebersicht über die schwedischen Verhältnisse.

Seit langem wehren sich die Unternehmer gegen die Tarife, jetzt aber, wenige Tage vor seiner Abreise, fanden Unterhandlungen statt. Wenn die deutsche Zolltarifvorlage in Kraft tritt, will man aber sämtliche Tarife fallen lassen, schwedische Arbeitgeber werden in den nächsten Tagen schon 1000 Steinarbeiter auf das Pflaster werfen; er bittet deshalb, daß die deutschen Steinarbeiter den schwedischen ihre Unterstützung in finanzieller Beziehung nicht verjagen mögen.

Staudinger glaubt im Namen der Delegierten erklären zu können, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte, die deutschen Steinarbeiter in der Opferwilligkeit nicht zurückzusehen werden. Eine Resolution im Sinne dieser Ausführungen findet einstimmige Annahme.

Advertisement for Baer Sohn, featuring leather goods like shoes and bags. Text includes 'Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit' and lists various items with prices.

Advertisement for J. Georg Simon, a clothing store at 8. Reinickendorferstrasse 8. Lists various clothing items like suits, jackets, and trousers with prices.

Advertisement for Carl Stier, a clothing store. Features 'Sommer-Paletots' and 'Jackett-Anzüge'. Includes a circular logo for 'Grösste Auswahl von Knaben- u. Jünglings-Garderobe'.

Advertisement for Ritter-Bad, a spa in Berlin. Text: 'Gesundheit ist Reichtum! Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!'.

Advertisement for Carl Stark, a hat store. Text: 'Eine Mark wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.' Lists various types of hats and prices.

Advertisement for S. Piket, a clothing store. Text: 'Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.' Promotes a large store with modern facilities.

Advertisement for Schmöckwitz, Restaurant Seddin-See. Text: 'Den werten Vereinen, Fabriken und Gewerkschaften zur Kenntnis, daß ich mein herrlich gelegenes Lokal noch an verschiedenen Tagen frei habe.' Located at Seddin-See.

Advertisement for Nathan Wand, a clothing store. Text: 'Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neu, sowie speziell Monats-Garderobe'.

